



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Politik und Militär im 1. Weltkrieg am Beispiel von
Österreich-Ungarn. Vom Weg in den Krieg bis zum
Kriegswinter 1914/15.

Verfasser

Clemens Zavarisky

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

DANKSAGUNGEN

Ich möchte vor allem Frau Prof. Dr.ⁱⁿ iur. Eva Kreisky für die Betreuung meiner Diplomarbeit danken. Meinen Eltern, Frau Mag.^a Christine und Herrn Mag. Friedrich Zavorsky, dass sie mir das Studium ermöglicht haben; meinen Geschwistern, Mag.^a Dr.ⁱⁿ phil. Irene (für's ab und zu Drüber lesen), Ilse, Fabian und Wendelin Zavorsky für die moralische Unterstützung, so wie auch meiner Freundin Mag.^a Manuela Gridling; meinem gesamten Freundeskreis; meinen Arbeitskollegen bei der KRONEN ZEITUNG, dem BALLESTERER FM und davor bei der Austria Presse Agentur (APA), sowie der Firma BÖHLER MILLER MESSER UND SÄGEN für die langjährige Einstellung als Ferialpraktikant; den diversen Bibliotheken und Archiven der Stadt Wien für die vielen Stunden, die ich dort zu Recherche-Zwecken verbringen durfte.

DANKE!

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
2. VOM WESEN DES KRIEGES – DEFINITIONEN UND THEORIEN	6
2.1. BEGRIFFSDEFINITIONEN	6
2.2. THEORIE.....	12
2.2.1 <i>Drei Wechselwirkungen nach Clausewitz</i>	18
2.2.2 <i>Staat – Politik – Militär</i>	21
2.2.2.1 <i>Der Staat</i>	21
2.2.2.2 <i>Die Politik</i>	26
2.2.2.3. <i>Das Militär</i>	34
3. MEDIEN UND IHR EINFLUSS AUF DEN ERSTEN WELTKRIEG.....	40
3.1. FILM (1914 – 1918)	40
3.1.1 <i>Geschichtlicher Hintergrund</i>	40
3.1.2 <i>Der Film im 1. Weltkrieg</i>	41
3.2 DIE ZEITUNG	43
3.2.1 <i>Bsp.: Die Illustrierte Geschichte des Weltkriegs</i>	45
3.3. KRIEGSBERICHTERSTATTUNG	45
3.4. PROPAGANDA	46
3.4.1 <i>Flugblattpropaganda am Beispiel Gabrielle D’Annunzios</i>	49
4. GEGENEINANDER STATT MITEINANDER – POLITIK UND MILITÄR.....	50
4.1. POLITISCHES WIRRWARR ZU BEGINN DES 20. JAHRHUNDERTS.....	50
4.2. DIE BÜNDNISSE ENTSTEHEN UND VERFESTIGEN SICH.....	52
4.3. BESTELLUNG VON FRANZ GRAF CONRAD VON HÖTZENDORF ZUM GENERALSTABSCHEF UND BARON ALOIS LEXA VON AEHRENTHAL ZUM AUßENMINISTER	54
4.4. NEUE POLITISCHE KRÄFTE AM WERK – WEICHENSTELLUNG RICHTUNG WELTKRIEG	60
4.4. AUFMARSCHPLÄNE UND KRIEGSPÄNE.....	69
4.4.1 <i>Deutsches Reich</i>	69
4.4.2 <i>Frankreich</i>	71

4.4.3. <i>Russland</i>	73
4.4.4. <i>Großbritannien</i>	76
4.4.5. <i>Fazit</i>	76
5. BEGINN DES WELTKRIEGS	78
5.1. EIN ATTENTAT VERÄNDERT DAS GESICHT EUROPAS	80
5.2. KRIEGSBEGEISTERUNG.....	99
5.3. EIN STURM ZIEHT AUF	102
5.4. DER KRIEG GEGEN RUSSLAND	110
5.5. DER KRIEG GEGEN SERBIEN	113
6. DAS ENDE DES „KURZEN KRIEGES“	116
6.1. DIE DENKSCHRIFTEN DER GRAFEN FORGACH UND ANDRIAN.....	121
7. CONCLUSIO	123
LITERATURVERZEICHNIS	132
ANHANG 1	138
ABSTRACT.....	138
ANHANG 2	140
LEBENS LAUF	140

EINLEITUNG

Einleiten möchte ich meine Diplomarbeit mit einem damals zukunftsweisenden Zitat von Friedrich Engels aus dem Jahr 1887:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis Zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie die Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Betriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über die Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat ist absolut sicher: die allgemein Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.

(Ferguson 2006, S. 40/41).

Eine wegweisende Voraussicht. Und das, obwohl im deutschen Reich zu dieser Zeit Wilhelm II. noch nicht einmal an der Macht war.

Der Erste Weltkrieg ist gemeinhin als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bekannt, einige Wissenschaftler sprechen sogar von dem einen großen Krieg 1914 bis 1945, also den Zweiten Weltkrieg gleich inbegriffen. Er war ein unnötiger Konflikt zwischen Staaten, deren Ähnlichkeiten ihre Unterschiede bei weitem überwogen, eine Art europäischer Bürgerkrieg. Wegen dieses selbstzerstörerischen Wahnsinns verlor Europa schließlich seine Führungsposition in der westlichen Welt an die USA. Doch Krieg in Europa hieß damals Krieg in der Welt (Strachan 2003, S. 93/94). Der Begriff des „Weltkriegs“ war schon vor und während des Konflikts nicht unpopulär. Die Politiker der Bündnisse wollten sich

nicht geographisch festlegen, zudem konnte aus ihrer eurozentristischen Sicht ein Krieg, den zwei Bündnisblöcke miteinander ausfochten, riesige Ausmaße annehmen (ebenda, S. 96).

Dass der Krieg alle betraf beschreibt ein Zitat von Fololiyani Longwe vom King's African Rifles:

Stell dir vor, du liegst am Boden, und die heiße Sonne brennt dir senkrecht in den Rücken. Stell dir vor, du bist in einem Loch begraben, aus dem nur Kopf und beide Arme schauen, die ein Gewehr halten. Stell dir vor, du musst in dieser Lage mehrere Tage ausharren – ohne Essen und Trinken. Aber du bist nicht hungrig, denn es riecht nur nach Tod. Um dich herum explodieren Bomben, dröhnen Geschütze. Überall Rauch, alles Grün verbrannt und natürlich der Wald. Du musst zusehen wie deine Verwandten getötet werden: Sie schreien, und dann sind sie tot.“

(Strachan 2003, S. 93).

Dabei wies gerade vor der Zeit des 1. Weltkriegs durch die wirtschaftliche Interaktion der Staaten die gesamte Welt eine größere Interdependenz auf, eine größere, als es heutzutage die Europäische Union aufzuweisen vermag. Krieg schien unmöglich. Und genau an dieser Unmöglichkeit schien der Friede zu zerbrechen, Rauchensteiner spricht vom Defizit am Krieg.

Ich stelle mir hier die Frage, wie es für ein Großreich wie Österreich-Ungarn überhaupt soweit kommen konnte? Welcher ideologischen Fehlleitung verdankt dieser Krieg seinen Ursprung? Denn trotz unterschiedlicher Auffassungen hatten alle Kombattanten die gleichen Voraussetzungen: Sie marschierten, wenn sie den Ausladebahnhof verließen, ins Unbekannte, das unermesslich und voller Schrecken war (Stevenson 2006, S. 72.). Im Allgemeinen setzt man die Spannungen im Bereich Kolonialbesitz, Kriegsmarine und Bündnisse als Hintergrundbild für die Krise vom Juli 1914. Keines dieser Probleme hatte jedoch direkt mit dem Balkan und Österreich-Ungarn zu tun, meinte Gordon Strachan. Ich bin anderer Ansicht und werde versuchen aufzuzeigen, dass sehr wohl die Bündnispolitik eine Rolle spielte. In weiterer Folge werde ich mich dem Thema widmen, welche Vorteile Österreich-Ungarn sich aus diesem „Großen Krieg“

erhoffte. In einem Kapitel wird auch die nicht unwesentliche Rolle der Medien durchleuchtet. Warum beginnt die Monarchie einen Krieg, für den sie nicht bereit ist? Hauptaugenmerk werde ich darauf legen, wie Diplomatie, Politik und Militär zusammenarbeiteten bzw. nicht zusammenarbeiteten. In dieser Nicht-Zusammenarbeit sehe ich ein wesentliches Element, dass den Entscheidungsträgern schon vor dem Krieg die Augen öffnen hätte müssen.

Die Kriegstheorie wird sich sehr an den Militärtheoretiker Carl von Clausewitz orientieren, und die unterschiedlichen Interpretation seiner Theorien, vor allem in der deutschen und englischen Kriegsanalyse. Sind die Theorien von Clausewitz überhaupt auf den Ersten Weltkrieg anwendbar? Dieser Frage werde ich ebenso nachgehen, wie der Frage, ob es sich um einen „totalen Krieg“ gehandelt haben könnte.

Die Generale standen in diesem 1914 vor neuen Herausforderungen. Der Winter 1914 war einer der kältesten seit langem. In früheren Konflikten wäre der Rückzug ins Winterquartier logisch gewesen, aber wegen der industrialisierten Gesellschaft war es möglich, die Soldaten weiterhin an der Front zu versorgen, nicht zuletzt wegen der Dosennahrung. So kämpfte man in Polen, auf den Karpaten und am Balkan bis tief in den Dezember hinein (Stevenson 2006, S. 123).

Schon in der Frage nach dem Oberbefehlshaber erwog der Kaiser dynastische Überlegungen und spekulierte mit einer Niederlage: So wurde nicht der Thronfolger Erzherzog Karl mit dem Oberbefehl über das Heer betraut (der greise Kaiser war dazu selber nicht mehr in der Lage), sondern Erzherzog Friedrich. Würde der Krieg nämlich nicht den gewünschten Lauf nehmen, würde der Thronfolger automatisch mit dem Misserfolg in Verbindung gebracht werden. Dies wollte man vermeiden (Rauchensteiner 1997, S. 111). Interessant die taktische Gegenwart im Jahr 1914. Kaum einer der Kriegsbeteiligten dachte daran, dass das Menschenmaterial „ausgehen“ könnte. Dabei schrieb ein russischer Kriegstheoretiker schon 1898, dass es im nächsten Krieg „kein glanzvolles Marschieren und Kämpfen nach napoleonischem Vorbild geben werden, sondern ein zunehmendes Gemetzel so furchtbaren Ausmaßes, dass es den Truppen nicht möglich sein wird, die Schlacht zu entscheiden.“ Die Zukunft

des Krieges liege im Bankrott der Staaten und dem Zerfall des gesamten sozialen Gefüges (Rauchensteiner 1997, S.138).

Die Beleuchtung des gesamten Kriegs ist auf dieser Seitenanzahl nicht möglich, dazu ist das Thema zu Komplex, selbst wenn man sich nur einen Kriegsteilnehmer herauspicks. Deswegen wird eine für mich prägende Phase des Krieges herausgenommen, nämlich vom Weg in den Krieg bis hin zur Änderung der Kriegsziele im Winter 1914/15 – zu einem Zeitpunkt, als die Doppelmonarchie faktisch den Krieg schon verloren hatte und der Krieg von einem Bewegungskrieg in einen Graben- und Stellungskrieg überging.

2. Vom Wesen des Krieges – Definitionen und Theorien

In diesem Kapitel werden Kriegsdefinitionen unterschiedlichster Natur behandelt, sowie Kriegstheorie, wobei es sich hier auch sehr viel um Clausewitz drehen wird, den man als „geistigen Vater“ des Ersten Weltkriegs bezeichnen kann.

2.1. Begriffsdefinitionen

Krieg ist nicht nur Sache der Soldaten (Montgomery 2005, S. 13). Der französische Diplomat Charles Maurice de Talleyrand – Perigord hat einmal gesagt: „Der Krieg ist eine viel zu ernste Sache, als dass man ihn den Militärs überlassen könnte“. Im 1. Weltkrieg soll der damalige französische Außenminister Aristide Briand dieses Zitat dem englischen Premier Lloyd George mitgeteilt haben. Ebenso könnte man sagen, dass der Krieg eine zu ernste Sache ist um ihn den Politikern zu überlassen. Es ist für die moderne Kriegführung von äußerster Wichtigkeit, dass beide eng zusammenarbeiten. Wo diese Zusammenarbeit fehlt, ist der Krieg von zweifelhaftem Ausgang (ebenda, S. 19).

Weshalb kommt es zum Kriege? Einige sagen, der Krieg ist ein Kind der fortschreitenden Zivilisierung, andere sagen, er liegt in der Natur des Menschen. In der UNESCO – Präambel heißt es: „Da Kriege im Geist der Menschen

entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert sein“ (Etzersdorfer 2007, S. 8).

Thomas Hobbes sieht den Krieg aller gegen alle als Naturzustand, der im Sinne der Selbsterhaltung gerechtfertigt ist, und vor allem dafür drei Befindlichkeiten. Diese sind Konkurrenz, Verteidigung und Ruhmsucht, gepaart mit permanenter Todesfurcht (Hobbes 1970, S.117/118). Diese prinzipielle Konfliktnatur des Menschen ist moralisch weder gut noch schlecht, sie ist einfach gegeben (Etzersdorfer 2007, S.86). Clausewitz definierte die Kriegführung als Anordnung und Führung des Kampfes. Wäre dies ein einzelner Akt, würde die Definition reichen, jedoch besteht der Kampf aus mehreren einzelnen, in sich geschlossenen Akte: Gefechte. (Clausewitz 1998, S.92). Auch für Kant bleibt der Krieg ein Naturzustand an sich. „Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturzustand (status naturalis), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d. i. wenngleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben“ (Etzersdorfer 2007, S. 67).

Der Krieg bzw. die Kriegführung hängen von einander abhängigen Faktoren ab, wobei Feldmarschall Montgomery, Viscount of Alamein, diese definiert hat und ich sie hier kurz umreißen möchte.

- DIE GROSSE STRATEGIE ist die Koordinierung und Verwendung aller Hilfsquellen einer Nation oder einer Gruppe von Nationen zur Erreichung eines politischen Kriegsziels – das durch grundsätzliche politische Bestrebungen bestimmt wird. Das oberste Ziel einer großen Strategie muss es sein, einen dauernden Frieden zu erreichen und zu sichern.
- DIE STRATEGIE ist die Kunst, militärische Mittel wie die Streitkräfte und deren Versorgung zur Erreichung politischer Ziele einzusetzen (die Kunst der Kriegführung).
- DIE TAKTIK ist der Einsatz und die Kontrolle von Streitkräften und technischen Mitteln im Gefecht (die Kunst des Kämpfens).

(Montgomery 2005, S. 14)

Clausewitz definierte:

- TAKTIK, als Tätigkeit, Gefechte in sich anzuordnen und zu führen. Die Taktik ist die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht.
- STRATEGIE ist die Tätigkeit, Gefechte unter sich zum Zweck des Krieges zu verbinden. Die Strategie ist die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.

(Clausewitz 1998, S.92/93)

Einer der frühesten Denker über den Krieg hat vor 2000 Jahren schon ähnlich argumentiert, Sun Tsu, der bei der „Kunst des Krieges“ von fünf konstanten Faktoren ausgeht (Das Gesetz der Moral; Himmel; Erde; Der Befehlshaber; Methode und Disziplin):

- DAS GESETZ DER MORAL veranlasst die Menschen mit ihrem Herrscher völlig Übereinzustimmen, so dass sie ihm ohne Rücksicht auf ihr Leben folgen und sich durch keine Gefahr schrecken lassen.
- HIMMEL bedeutet Nacht und Tag, Kälte und Hitze, Tageszeit und Jahreszeit.
- ERDE umfasst große und kleine Entfernungen, Gefahr und Sicherheit, offenes Gelände und schmale Pässe, die Unwägbarkeit von Leben und Tod.
- DER BEFEHLSHABER steht für die Tugenden der Weisheit, der Aufrichtigkeit, des Wohlwollens, des Mutes und der Strenge
- METHODE UND DISZIPLIN müssen verstanden werden als die Gliederung der Armee in die richtigen Untereinheiten, die Rangordnung unter den Offizieren, die Behauptung der Straßen, auf denen der Nachschub zur Armee kommt und die Kontrolle der militärischen Ausgaben.

(Sun Tsu 2001, S.19/20)

Er geht davon aus, dass der General, der diese fünf Faktoren berücksichtigt, auch den Sieg davon tragen wird. Vergleicht man Montgomery mit Sun Tsu, so sieht man, dass sie einiges gemein haben und Montgomery Sun Tsu studiert hat (Montgomery 2005, S.360).

Clausewitz sieht den Krieg als gesellschaftliche Aktivität (Kaldor 2000, S. 26). Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen (Clausewitz 1998, S. 27). Der kluge Kämpfer zwingt dem Gegner seinen Willen auf, doch er lässt nicht zu, dass der Gegner ihm den Seinen aufzwingt (Sun Tsu 2001, S. 53). Für Bismarck war der Krieg ein politisches Werkzeug (Montgomery 2005, S. 398).

Im Grunde ist der Krieg also nichts weiter als ein erweiterter Zweikampf, dessen Mittel die physische Gewalt ist, deren Zweck es ist, dem Feind unseren Willen aufzuzwingen und dieser Zweck hat das Ziel, den Feind wehrlos zu machen (Clausewitz 1998 S. 27). Die Kriegskunst im eigentlichen Sinn wird also die Kunst sein, sich der gegebenen Mittel (Waffen, Ausrüstung, etc.) im Kampf zu bedienen (ebenda, S.92).

Klaus Peter Lohmann stützt sich in seiner Ausarbeitung zur modernen Kriegführung auf die Definition: Krieg, mit Waffengewalt ausgetragene Auseinandersetzung zwischen größeren Gruppen, in der Regel sind es Staaten oder Völker (Verteidigungs-, Angriffs-, Eroberungs-Krieg) (Lohmann 2004, S.57). Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung definiert Krieg in Anlehnung an den ungarischen Friedensforscher Istvan Kende als „gewaltsamen Massenkonflikt“, der folgende drei Kriterien aufweisen muss:

- Mindestens eine reguläre Streitmacht:
An den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen mindestens auf einer Seite reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten der Regierung) agieren.
- Beiderseits zentrale Organisation:
Auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet, als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerilla, Partisanenkriege)
- Kontinuierliche Austragung:

Die Kriegshandlungen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße; das heißt beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie.

Kriege gelten als beendet, wenn Kampfhandlungen für mindestens ein Jahr eingestellt oder lediglich unterhalb der Schwelle der AKUF – Definition (ebendiese) fortgesetzt werden. Dagegen sind „Bewaffnete Konflikte“ gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen diese Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllt sind. (STANDARD, S.5)

Die Kriegsgründe sind mannigfaltig. Im Ersten Weltkrieg geht es im Großen und Ganzen um Territorien und nationale und ideologische Konfrontation (Kaldor 2000, S. 27). Einzig das Ziel einer kriegerischen Handlung ist immer dasselbe: der Sieg (Stupka 2004, S. 42). Der Chinese Sun Tsu: „Daher ist das wichtigste in einer militärischen Unternehmung der Sieg...“ (Sun Tsu 2001, S. 89). Das Ziel sei aber der Frieden! Bekanntlich meint Clausewitz, dass der Krieg „nicht bloß ein politischen Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung derselben mit anderen Mitteln“ (Clausewitz 1991, S. 210). Andreas Stupka schließt daraus, ein Kriegsszenario, ähnlich dem des 1. Weltkriegs (Bedrohung, militärisches Säbelrasseln,...) betrachtend, dass die Anwendung politischer Mittel unter Auslassung der Instruments des Krieges gegenüber einem Kriegswilligen unvollständige Politik ist und kann daher logischerweise nicht zum Erfolg führen, sondern nur in die Unterdrückung und Abhängigkeit (Stupka 2004, S. 49). Georg Friedrich Wilhelm Hegel (1770 – 1831) meinte in seiner Kriegsdefinition über die im Krieg entfachten Leidenschaften, die auch Clausewitz erwähnt, dass diesen kathartische Reinigungskraft hinzukommt. Sie kühlen die politische Luft und das Erdreich, sie retten Menschen vor dem bürgerlichen Versumpfen und dieser Zustand sei dem bloßen Vegetieren in jedem Falle vorzuziehen (Etzersdorfer 2007, S. 71). In weiterer Folge fördere eine lange Friedenszeit den bürgerlichen Handelsgeist und damit niederen egoistischen Interessen. Daraufhin machen sich Selbstbezogenheit, Feigheit, Trägheit und Schwäche in einem Volk bemerkbar. Und dies sind Eigenschaften die ein Volk erniedrigen (ebenda, S. 71). Man darf Hegel jetzt nicht der Kriegsrechtfertigung oder Glorifizierung bezichtigen.

Für ihn reißt der Krieg die Welle der Eigeninteressen nieder. Er zeigt die Macht der Assoziation aller mit dem Ganzen, die Identifizierung mit dem Gemeinsamen (Avineri 1972, S.198). Bernd Hüppauf schreibt in der Enzyklopädie Erster Weltkrieg über die Kriegsdeutungen ähnlich. Der Krieg werfe die Menschen aus der Monotonie und Ereignislosigkeit der flachen Gegenwart in eine lebensbedrohende Lage und gebe dem Leben eine existentielle Tiefe (Hüppauf 2003, S. 634). Doch der philosophische Einfluss auf das Militär, im Fall Hegel vor allem auf den deutschen Generalstabschef von 1891 - 1906 Alfred von Schlieffen, der den nach ihm benannten „Schlieffen-Plan“ für den Angriffsfall Frankreich ausarbeitete ist offensichtlich. Für Hegel waren die Deutschen Schrittmacher auf dem Wege der Völker zu dem glorreichen Ziel der Weltkultur (Tuchman 2004, S.29). Georg Simmel bezeichnete den Krieg als geistige Entscheidung und Max Scheler als Verwirklichung des vitalistischen Lebensprinzips. Im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg vermutete Sigmund Freud früh, dass der Krieg und seine Deutungen nicht aus den Argumenten selbst, sondern aus dem Wesen der (europäischen) Kultur zu verstehen sei. Die von ihm postulierte enge Beziehung einer auf Triebunterdrückung aufgebauten Kultur zum Krieg führte ihn zu einer pessimistischen Einschätzung der Möglichkeit einer friedlichen Zukunft (Hüppauf 2003, S. 633). Albert Einstein verstand den Krieg als vermeidbaren Irrtum und hielt am aufklärerischen Ideal einer Gesellschaft im ewigen Frieden, dem er eine reale Chance in der absehbaren Zukunft einräumte, unbeirrt fest (Hüppauf 2003, S. 633). Die herrschende Begeisterung um den Kampf um die höchsten Güter, um Kultur und Zivilisation war trotz allem ungebrochen, weswegen der Erste Weltkrieg schnell das Beiwort „Groß“ erhielt.

Aus der politischen Philosophie eines Hegels schmiedeten nationale Ideologen eine Art Geschichtsmetaphysik als quasi ideale Begleitmusik zu den Massenschlachten des Ersten Weltkrieges (Etzersdorfer 2007, S. 73), wie für den Militärtheoretiker General Friedrich von Bernhardi, der den Krieg als eine „biologische Notwendigkeit“ ansah (Tuchman 2004, S. 16). Hier muss man anmerken, dass Bernhardi enge Verbindungen zu August Keim besaß, dem Führer des Deutschen Wehrvereins, eines Interessensverbandes, der für die Vergrößerung des Heeres eintrat. Seine Schriften kann man durchwegs als „Vereinspropaganda“ bezeichnen (Ferguson 2006, S. 48). Bernhardi stelle die

Verwirklichung des obersten Naturgesetzes innerhalb der Menschheit dar, nämlich des Gesetzes von Kampf ums Dasein. Hat man erst mal die Pflicht zum Kriegführen erkannt, so folgt daraus die weitere Pflicht, ihn erfolgreich zu führen (Tuchman 2004, S.16) und in weiterer Folge effizient. Daraus ergibt sich der Ansatz des gemeinsamen Strebens nach einer raschen Beendigung des Krieges – eine Symmetrie in den Kriegsanstrengungen und in der Konfiguration der Streitkräfte (Stupka 2004, S. 41). Der Frieden ist die Maxime. Da Krieg und Frieden sich nicht absolut gegensätzlich gegenüberstehen, liegt es folglich in der Hand der Politik, sowohl Krieg zu erzeugen wie auch zu deeskalieren, zu beenden oder überhaupt zu verhindern (Etzersdorfer 2007, S. 222).

Nach Kants „positivem Friedensbegriff“ reicht ein bloßes Schweigen der Waffen nicht aus, sondern es geht um die Beseitigung der Kriegsursachen als Ziel (Etzersdorfer 2007, S.67). Doch Kriege ändern sich permanent und kein neuer wird so sein wie der vor ihm. Einzig das Grundprinzip, den Krieg so rasch wie möglich zu beenden ändert sich nicht (Stupka 2004, S.46). Kant geht von der Annahme aus, dass sich die zerstörerischen Kräfte der Menschen aufheben, da die Destruktivkraft eines Individuums immer auf die Destruktivkraft eines anderen Individuums trifft, wird die Überwindung der egoistischen Partikularbestrebungen von der Selbstnötigung, sich unter Zwangsgesetze zu begeben, hergeleitet (Etzersdorfer 2007, S. 68). Diesem idealistischen Ansatz der Vernunft setzte ich entgegen, dass die Kriegsgegner immer danach trachten, sich zu übertreffen, um zu überleben (Stupka 2004, S. 48). Das Flottenrüsten zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg kann hier als Beispiel genannt werden. Im Konfliktdenken der Politologen und Soziologen der damaligen Zeit hatte der Krieg zwischen rivalisierenden Nationen einen „natürlichen Platz“. Er gehört zu den erneuernden und dynamisierenden Kräften der Moderne und seine Abschaffung käme einer Sterilisierung des Lebens und der Welt gleich (Hüppauf 2003, S. 634).

2.2. Theorie

Clausewitz interessierte am Krieg das soziale und psychologische Phänomen (Montgomery 2005, S. 390). Er geht davon aus, dass die Überführung stehender

Heere unter die staatliche Kontrolle ein wichtiger Bestandteil des staatlichen Gewaltmonopols war (Kaldor 2000, S. 30). Doch dem staatlichen Gewaltmonopol kann man eine gewisse Janusköpfigkeit nicht absprechen: Freiheitsbeschränkend – Freiheitsermöglichend, Ordnungsbildend – Ordnungszerstörend (Geis 2006, S. 21). In der realistischen Theorie ist das Handeln von Staaten von deren Machtpotenzialen bestimmt. Diese sind vorwiegend wirtschaftlicher und militärischer Natur und verleihen dem Staat einen entsprechenden Stellenwert im internationalen System, welches durch ein Fehlen einer übergeordneten Institution in realistischer Sichtweise als „anarchistisch“ eingestuft wird (Feichtinger 2004, S. 70). Der Staat orientiert sich nach eigenen Interessen, womit die Macht zum Nullsummenspiel wird (Gärtner 2006, S. 34).

Jedoch wurde durch das Gewaltmonopol Staatsinteresse zum legitimen Kriegsgrund, den auf Grund des souveränen Staatsprinzips seit dem Westfälischen Frieden von 1648 der Krieg fortan ein Rechtsverhältnis zwischen grundsätzlich gleichwertigen Staaten und Gegnern darstellte. Somit war nur der staatliche Souverän berechtigt, Interessen mit bewaffneter Gewalt zu exekutieren (Etzersdorfer 2007, S. 53). Im Laufe des 19. Jahrhunderts ist der Krieg eine komplexe Angelegenheit geworden, die das Können bestausgebildetster Berufssoldaten erforderte. Es deutete vieles darauf hin, dass sich die Konflikte ausweiten würden und weite Teile der Gesellschaft beeinflussen würden. Dafür waren viele Faktoren wesentlich. Die neuen Kommunikationsmittel beschleunigten den Lebensrhythmus und Militärtheoretiker und Politiker mussten die Gegebenheiten mit einrechnen und ausnutzen. Dazu kam ein rapides Bevölkerungswachstum in Europa, wodurch riesenhafte Massen als Arbeiter in den Fabriken die Massenproduktion der Kriegsindustrie verwirklichten (Montgomery 2005, S. 387).

Im Krieg sind drei Ebenen zu beachten und zwar die Trias zwischen Volk, Heer und Regierung (Etzersdorfer 2007, S. 223). Clausewitz erklärt dies mit sogenannten „Wechselwirkungen“. Auf politischer Ebene (Regierung) trifft der Staat bei der Durchsetzung seiner Vorhaben (Bsp.: Österreich – Ungarn will Vormachtstellung am Balkan) auf Widerstand. Auf militärischer Ebene (Heer) muss das Ziel in der Entwaffnung des Gegners bestehen, will man das politische Ziel erreichen andernfalls besteht laufend die Gefahr des Gegenangriffs. Schließlich hängt die Stärke der Willenskraft von den im Volk vorherrschenden

Gefühlen und Stimmungen ab (Kaldor 2000, S.37). Der Krieg entfesselt Leidenschaften und Feindschaften, die unkontrollierbar werden können. Ein Feldzug setzt demnach eine Harmonie im Staat voraus. Ohne Harmonie im Staate kann kein militärischer Feldzug unternommen werden; ohne Harmonie in der Armee kann kein Kampfverband gebildet werden (Sun Tsu 2001, S. 63). Staaten befanden sich zueinander entweder im Krieg oder im Frieden, beide Beziehungen unterlagen einer zunehmenden Verrechtlichung: Den Krieg betraf das Kriegs- und Neutralitätsrecht, den Frieden das Friedensvölkerrecht – eine Ordnung die über den Ersten Weltkrieg hinaus bestand hatte (Etzersdorfer 2007, S. 54). Es entstand die Welt des „gehegten Krieges“, mit stehenden Heeren. Kant widerspricht im „Ewigen Frieden“ dem Recht der Staaten, für ihre Interessen Kriege zu führen, da der Staat nicht mehr in erster Linie aus seiner Schutzfunktion gegenüber dem Individuum betrachtet wird, sondern entspricht nun selbst der menschlichen Natur, insofern das Individuum dazu bestimmt ist, mit anderen Menschen eine rechtliche Verbindung einzugehen (Etzersdorfer 2007, S.65).

Das Ziel einer militärischen Auseinandersetzung muss ein strategisches Erfordernis erfüllen, aber das strategisch Wünschenswerte muss mit den verfügbaren Kräften und Mitteln taktisch durchführbar sein. Der Befehlshaber muss sich den besonderen Erfordernissen des Feldzuges anpassen (Montgomery 2005, S. 14). Die richtige Entscheidung gleicht dem wohlberechneten Herabstoßen eines Falken, der zuschlägt und sein Opfer tötet (Sun Tsu 2001, S.46). Strategische Pläne ohne Spielraum für Unvorhergesehenes führen zur Katastrophe (Tuchman 2004, S.35). Sun Tsu meinte zum Thema Taktik: „So sucht im Krieg der siegreiche Stratege nur dann den Kampf, wenn der Sieg bereits errungen ist, wogegen jener, der zum Untergang verurteilt ist, zuerst kämpft und danach den Sieg sucht.“ (Sun Tsu 2001, S. 40/41) Nachdem wir zuvor die wichtigen Faktoren für den Sieg angesprochen haben, wollen wir nun auf unverzeihliche Fehler eines Generals hinweisen:

1. UNBEKÜMMERTHEIT, da sie zur Vernichtung führt.
2. FEIGHEIT, da sie zur Gefangennahme führt.
3. EMPFINDLICHES EHRGEFÜHL, das für Scham empfänglich ist.

4. UNGEZÜGELTES TEMPERAMENT, das durch Beleidigungen provoziert werden kann.
5. ÜBERGROSSE SORGE um das Wohl Männer, die den General anfällig macht für Kummer und Schwierigkeiten.

(Sun Tsu 2001, S. 78/79).

Für die Theorie stellt sich nun noch die Frage, ob man den 1. Weltkrieg schon als „totalen Krieg“ ansehen kann.

Kaldor geht von einem totalen Krieg aus und behauptet deswegen, dass die Clausewitz'sche Theorie nicht anwendbar sei, da der öffentlich staatliche Bereich versucht, sich die Gesamtheit der Bevölkerung einzuverleiben, und so die Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privaten tilgt. Als Konsequenz gibt es keinen Unterschied zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, zwischen Militär und Zivil (Kaldor 2000, S. 43). Des Weiteren bezeichnet sie die Rechtfertigung eines Krieges auf Grund von Staatsinteresse als zunehmend ausgehöhlt (Kaldor 2000, S. 43). Irene Etzersdorfer setzt dem Argument, dass die Clausewitz'schen Theorien auf einen technisierten Krieg nicht anwendbar sind und sich das Wesen des Krieges in seiner Beziehung zur Politik verändert hat, entgegen, dass es noch an entscheidenden gesellschaftlichen Veränderung gefehlt habe, um von einem totalen Krieg zu sprechen (Etzersdorfer 2007, S. 60). Das neue an diesem Krieg war, dass es nicht nur ein Volks- oder Weltkrieg war, sondern das besondere war seine fast unaufhaltsame Entwicklung hin zur Totalität (Rauchensteiner 1997, S. 197). Eine weit verbreitete Fehlinterpretation des Clausewitz'schen Begriffs des „Absoluten Krieges“ führte der preußische Militärtheoretiker Colmar von der Goltz weiter, der diesen Begriff nicht als idealtypische Abstraktion im Sinne von Clausewitz verstand, sondern als Anleitung zur Anwendung unbegrenzter Gewalt (Etzersdorfer 2007, S. 61). Ludendorff propagierte nach dem Ersten Weltkrieg den „Totalen Krieg“ als Kampfform der Zukunft. Für Keegan war der Unterschied zwischen „wirklichem“ und „absolutem“ Krieg nach Clausewitz im Ersten Weltkrieg kaum zu unterscheiden. Mäßigenden Entscheidungen, die Wesen und Zweck des Krieges aufeinander abstimmen, schwanden bis zu Unkenntlichkeit, so Keegan. Er bezeichnete den Ersten Weltkrieg als kulturelles Verwirrspiel, in dem Politik nur eine unwesentliche Rolle gespielt hatte, wonach Clausewitz' Lehren aus dem

Europa des 19. Jahrhunderts eine Gesellschaft von Kriegerern gemacht hatte (Keegan 2007, S. 48).

In weiterer Folge ist das Phänomen des Totalen Krieges für die Forschung sehr komplex, so dass es nur eine unvollständige Definition dafür gibt, jedoch gelang es die vier wichtigsten Elemente zu identifizieren:

1. TOTALE MOBILISIERUNG: Es handelt sich hierbei um die vollständige Inanspruchnahme aller gesellschaftlichen und materiellen Ressourcen eines Staates zum Zwecke der Kriegführung. Dies geht über die allgemeine Wehrpflicht hinaus und betrifft Zivilisten ebenso. Im Idealfall verwandelt sich die ganze Gesellschaft in eine einzige Kriegsmaschinerie unter staatlicher Leitung (Wirtschaft, Finanzwesen,...).
2. TOTALE KRIEGSZIELE: Die totale Mobilisierung durch staatliche Zwangsmaßnahmen und mit Hilfe der Massenpropaganda lässt sich kaum um begrenzter Kriegsziele willen durchführen. Vor dem Hintergrund existentieller Bedrohungsszenarien bewirken jedoch die Formulierung totaler Kriegsziele, um die angebliche oder tatsächliche Existenzgefährdung durch den Feind ein für allemal zu beseitigen und die ungeheuren Kriegsanstrengungen zu rechtfertigen. Diese Kriegsziele variieren zwischen bedingungslose Unterwerfung und physischer Ausrottung.
3. TOTALE KRIEGSMETHODEN: Totale Kriegsziele fordern Entgrenzung der Kriegsmittel. Die Regeln des Kriegsvölkerrechts werden außer Kraft gesetzt (Ermordung von Kriegsgefangenen, systematische Kriegführung gegen feindliche Zivilbevölkerung,...). Durch Rücksichtslosen Einsatz waffentechnologischer Möglichkeiten soll dem Widerstandswillen des Gegners das Rückgrat gebrochen werden (siehe Klammer).
4. TOTALE KONTROLLE: So ein Krieg lässt sich nur unter der totalen Kontrolle durch politische und militärische Behörden führen. Es bedarf eines enormen organisatorischen Aufwandes, der keine zivilistischen Nischen zulässt. Deshalb greift der Staat in alle

Lebensbereiche ein um sie nach der totalen Kriegsanstrengung auszurichten.

(Förster 2003, S. 925)

Der Erste Weltkrieg war insgesamt gesehen sicherlich kein „Totaler Krieg“, obwohl, wie auch von Rauchensteiner beschrieben, unweigerlich Tendenzen in diese Richtung gegeben waren. Beispielsweise das Hindenburg-Programm vom 31. August 1916, mit der Forderung der 3. Obersten Heeresleitung nach umfassender Heranziehung aller wirtschaftlichen Ressourcen für die Kriegsanstrengungen und nach erheblicher Ausweitung der Rüstungsproduktion (Geyer 2003, S. 557) und die Innenpolitik der britischen Regierung Lloyd George lassen die Absicht einer totalen Mobilisierung erkennen.

Wachsender Hass und die Sorge für zukünftige Generationen angesichts des „immerwährenden Feindes“ führten zu einer beinahe Entgrenzung der Kriegsziele. Britische Hungerblockade, unbeschränkter U-Boot-Krieg 1917, Einsatz von Giftgas demonstrierten eine Zunehmende Entgrenzung der Kriegsmethodik, die aber von der Totalität weit entfernt war.

Die Quasi-Diktatur Hindenburg-Ludendorff ab 1916 galt dem Versuch, die gesamte deutsche Gesellschaft unter staatlich militärische Kontrolle zu stellen (Förster 2003, S. 925). Der Punkt ist, dass der größte Teil dieser Tendenzen im Ersten Weltkrieg in den Ansätzen stecken blieb, bzw. gänzlich gescheitert ist (Förster 2003, 926). Förster beschreibt zuvor in seinem Beitrag in der „Enzyklopädie Erster Weltkrieg“ den Totalen Krieg nur als Konzept, der auf Grund seiner inneren Widersprüche eine gänzliche Durchführung eines solchen als Unmöglich erscheinen lassen. Dem kann man ergänzen, dass der Ausdruck „total“ für einen Prozess steht, für eine sich nach und nach entfaltende Folge von Ereignissen, und nicht nur ein Ergebnis (Winter/Parker/Habeck 2002, S. 7).

Die Komponenten des klassischen Staatenkrieges nach Clausewitz sind gegeben. Der Staat stellte die materiellen Ressourcen sowie die Organisations- und Steuerungskapazität zur Verfügung, und die Mobilisierungskraft nationaler Ideen steuerten eine gesteigerte Opfer- und Leidensbereitschaft der Menschen bei (Münkler 2004, S. 92). Dies entstand aus dem Bruch des „gehegten Krieges“ durch die Französische Revolution, wo die stehenden Heere durch „Volksheer“

abgelöst wurden. Durch die Wehrpflicht erhielten die Armeen somit ein massives patriotisches Element. Der Staatenkrieg war zur Sache des Volkes geworden (Etzersdorfer 2007, S. 58). John Keegan schrieb darüber, dass Anfang Juli 1914 Vier Millionen Männer in Europa unter Waffen standen. Ende August waren es Zwanzig Millionen und Zehntausende waren bereits gefallen. Die unter der Oberfläche verborgene Kriegergesellschaft war unvermittelt bis an die Zähne bewaffnet in die Landschaft des Friedens gesprungen, und die Krieger sollten so lange kämpfen bis sie vier Jahre später nicht mehr dazu im Stande waren. Obwohl man diese Katastrophe nicht Clausewitz zur Last legen kann, sehen wir in ihm mit Recht den ideologischen Vater des Ersten Weltkriegs (Keegan 2007, S. 49/50). Die Frau war zu diesem Zeitpunkt aus dem Krieg ebenfalls nicht mehr wegzudenken. Während des Krim-Krieges 1853 – 1856 pflegten Florence Nightingale und 38 weitere Krankenschwestern die Verwundeten auf dem Schlachtfeld. Das gab der Frauenemanzipation starke neue Impulse, und seither hat jeder Krieg die Stellung der Frau im öffentlichen Leben wesentlich gefestigt (Montgomery 2005, S. 397).

2.2.1 Drei Wechselwirkungen nach Clausewitz

Bei Clausewitz ist die Gewalt das Mittel, einen Zweck zu erreichen. Dieser Zweck ist es, dem Gegner unseren Willen aufzuzwingen. Und das endgültige Ziel ist es, den Gegner wehrlos zu machen. Der Kampf besteht aus zwei Absichten:

- Das feindselige Gefühl
- Die feindselige Absicht

Die feindselige Absicht kann aber unabhängig vom feindseligen Gefühl bestehen (Clausewitz 1998, S. 29). Da der Krieg als Akt der Gewalt dem Gemüt zugehörig ist, hängt die Gewalt nicht von der Bildung eines Menschen ab, sondern vom „feindlichen Interesse“, in dessen Anwendung es keine Grenzen gibt. Jede Konfliktpartei muss der Theorie nach zum „Äußersten“ bereit sein. Durch diese gegenseitige Gesetzgebung entsteht die erste Wechselwirkung (ebenda S. 29). Die Leidenschaften, welche im Krieg entbrennen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein (ebenda, S.46). Die erste Wechselwirkung betrifft in diesem Fall also das Volk. Umgelegt auf Österreich-Ungarn bedeutet dies nun laut dem britischen Militärtheoretiker John Keegan folgendes:

Der Erfolg hängt auch von der Willenskraft und Stärke des Volkes ab, für „Gott und Vaterland“ die Mittel zum Erfolg zu tragen. Da in Österreich – Ungarn aber die beiden Volksgruppen der Deutschen und Ungarn quasi über die zahlenmäßig überlegene slawische Bevölkerung herrschten, schien diese Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriegführung unsicher (Keegan 2001, S. 33), womit er einen wesentlichen Faktor angesprochen hat, auf den wir später zu Sprechen kommen. Da der Zweck darin liegt, unseren Willen durchzusetzen, muss der Gegner in eine Lage versetzt werden, die für ihn schlechter ist, als das verlangte Opfer (Clausewitz 1998, S.30). Dieser Zustand muss dauerhaft gehalten werden, was bedeutet, dass durch fortgesetzte Gewalt der überlegeneren Konfliktpartei eine noch nachteiligere Situation des Gegners zur Folge haben muss, dessen schlimmste Lage in der absoluten Wehrlosigkeit kumuliert. Die Folge ist also das erreichte Ziel des Krieges, welches in

- a.) Entwaffnung
- b.) Niederwerfung

des Gegners besteht. Da dieses Ziel wiederum von beiden Konfliktparteien angestrebt wird, besteht hier die zweite Wechselwirkung. Solange der Gegner nicht niedergeworfen ist, oder das zumindest „denkt“ (Clausewitz 1998, S. 30), ist man selbst in Gefahr der Niederwerfung. Auf militärischer Ebene muss als Ziel also immer die Entwaffnung des Gegners sein, will man das politische Ziel erreichen. Andernfalls besteht immer die Gefahr des Gegenangriffs (Clausewitz 1998, S.30). Der Umfang also, welchen das Spiel des Mutes und des Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalls bekommen wird, hängt vom Heer bzw. vom Befehlshaber ab (Clausewitz 1998, S. 46).

Es muss zur äußersten Anstrengung der Kräfte kommen, wobei hierfür der Staat verantwortlich ist, wie vorhin von Münkler schon dargelegt. Es folgt eine Abmessung der gegenseitigen Anstrengungen der Konfliktparteien.

Unsere Anstrengungen $\Leftrightarrow$ gegnerische Widerstandskraft

Zwei Faktoren sind hier unerlässlich, die auch in den Vorplanungen des Ersten Weltkrieges und im Verlauf eine gewichtige Rolle spielen werden:

- Die Größe der vorhandenen Mittel
- Stärke der Willenskraft

Nachdem der Gegner aber nach denselben Bestimmungen mißt, haben wir hier die dritte Wechselwirkung (Clausewitz 1998, S. 31).

Die drei Wechselwirkungen müssen im Idealfall zum „Äußersten“ getrieben werden und zusammenspielen.

Also vorgezogenes Beispiel im Hinblick auf Österreich – Ungarn im bzw. vor dem Ersten Weltkrieg sei erwähnt, dass die Clausewitz'sche Verbindung Heer – Regierung schon im Juni 1914 nicht nach Wunsch funktioniert, als der K. u. k. Generalstabschef Franz Graf Conrad von Hötzendorf, es nicht für notwendig hält, das Außenministerium von der vom Militär erwarteten Kriegserklärung Russlands an die Doppelmonarchie zu informieren (Keegan 2001, S. 48). Andererseits verabsäumte der militärische Geheimdienst davor jahrelang eine effiziente Spionage gegen Russland, da 1903 eine Annäherung zwischen den beiden Großmächten stattfand, welche die Habsburgermonarchie offenbar zu großen Vertrauen gegenüber dem traditionellen Widersacher veranlasste (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 69), aber dazu später.

Das „Äußerste“ als absoluter Punkt existiert aber nur in der Theorie, da es auf Grund der ewigen Wechselwirkungen kein „Äußerstes“ gibt (Clausewitz 1998, S. 31). Den absoluten Punkt gäbe es nur, wenn:

1. der Krieg ein isolierter Akt wäre, der plötzlich entstanden ist, und mit dem vorigen Staatsleben nicht in Zusammenhang steht.
2. er aus einer einzigen oder einer Reihe gleichzeitiger Entscheidungen bestünde
3. er eine in sich vollendete Entscheidung enthielte und nicht einen politischen Zustand der ihm nachfolgt, durch den Kalkül auf ihn zurückwirke.

(Clausewitz 1998, S. 32)

Doch entsteht der Krieg nicht als isolierter Akt plötzlich aus dem Nichts, und ein Krieg besteht nicht aus einem einzigen Schlag. Dadurch müsste eine der Konfliktparteien mit seinem kriegesischen Kalkül von Anfang bis zum „Äußersten“ gehen und alle verfügbaren Ressourcen mobilisieren, was auf Grund der Wechselwirkungen keiner der beiden machen wird. Es werden nicht sogleich alle Kräfte aufgeboten, da es auch in der Natur dieser Kräfte liegt, dass sie nicht

gleichzeitig aufgeboden werden können (Clausewitz 1998, S.33). Es geht um die Gleichgewichtshaltung der Kräfte, oder besser gesagt, nicht in nachteiliges Gewicht zu fallen, weswegen eine sofortige Mobilisierung ein zu riskantes Unternehmen wäre. Auch ist der Krieg in seinem Resultat nichts Absolutes, da der erliegende Staat nur von einem vorübergehenden Übel ausgeht, und eine spätere Politik den Staat wieder erstarken lassen wird (Clausewitz 1998, S. 34). Die Form des Krieges hängt ursächlich mit der Form der Gemeinschaft zusammen, in deren Name er geführt wird. Krieg ist Ausdruck des organisierten Willens der politischen Gemeinschaft, sei sie staatlich oder nicht. Der Krieg wird immer ein soziales Phänomen bleiben, gleich welche Gestalt er annimmt. Er ist eine komplexe von Regeln geleitete Interaktionsform sozialer Akteure (Etzersdorfer 2007, S. 123). Keegan kritisierte an Clausewitz, dass er mit aller Kraft versuchte, den Krieg als politisches Handeln darzustellen, da ihm die Politik ein Gräuel war (Keegan 2007, S. 43). Volker Berghahn meinte auch eher den Clausewitz'schen Ansatz verwendend, anhand der Offiziersausbildung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war klar, dass der zukünftige Krieg nur als „Blitzkrieg gestaltet werden konnte. Sie mussten schnell und unter Einsatz aller Mittel und Kräfte gewonnen werden. Geling der entscheidende Durchbruch nicht sehr früh und begann ein Ermattungskrieg, war alles verloren (Berghahn 2006, S. 39).

2.2.2 Staat – Politik – Militär

Der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges wird das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muss, als auch für die Anstrengungen, die erforderlich sind (Clausewitz 1998, S. 35). Ein Krieg ist nie Selbstzweck, sondern immer nur Instrument (Etzersdorfer 2007, S. 221).

2.2.2.1 Der Staat

Wie gesagt, war Staatsinteresse als Kriegsgrund gerechtfertigt. Die vorherrschenden ethischen Vorstellungen – absolute Staatshoheit, geordnete Diplomatie und gesetzlich bindende Verträge – wurden geachtet, während man zugleich den übergeordneten Staatsinteressen Zugeständnisse machte (Keegan

2007, S.24). Ich will nun den Staat etwas näher betrachten, ausgehend von den Theorien von Hobbes und Weber.

Nach Nohlens Lexikon der Politik ist ein Staat:

1. die Gesamtheit der öffentlichen Institutionen, die das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen gewährleistet bzw. gewährleisten soll.
2. Traditionellerweise wird der Staat definiert durch drei Elemente:
Staatsgebiet, Staatsvolk (Staatsbürgerschaft) und Staatsgewalt. Die Staatsgewalt wird dabei rechtsförmig ausgeübt durch den Staatsapparat, wobei der Staatsapparat (bzw. das politisch-administrative System) in eine Mehr- bzw. Vielzahl von Institutionen ausdifferenziert ist.

(Nohlen 2003, S. 485)

Für den frühen modernen Staat steht Thomas Hobbes' „Leviathan“ als Symbol des absolutistischen Staates zentral (Etzersdorfer 2007, S. 85). Hobbes wählte das Symbol des Leviathans, des mythischen Seeungeheuers „Leviathan“ aus dem Buch Hiob aus der Bibel, von dem Gott Hiob berichtet „Sein Herz ist so hart wie Stein und so fest wie ein Stück vom untersten Mühlstein. Wenn er sich erhebt, so entsetzen sich die Starken, und wenn er hereinbricht, so ist keine Gnade da.“ Hobbes greift dieses Bild auf und überträgt es auf den Staat; innerer Friede ist nur dort, wo friedenssichernde Macht stärker ist als die zerstörende (Pfetsch 2003, S. 136). Hobbes war ein Befürworter der Monarchie und ging von der These aus, dass der Hauptzweck des Zusammenlebens der Menschen in einem Staat und somit auch der damit verbundenen Selbstverpflichtung (die in offenem Gegensatz zu seiner natürlichen Freiheitsliebe und seinem Machttrieb steht), ist sein Selbsterhaltungstrieb und sein Wunsch nach einem gesichertem Leben (Pfetsch 2003, S. 141). Jeder einzelne sagt für sich, dass er sein Recht über sich selbst zu bestimmen aufgäbe und es auf einen anderen Menschen übertrage. Dadurch gründet sich diese Vereinigung zu einem gemeinsamen Willen, die sich „Staat“ bezeichnet (Pfetsch 2003, S. 142).

Um bei der Monarchie zu bleiben nehme ich die Österreich – Ungarische Monarchie als Beispiel. Friedrich August von der Heydte bezeichnete die Monarchie in seinem Buch als jene „Staatsform, bei der der staatstragende Wille nicht von einer Mehrzahl, sondern von einer Person ausgeht, in der ein einzelner

auf Lebenszeit wenn nicht ausschließlicher, so doch mindestens hervorragender Träger der Staatsgewalt ist.“(Heydte 1993, S.7) Frank Pfetsch spricht in weiterer Folge bei seinen Ausführungen zu Hobbes über zwölf Bestimmungen eines Herrschers bzw. des Bürgers:

1. Da es keine Bindungen der Vertragsschließenden an frühere Abkommen gibt bzw. geben darf, die dem jetzigen Abkommen widersprechen würden, darum können die Bürger nicht ohne Erlaubnis des Herrschers einen neuen Vertrag schließen und damit den bereits bestehenden aufheben oder revidieren. Die Konsequenz besteht darin, dass der Herrscher sich ebenso auf die Kautelen des Vertrages berufen und davon Gebrauch machen kann, wie die Bürger an die sich daraus herleitenden Pflichten gebunden sind.
2. Da der Herrscher nicht in den Vertrag involviert, sondern „nur“ sein Begünstigter ist, darum kann ihn der Vorwurf eines Vertragsbruchs niemals treffen. Die Konsequenzen hinsichtlich seiner Rechte und den Pflichten der Bürger sind analog zu Punkt 1.
3. Da bei der Wahl des Souveräns die Mehrheit entscheidet, kann der Herrscher ebenso von seiner Legitimität ausgehen und sie einsetzen wie andererseits kein Bürger den Vertrag rückgängig machen kann.
4. Da alle Gewalt auf den Herrscher übertragen wurde, darum kann keine seiner Handlungen gegenüber dem Untertan jemals ein Unrecht sein. Konsequenzen analog zu Punkt 1.
5. Vor allem aus den Punkten 1 und 4, einschließlich ihrer Konsequenzen, folgt weiterhin, dass der Herrscher niemals von seinen Untertanen rechtmäßig zum Tode verurteilt werden kann. Denn:
6. Nur der Herrscher entscheidet auf Grund seines Machtmonopols über alle Maßnahmen die dem Staat dienen oder ihn angehen, vorzüglich über die Erhaltung des inneren Friedens, aber auch
7. über alle Fragen, die die Schaffung von Eigentum betreffen. Jeder Bürger muss wissen was ihm gehört und was er tun darf, ohne seinen Nächsten zu belästigen oder belästigt werden.
8. Punkt 6 und 7 zusammengefasst: Die Rechtsprechung über alle Streitfälle liegt allein in der Gewalt des Herrschers.

9. Er entscheidet des Weiteren über alle Maßnahmen des Staates nach außen.
10. Für alle den inneren Frieden betreffende Maßnahmen müssen dem Herrscher alle Mittel zur Verfügung stehen, die er für geeignet hält um sein Ziel zu erreichen. Die sich daraus ergebende Konsequenz betrifft seine Macht bzw. Kompetenz über die Einteilung und Verteilung diese Mittel, wie z.b. die Besetzung von Ämtern
11. das Erlassen von Gesetzen über Belohnungen und Bestrafungen, sowie
12. die Vergabe von Auszeichnungen. Komplementär dazu ist es die Pflicht des Bürgers, dem Souverän diese Mittel zur Verfügung zu stellen und ihre Disposition und Distribution anzuerkennen.

(Pfetsch 2003, S. 142/143).

Hobbes argumentiert weiter, falls eine dieser Punkte nicht erfüllt werden sollte, werde der Staat zerbrechen. Daraus entsteht die Staatsdefinition von Hobbes:

„Es macht das Wesen des Staates aus, den man definieren kann als eine Person, deren Handlungen eine große Menge durch Vertrag eines Jeden mit einem Jeden als die Ihren anerkennt, auf dass sie diese einheitliche Gewalt nach ihrem Gutdünken zum Frieden und zur Verteidigung gebrauche“ (Pfetsch 2003, S. 143). Jeder Staat ist als Rechtsperson den anderen Staaten gleich (Heydte 1993, S. 12). In weiterer Folge ist ein Staat auf aufgrund seiner politischen Organisationsstruktur auf bestimmte „nationale Interessen“ fixiert. Somit ist er auch auf eine bestimmte Art der Kriegsführung festgelegt. Die Kontrolle von Territorium und Bevölkerung setzen ihn in die Lage, ein stehendes Heer zu unterhalten und es im Konfliktfall durch professionelle Offiziere in den Krieg zu schicken (Etzersdorfer 2007, S. 75).

Hobbes sieht wie gesagt die Monarchie als geeignete Staatsform für den Frieden. Als Beweis für seine These führt er sechs Punkte an:

1. In der Monarchie trägt der öffentliche Wohlstand zum Ansehen und Reichtum des Monarchen bei. (In der Demokratie oder Aristokratie trägt der öffentliche Wohlstand zum Privatvermögen eines korrupten oder

ehrgeizigen Menschen weniger bei als oftmals ein hinterlistiger Rat, eine verräterische Handlung oder ein Bürgerkrieg)

2. Der Prozess der Meinungs- und Willensbildung wird durch die monarchische Regierungsform begünstigt. (Ein Monarch kann jeden zu Rate ziehen und folglich die Meinung von Menschen anhören, die von der Sache etwas verstehen. Bedarf hingegen eine souveräne Versammlung eines Rats, so werden dazu nur solche Leute zugelassen, die von Anfang an ein Recht dazu haben.)
3. Die Regierung einer Versammlung ist naturgemäß weniger stabil und beständig als die Regierung eines Monarchen.
4. Die Versammlung ist oft uneinig. Die Meinungsunterschiede können sogar zum Bürgerkrieg führen.
5. Zwar kann jedermann in der Monarchie das Unrecht zugefügt werden, aber es kann in der Demokratie oder Aristokratie genauso gut vorkommen.
6. Die Schwäche der Monarchie ist die Frage der Erbfolge. Es ist aber nach Hobbes nicht eine immanente Schwäche der monarchistischen Regierungsform.

(Pfetsch 2003, S. 144)

Zwei für mich wesentlich Gründe über das „Nicht-Funktionieren“ dieses Staatsmodells beschreibt Pfetsch kurz darauf. Und zwar:

- Wenn innerhalb des Staates die Meinung geteilt wird, dass die souveräne Gewalt geteilt werden muss.
- Wenn aus außenpolitischen Gründen Kriege mit anderen Staaten notwendig werden, die die eigenen Kompetenzen und Ressourcen übersteigen.

Der Leviathan steht also für die Frühform des modernen Staates. Max Weber geht in dem Gedanken weiter. Er sah in der Entwicklung des Modernen Staates eine Konzentration der politischen Macht in einer zentralen Kompetenz. Das Spezifikum des Modernen Staates ist die erfolgreiche Beanspruchung des Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit (Geis 2006, S. 21). Man spricht vom Staat als einen politischen „Anstaltsbetrieb“ der durch ein Installieren von Bürokratie rational zu laufen beginnt, oder anders gesagt, wenn der

Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnung in Anspruch nimmt (ebenda, S. 21). Die Bürokratie entsteht als Form des rationalen Verwaltungsbetriebes (Pfetsch 2003, S. 575). Nach Weber steht die Moderne nicht nur als Zeichen für Rationalisierung sondern auch für Massendemokratisierung. Die Entwicklung des modernen Staates ist also ein dialektisches Spiel zwischen Demokratisierung und Macht-Zentralisierung. Anna Geis setzt dem Argument der „kriegerischen europäischen Gesellschaft“ von Keegan entgegen, dass gerade das Paradoxon bei der europäischen Staatenbildung darin liege, dass Kriegsvorbereitungen und das Streben nach wachsenden militärischen Kompetenzen als eine Art Nebenprodukt den Modernen Staat schufen und somit zu einer Zivilisierung des Staates und der Innenpolitik beitrugen (Geis 2006, S. 23)

Der Herrscher musste einen zivilen Beamtenapparat zur Ressourcenabschöpfung installieren, der auch das Militär im Zaum halten konnte. Weiters mussten die Staatsvertreter mit Bevölkerungsgruppen um kriegswichtige Ressourcen handeln, die sie kontrollierten. Im Gegenzug konnten betroffene Personengruppen, die für die Kriegsunternehmung herangezogen wurde, Kompensationswünsche nach Kriegsende an den Staat richten. Allzu häufig trat ein „Sperrklinkeneffekt“ ein, wenn der Staatsapparat expandierte. Das militärische Budget sank nach Kriegen, sofern man nicht große Verluste erlitten hatte, nicht mehr vollständig auf das Vorkriegsniveau zurück (ebenda, S. 23). Man verzichtet ja ungern auf Geld. Heydte unterscheidet den Staat vom Kaisertum, dass das charakteristische Merkmal des Kaisertums dass es sich als Staatsautorität über den engen Gesichtskreis eines besonderen Volkes und die engen Grenzen eines einzelnen Landes erhebt. Der Staat ist Ausdruck einer politischen Form, die sich eine Nation jeweils gegeben hat, während das Reich mehrere Nationen umfasst und seinem Wesen nach Multinational ist (Heydte 1993, S. 14/15). Ausgehend davon soll nun die politische Entwicklung in der Österreich – Ungarischen Monarchie betrachtet werden, beginnend mit der Thronbesteigung Kaiser Franz Josefs am 2. Dezember 1848.

2.2.2.2 Die Politik

Nach Niederschlagung der Revolution von 1848 konnte man den regierungsunfähigen Kaiser Ferdinand dazu bewegen abzutreten. Als Nachfolger

wäre per Gesetz sein Bruder, Erzherzog Franz Karl, vorgesehen gewesen, jedoch verzichtete der zu Gunsten seines Sohnes Franz Josef. Dieser wurde somit am 2.12. 1848 in Olmütz zum Kaiser gekrönt. Er bestieg den Thron inmitten eines die Existenz der Monarchie bedrohenden Krieges, und sollte 1916 inmitten eines ebensolchen sterben (Jerabek 2003, S. 501).

Feldmarschall Radetzky schlug den Angriff Sardinien-Piemonts zurück und 1849 konnte der ungarische Aufstand endgültig niedergeschlagen werden. Eine österreichische Gesamtverfassung vom März 1849 („Kremsierer Verfassung“) trat nie in Kraft, obwohl in eine oktroyierten Verfassung einige Gedanken übernommen wurden, (Vocelka 2002, S. 206) und wurde 1851 im Silvesterpatent auch formell aufgehoben (Heydte 1993, S. 35). Seit 1850 wandelte die österreichische Regierung am Rande eines aufgeklärten Absolutismus, der an jenen Josefs II. erinnerte, allerdings ohne dessen laizistisch-antikirchlichen Einschlag (Heydte 1993, S.35), und mit besagtem Silvesterpatent war der Schwenk zum Absolutismus auch vollzogen (Vocelka 2002, S.206). Das Bündnis zwischen Thron und Altar wurde im Konkordat von 1855 quasi auch vertraglich fixiert, wodurch der katholischen Kirche die Vormachtstellung in der Monarchie garantiert wurde. Für die liberale Opposition sollte das Konkordat immer als Symbol für das neoabsolutistische System stehen (Vocelka 2002, S. 207). 1870/71 kam es zur Kündigung des Konkordats, nachdem am Vatikanischen Konzil 1870 das „Infallibilitätsdogma“ (Unfehlbarkeit des Papstes) veröffentlicht wurde. Für Franz Joseph bedeutete dies unter juristisch bestreitbaren Vorwand eine Änderung der Vertragsbestimmungen und deshalb kündigte er das Konkordat auf (Vocelka 2002, S. 218). Neben Kirche und Armee (wird etwas später behandelt) war vor allem das Beamtentum Stütze der Doppelmonarchie. Das Beamtentum war eine der Klammern die in der Zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den zentrifugalen Kräften entgegenstanden (ebenda, S.207). Die Beamten zeigten sich loyal gegenüber dem Kaiserhaus und identifizierten über den Gesamtstaatsgedanken mit der Habsburgermonarchie. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts entfalteten sich nationale Bewegungen der verschiedenen Völker, abwechselnd mit demokratiepolitischen Ideen und steigerten sich wechselseitig hoch. Sie bedeuteten ein Existenzproblem für die Habsburgermonarchie (Mommsen 2003, S.132).

Die politische Führung als Ministerpräsident hatte 1849 mit Fürst Felix Schwarzenberg ein neuer starker Mann inne, nach dessen Tod Franz Joseph selbst die politische Führung übernahm. Schwarzenberg war glühender Befürworter des Absolutismus. Das politische Hauptproblem lag direkt nach der Revolution in Ungarn, da man in Österreich die „Verwirkungstheorie“ vertrat, welche besagte, dass die Ungarn durch ihr Verhalten alle Rechte und Privilegien verwirkt hätten. Dies hatte zur Folge, dass die bis dahin bestandene ungarische Selbstverwaltung auf unterer Ebene abgeschafft wurde und eine Militärverwaltung bestehend aus sechs Militärbezirken eingesetzt wurde (Vocelka 2002, S. 208). Trotz einiger Verbesserungen im Vergleich zum alten Absolutismus herrschte Unzufriedenheit. 1852 wurde die Pressefreiheit wieder aufgehoben (McGuigan 1994, S. 505) und Verfassung gab es immer noch keine. Diese Unzufriedenheit gipfelte im Libenyi-Attent vom 13. Februar 1853, wo der ungarische Schneidergeselle Janos Libenyi dem Kaiser bei einem Spaziergang mit seinem Adjutanten Max O'Donnell zwei Stichwunden zugefügt hatte (Vocelka 2002, S.208, bzw. McGuigan 1994, S. 506). Außenpolitisch beschäftigten vor allem die deutsche und die italienische Frage die Monarchie. Dies führte unter anderem zum Krieg mit Sardinien-Piemont 1859. Nach Niederlage der Habsburgermonarchie war das Prestige des Kaisers innerhalb und außerhalb der Grenzen und des Neoabsolutismus schwer angeschlagen. Bei der Einigung mit Italien büßte das österreichische Imperium die Lombardei ein (Strachan 2004, S. 21). Dazu kam für den jungen Herrscher noch, dass er an der Schlacht von Solferino selber teilnahm und somit seine militärische Inkompetenz unter Beweis stellte. Nach einem Jahrzehnt unfähiger Staatsführung und ungeschickter Diplomatie war Österreich ebenso isoliert wie sein Herrscher (McGuigan 1994, S.517). Franz Josef sah sich aber nicht dazu genötigt, durch Reformen gegenzusteuern sondern gab politisch immer soweit nach, wie es die Situation erforderte. Daraus entstand der Ausdruck des „Weiterwurstelns“. Durch die Einberufung eines verstärkten Reichsrats, der einen föderalistischen Verfassungsentwurf ausarbeitete, versuchte Franz Josef dem Liberalismus entgegenzutreten, der eher deutsch-zentralistische Züge trug. Es wurden nur zögerliche Schritte in Richtung einer konstitutionellen Regierungsform unternommen (ebenda, S. 520). Das Oktoberdiplom der Regierung Goluchowski trat im Oktober 1860 in Kraft, trotzdem nahm die Unzufriedenheit nicht ab,

weswegen Goluchowski schon bald darauf zurücktreten musste. 1866 kam es zu einem Krieg mit Preußen, der verloren wurde. Der deutsche General Helmuth von Moltke und Kanzler Otto von Bismarck vertraten die „Kleindeutsche Lösung“, also einen Zusammenschluss aller deutschen Länder unter Ausschluss der Habsburgermonarchie. Nach dem deutschen Sieg verzichtete Bismarck auf Gebietsgewinne, jedoch wurde Österreich aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen und verlor dadurch jeglichen Einfluss auf die „deutsche Frage“ (Vocelka 2002, S. 213). Das beschädigte das Image der Monarchie derartig, dass nun die Bahn frei wurde für den Liberalismus. Der Neoabsolutismus war gescheitert. Franz Josef hatte den tiefsten Punkt seiner achtundsechzigjährigen Regierungszeit erreicht (McGuigan 1994, S.529).

Die Grundannahme des Liberalismus besagt, dass Friede bei vernünftigem Verhalten der Staaten möglich sei. Im Gegensatz zum Realismus meint der Liberalismus, dass der Staat nicht nur nach Macht, sondern nach Wohlstand und ökonomischem Erfolg strebt. Geistig baut der Liberalismus auf der Vertrags- und Naturrechtslehre der Aufklärung auf, und politisch wurzelt er in der Französischen Revolution. Der Liberalismus bezeichnet sich selbst als fortschrittsgläubig. Er will die Freiheit des Einzelnen verwirklichen und bildet dafür folgenden Leitgedanken aus: Die Freiheit der Person ist geschützt durch Grund- und Menschenrechte, die Freiheit vor dem Staat durch die Verfassung und die Gewaltenteilung (Rechtsstaat) und die Mitwirkung der Bürger am Staat sind durch den Parlamentarismus garantiert (Vocelka 2002, S. 211/212). Der Liberalismus wurde von konservativer Seite als Irrlehre angegriffen, die zur Zerrüttung der gesellschaftlichen Ordnung führen müsse. Dem setzten sie entgegen, dass der Konservatismus die ewig Gestrigen seien, sie als sterile Reaktionäre zu brandmarken und zugleich auf die grandiose Entwicklung der Produktivkräfte zu verweisen (Mommsen 2003, S.11).

Das Spezifikum des österreichischen Liberalismus war, dass er vorwiegend ein Deutsch-Liberalismus war. Nach der Niederlage 1866 kam es zum Ausgleich mit den Ungarn 1867, wodurch die Habsburgermonarchie endgültig zur Doppelmonarchie wurde. Geistiger Vater des Ausgleichs war der österreichische Ministerpräsident Ferdinand von Beust (McGuigan 1994, S.54). Der Ausgleich ist formal ein Vertrag zwischen dem ungarischen König, Franz Josef und Ungarn.

Somit wurde Franz Josef Kaiser von Österreich und König von Ungarn („K. u. k.“). Es folgte eine Realunion der beiden Länder (Vocelka 2002, S. 214). Das betraf zunächst Heer, Marine, Außenpolitik, die Verwaltung der „Okkupationsländer“ und alle Fragen des gemeinsamen Haushalts. Auf Grund der Eigenständigkeitsbestrebungen der Ungarn gab es also kein zentrales Parlament. Zur Beratung und Beschlussfassung über diese „gemeinsamen Angelegenheiten“ beider Reichshälften sollten Delegationen der ungarischen Magnaten- und Repräsentantentafel des österreichischen Reichstages und Reichsrats abwechselnd in Pest und Wien tagen. Diese Delegationen bestanden aus je vierzig Mitgliedern des Unterhauses und je zwanzig Mitgliedern des Oberhauses (Mommsen 2003, S.133). Die zu tragenden finanziellen Quoten der beiden Reichshälften wurden jeweils auf die Dauer des Ausgleichs festgelegt. Kaiser Franz Josef lies sich noch während der Verhandlungen am 8.Juni 1867 in Budapest zum König von Ungarn krönen (Heydte 1993, S. 54). Der Liberalismus bildete die einzige politische Bewegung, der man Chancen einräumen konnte, den reaktionären, aristokratischen Gruppen im Staat die politische Führung streitig zu machen (Mommsen 2003, S.11). Der Liberalismus kann als Legitimationsideologie der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet werden (Vocelka 2002, S. 217). Von der Liberalisierung des Staatswesens sind die Ungarn vorerst unberührt, trotzdem leitet es den Nationalitätenhader im Vielvölkerstaat ein (Heydte 1993, S. 55). Der Ausgleich schuf somit ebenso viele Probleme als er auch löste (McGuigan 1994, S. 521).

Im Alter wurde Kaiser Franz Josef immer mehr zur Symbolfigur des Vielvölkerstaates, dessen Kronen er trug (Heydte 1993, S. 57). Er eignete sich zunehmend eine genaue Kenntnis des Reiches an, sodass er imstande war, beinahe instinktiv auf sich ergebende Spannungen und Probleme einzelner Gebiete des Reiches zu reagieren (McGuigan 1994, S 522). Er war Repräsentant der „völkerverbindenden, übernationalen und antinationalistischen Funktion“ der monarchistischen Staatsform: mit ihm stand und fiel das alte Österreich. Karl Renner, erster Präsident der ersten Republik Österreich sagte einst zu seiner Tochter: „Hätte der alte Kaiser 1918 noch gelebt, dann hätten wir uns nicht getraut, die Republik auszurufen.“ (Heydte 1993, S. 57). Andererseits kann man sagen, dass sich der Kaiser, nach vielen militärischen Schlappen im Norden und im Süden des Reiches und angesichts der Masse an ungelösten Problemen im

Inneren sich zu einem Monarchen entwickelte, der den Stillstand scheinbar zum Programm machte (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 23).

Die Dezemberverfassung von 1867 ist formal die erste nicht vom Kaiser erlassene. Theoretisch versprach sie allen Völkern der Monarchie die Gleichberechtigung (Mommsen 2003, S. 132). Im Grunde ist sie keine einheitliche Verfassungsurkunde sondern besteht aus mehreren Verfassungsgesetzen. Durch sie war eine klare Gewaltentrennung durchgeführt und somit eine liberale Verfassung geschaffen. Aus demokratiepolitischer Sicht gab es punkto Wahlrecht ein Problem, da dies auf eine Elitenbildung hinauslief, wobei der Leitgedanke an eine Herrschaft der intellektuellen Elite bald von der nationalen Überheblichkeit der Deutschen in der cisleithanischen Reichshälfte überlagert wurde (Vocelka 2002, S. 216). Das Wahlrecht hing von der Steuerleistung ab. Auch eine Wahlreform 1873 brachte nicht viel Veränderung, da das Zensuswahlrecht erhalten blieb.

In der zweiten liberalen Regierung ab 1871 bis 1879 (die erste war unter Carlos Auersperg 1868-1870) unter Adolf Auersperg begann der langsame Abstieg des Liberalismus. Wolfgang Mommsen behauptet, dass der Liberalismus in West- und Mitteleuropa Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts seine politischen Ziele erreicht hatte und vor dem Hintergrund des Aufstiegs der Arbeiterschaft konzentrierte er sich eher darauf, die erreichten Positionen zu verteidigen, um damit ungewollt den noch nicht erreichten Teil des politischen Programms preiszugeben (Mommsen, 2003, S.12). Vor dem Hintergrund der Aufkündigung des Konkordats, versuchte die liberale Regierung in der Doppelmonarchie die dadurch entstandenen Rechtslücken zu schließen. 1874 brachten sie vier Gesetzesentwürfe ein, welche die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche und der klösterlichen Genossenschaften regeln sollte. Auf einen daraus resultierenden Machtkampf ließen sich die Liberalen aber nicht ein. Aus den liberalen Vorkämpfern gegen die Vormacht der katholischen Kirche war eine kompromissbereite, innerlich zerstrittene Partei geworden (Vocelka 2002, S.219). In die Regierungszeit der Liberalen fällt auch der „Große Krach“ an der Wiener Börse vom 9.Mai 1873. Im Mainstream des Misstrauens in die Wirtschaft (viele Schattenfirmen, etc.) und den Liberalismus schwamm ein vehementer Antisemitismus. Man kann es als Bündnis zwischen Antikapitalismus, Antiliberalismus und Antisemitismus bezeichnen. Das endgültige Ende der

liberalen Regierungszeit war die Bosnien-Herzegowina-Krise 1878, wo sich liberale Parteimitglieder aus nationalen Gründen (man wollte keine Vermehrung der slawischen Bevölkerung) gegen die eigene Regierung stellten und ihr somit das Genick brachen (Vocelka 2002, S. 220). Es entstand häufig eine Konvergenz zwischen Nationalität und sozialer Schichtung. Die „kulturell fortgeschrittene“ Nationalität war meist auch die, welche die wirtschaftlichen Geschehnisse bestimmte und sich auf die Städte konzentrierte, während die andere auf dem flachen Land sich zu etablieren versuchte. In Böhmen und Mähren besaßen die deutsche Minderheit und die Juden eine wirtschaftliche und kulturelle Vorrangstellung, in Galizien waren die Polen wirtschaftlich stärker, während die Ruthenen das Nachsehen hatten (Mommsen 2003, S.135). Vor allem im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg darf man aber den Beginn der „Bündnisse“ der Großmächte nicht außer Acht lassen. Auf besagtem Berliner Kongress 1878 schlossen die Habsburgermonarchie und das Deutsche Kaiserreich den Zweibund, der somit den Kern aller weiteren Bündniskonstellationen bilden sollte. 1882 trat Italien bei, 1883 Rumänien (Vocelka 2002, S. 266). Doch auch dieser Versuch, ein Zeichen von Stärke zu setzen, half der Regierung nicht.

Die Innenpolitik der Habsburgermonarchie machte wieder einen Rechtsruck unter dem konservativen Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe (McGuigan 1994, S. 548).

In vielen anderen Nationen erfuhr der Konservatismus zu dieser Zeit einen rasanten Abstieg, in Österreich-Ungarn hatte er jedoch nach wie vor ungeteilte Macht, obwohl die traditionellen Argumente der konservativen Ideologie wie die Berufung auf den göttlichen Ursprung im Zeitalter der Säkularisierung an Gewicht verloren. Dass sich die alten traditionellen aristokratischen Schichten in der Machtposition halten konnten, lag an einer geschickt geführten Interessenspolitik (Mommsen 2003, S.14). Doch man warf sich zunehmend dem Nationalismus in die Arme, in dem man den traditionellen Gegenspieler, den Liberalismus, durch übertrieben zur Schau gestellten Nationalstolz zu übertrumpfen suchte. Gegen diesen neuartigen Nationalismus hatte der Reichspatriotismus bald nichts mehr entgegenzusetzen (Mommsen, 2003, S. 132). Entscheidend war dann jedoch, dass sich dieser Nationalismus in Europa zu einem Imperialismus steigerte, der als Ziel hatte, vom europäischen Großmachtstatus zu einer Weltmacht zu werden

(Mommsen 2003, S. 16). Er artete aus in einem neuen militanten Imperialismus, der vor allem Unterstützung unter den Sozialdarwinisten fand, welche die Lehre vom Kampf ums Dasein auf das Völkerleben übertrugen (Mommsen 2003, S. 18). Solange die politische Macht in den Kronländern, namentlich in Kroatien, Galizien, Ungarn, Böhmen und Mähren bei der Feudalaristokratie lag, hielten sich die zentrifugalen Kräfte des Nationalismus in Grenzen. Bis in die 1890er war dies auch der Fall, da Ministerpräsident Taaffe mit eiserner Hand regierte.

Rücksichtslos wendete er polizeistaatliche Methoden und eingeschränkte Pressefreiheit um die Entwicklung des bürgerlichen Liberalismus in den deutschen Kronländern zu behindern (Mommsen 2003, S. 137). 1886 ging er mit scharfen Gesetzen gegen die Sozialdemokratie vor. In den slawischen Kronländern war er auf Konzessionen angewiesen und hielt sich so relativ lang im Amt (1879 – 1893), wobei er die Politik des Fortwurstelns weiter prägte.

Doch die demokratischen Strömungen ließen sich nicht aufhalten, vor allem in den deutschen und tschechischen Kronländern.

Taaffes „Fortwurstelpolitik“ lies sich Anfang der 1890er nicht mehr weiterführen und so musste er nach einem versuchten Ausgleich mit Tschechien und einer bescheidenen Wahlreform 1893 den Hut nehmen (Mommsen 2003, S. 138). Die österreichische Krise fand kein Ende. Viktor Adler, Erster Mann in Österreichs Sozialdemokratie, schrieb damals: „Das alte Österreich ist in Scherben; man kann sie nicht leimen; man muss neue Lebensformen finden für die Völker, die dieses Land bewohnen“ (Mommsen 2003, S. 141).

Die Nachfolgeregierung Thun sah sich gezwungen, den Paragraph 14 der Dezemberverfassung von 1867, der sogenannten „Notverordnungsparagraph“, anzuwenden. Dieser gab der Regierung die Möglichkeit zeitweise ohne Reichsrat zu regieren (Vocelka 2002, S. 216). Tatsächlich sollte Österreich-Ungarn bis tief in den Ersten Weltkrieg hinein, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie mehr anders regiert werden (Mommsen 2003, S. 141). Die Regierungen Thun und Badeni hielten sich nicht lange. Badeni führte die V. Kurie ein und setzte somit eine „allgemeine Wählerklasse“ durch, in der alle männlichen Staatsbürger ab dem 24. Lebensjahr stimmberechtigt waren, egal wie ihre Steuerleistung aussah. Diese durften aber, bei einem Bevölkerungsanteil von fast 5 ½ Millionen Wähler, nur 72 Abgeordnete in den Reichsrat schicken, während die vergleichsweise geringe Zahl an Großgrundbesitzern 85 Mandate ins Parlament entsenden konnte.

Gleichzeitig setzte er eine Sprachregelung ein, um die „rebellierenden“ Tschechen zufrieden zu stellen. Diese Verordnung sollte die zweisprachige Amtsführung aller Zivilbehörden in Böhmen durchsetzen, wodurch alle betreffenden Beamten die jeweils andere Sprache binnen drei Jahren erlernen sollten. Bis hinunter zum Briefträger und Straßenkehrer mussten alle Tschechisch und Deutsch in Wort und Schrift beherrschen (McGuigan 1994, S. 591). Trotz allem eskalierte die Lage, manche sprachen schon von Revolution (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 40). Josef Redlich, „Chronist“ der letzten Jahre der Monarchie, sprach von einem „Absolutismus der bürokratischen Ministerien“. Profiteuer davon war interessanterweise Kaiser Franz Josef: er wurde durch den Stillstand der Innenpolitik zu einem Hort der Ruhe (ebenda, S. 41). In der darauf folgenden Regierung Koerber (1899 – 1904) konnte die drohende Verfassungskrise, in der sich die Doppelmonarchie befand, noch mal abgewendet werden. Es kam sogar zu einer gewissen Stabilisierung der Verhältnisse. Koerber gelang dies aber nur durch eine geradezu exzessive Nutzung des besagten Paragraphen 14. Wirtschafts- und Sozialpolitische Gesetzgebungsmaßnahmen, wie die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung und die Beschränkung der Arbeitszeit der Bergleute auf neun Stunden täglich, wären ohne den Notverordnungsparagraphen nicht möglich gewesen. Koerber gelangen auch erneute Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn, jedoch wurden die Probleme nur aufgeschoben und nicht gelöst (Mommsen 2003, S. 143). Und der Horizont verdunkelte sich bereits. Als bildliches Beispiel dafür kann man die Wetterverhältnisse beim Besuch des russischen Zaren Nikolaus II. und seiner Frau Alexandra 1896 sehen. Denn am Tag vor dem Eintreffen der russischen Zarenfamilie fegte ein Unwetter über die Stadt, welche die gesamte Dekoration arg in Mitleidenschaft zog. Auch politisch besserte sich das Klima mit Russland nicht. Das lag aber nicht am nicht vorhandenen Kaiserwetter sondern an einer politischen Schlechtwetterfront, die sich vor allem mit Blick auf den Balkan zusehends verdüsterte. Manche sahen darin einen Wink des Schicksals (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 37).

2.2.2.3. Das Militär

Nicht quantitative Gleichheit, sondern qualitative Gleichartigkeit der Streitkräfte ist das entscheidende Merkmal symmetrischer Kriege (Münkler 2004, S. 85), wobei mit Qualität nicht das hohe Niveau ihrer Ausbildung oder die Modernität ihrer

Bewaffnung gemeint ist, sondern ohne jedes Werturteil die Art ihrer Rekrutierung, ihrer Ausrüstung und ihrer Ausbildung (Münkler 2004, S. 85). Das Machtpotential von Staaten wird vorwiegend an der wirtschaftlichen und militärischen Stärke gemessen, die der politischen Führung den entsprechenden Stellenwert im Internationalen System gibt (Feichtinger 2004, S. 70). Staaten streben seit jeher nach militärischer Überlegenheit. In der politischen Ordnung des 19. Jahrhunderts galt auch die Möglichkeit eines vorbeugenden Erstschlags als legitim (Hilger 2006, S. 43).

Das neoabsolutistische System Kaiser Franz Josefs stützte sich auf Armee, Bürokratie und die katholische Kirche. Dies sollte auch nach Ende der neoabsolutistischen Regierung so bleiben. Seine Hauptstütze bzw. Bindeglied blieb die Armee (Vocelka, S. 206). Ernst von Streeruwitz sagte einmal über die k.u.k. Armee, dass man zu lernen hatte, dass Kritik beim Militär verboten sei (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 28).

Österreich – Ungarn hat im Vergleich zu den anderen Großmächten ein kleines bis mittleres Heer. Leider gehen in meinen Quellen die Zahlen etwas auseinander, Rauchensteiner spricht von 1,8 – 2 Millionen Mann bei allgemeiner Mobilmachung (Rauchensteiner 1997, S. 43), Hamann geht von 3,5 Millionen Mann aus (Hamann, S. 15). Bei diesen Zahlen muss man aber auch bedenken, dass die Doppelmonarchie zu Friedenszeiten ein stehendes Heer von ganzen 415 000 Soldaten hatte (Strachan 2003, S. 23). Also obwohl sie zum Beispiel Frankreich an Einwohnerzahl deutlich überragten, war Österreich-Ungarns Armee nicht mal halb so stark (Stevenson 2006, S.88). Hinzu kam noch, dass die Offiziere der k.u.k. Armee verglichen mit ihren Kollegen in anderen Ländern äußerst schlecht bezahlt wurden (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 35).

1867 kam es in der Monarchie zum Ausgleich mit Ungarn was eine 3-Teilung des Heeres nach sich zog:

- Das gemeinsame Heer (k. u. k.) beider Reichshälften
- Die königlich – ungarische Honved (k. u.)
- Die kaiserliche – königliche Landwehr (k. k.) Österreichs

(Rauchensteiner 1997, S. 41)

Die Monarchie sah eine zweijährige allgemeine Wehrpflicht vor für alle Rekruten aus den Kronländern, auch das Offizierskorps war multinational zusammengesetzt (Vocelka 2002, S. 207). Dem Offizier war das Wahlrecht nicht gestattet, da er unpolitisch zu haben sei. Er lebte nach dem Grundsatz: „Uns`re Seele Gott, unser Leben dem Kaiser, die Ehre für uns.“ Die Armee stand dem Parlamentarismus eher ablehnend gegenüber, da das Parlament „Unwürdigen“ und „Landesverrättern“ (insbesondere Abgeordnete wie der „prorussische Jungtscheche“ Wenzel Klofac) eine Spracharena bot. Darüber hinaus brachte das Parlament kein Verständnis für die Bedürfnisse des Militärs auf (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 44).

Bis 1912 galt in der Armee noch die zwölfjährige Dienstzeit, von der drei aktiv geleistet werden mussten und neun als Reserve zu dienen waren. Der Adel spielte bis zum Schluss der Monarchie in den meisten Bereichen eine große Rolle. Im Laufe des 19. Jahrhunderts sank der Anteil der Adeligen und der Aufstieg der Bürgerlichen begann, ohne dass wir uns darunter einen linearen Prozess vorstellen dürfen. Um 1800 war die Rate der Bürgerlichen im Heer bei rund sechs Prozent. 1890 bei 34 Prozent. Insbesondere beim Offizierskorps ergab sich bis zum Ende der Monarchie eine Verdoppelung des Anteils der Bürgerlichen (Vocelka 2002, S. 222). Erzherzog Friedrich, Oberbefehlshaber des k.u.k. Heeres beim Ausbruch des 1. Weltkriegs, erboste sich schon lang vorher darüber. Er bezeichnete das Offizierskorps als „Minderwertig“ und dass dies eine „sehr bedenkliche Prognostikon für den Ernstfall“ sei. Damit sprach er dem Thronfolger Franz Ferdinand aus der Seele, der sich, genauso wie sein Verwandter, mehr Adelige in der Armee wünschte (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 43).

1868 wurde für Militärschulabsolventen das Institut der Einjährig-Freiwilligen geschaffen, mit dem eine Reserveoffizierslaufbahn möglich war und der aktive Wehrdienst verkürzt wurde (Rauchensteiner 2003, S. 896). Diese „Einjährigen“ waren in der Armee nicht sonderlich beliebt. Die Matura war gewöhnlich Voraussetzung um den vorgeschriebenen Präsenzdienst zu verkürzen und als Einjährig-Freiwilliger zu dienen. Dieses Recht konnte man aber auch mittels einer Befähigungsprüfung erwerben (Moritz/Leidinger/Jagschitz, S. 45).

1889 wurde die Zahl der jährlich einzuberufenden Soldaten auf 135 670 festgesetzt. Das bedeutete, dass die Relation von Bevölkerungswachstum und die vereinigte Armee Österreich und Ungarns nicht proportional wuchsen, sondern die Armee im Hintertreffen blieb. Diese „verlorenen Jahre“ (laut Strachan) konnten nicht mehr aufgeholt werden. Ausgebildete Reservisten im Alter von zwanzig bis vierzig Jahren, welche den anderen Mächten 1914 zur Verfügung standen, sollte es in Österreich-Ungarn einfach nicht geben (Strachan 2003, S. 29/30). Die meisten europäischen Staaten hatten nahezu alle erwachsenen Männer zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet, aber nur wenige Staaten bestanden letztendlich darauf. Österreich-Ungarn zog zum Beispiel nur 0,29% seiner wehrfähigen Bürger ein. Daran ist aber auch das zum Teil strenge Auswahlverfahren der Militärbezirke schuld. So leistete also nur fast jeder vierte männliche Staatsbürger der Monarchie seinen Wehrdienst. Die Hälfte war sowieso untauglich oder befreit, von den „Auserwählten“ wurde wiederum nur die Hälfte militärisch ausgebildet (vgl. Rauchensteiner 1997, S. 42), der Rest wurde sofort als Ersatzreservisten entlassen. Es kam also auf 128 Staatsbürger ein Soldat. Dies wurde bei der besagten Wehrrechtsreform 1912 beschlossen, in der auch die Dienstzeit auf zwei Jahre reduziert wurde. Dadurch sollte es zu einer stärkeren Ausschöpfung der Wehrkraft und einer Steigerung der Wehrgerechtigkeit kommen (Rauchensteiner 2003, S.896). Die allgemeine Wehrpflicht stellte aber die Heereskommanden auch vor Probleme. So erwartete man in Österreich-Ungarn 1914 bei einem Kriegsausbruch dass sich jeder Zehnte vor einer Einziehung drücken würde (Stevenson 2006, S. 58). Die Wehrpflicht hat sich seit ihrer Entstehung im Zuge der französischen Revolution in zwei Systeme entwickelt:

1. Die Konskription:

Hierbei wird ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung zu einem langjährigen Wehrdienst herangezogen.

2. Die Allgemeine Wehrpflicht:

Sie ist zeitlich kürzer, erfasst aber die Gesamtheit der Dienstfähigen. (Storz 2003, S. 956/957).

Bei der allgemeinen Wehrpflicht standen die Soldaten, wie bei der Konskription, dem Land noch einige Jahre als Soldaten zu Verfügung. Preußen perfektionierte dieses Modell, aber am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte nur Frankreich dieses System angewandt (ebenda 2003, S. 957). Durch das rasende Bevölkerungswachstum standen dort, wo die Wehrpflicht umgesetzt wurde, große Menschenreserven zur Verfügung. Transport und Verpflegung der Massenheere stellten aber die militärische Führung auf Probleme (Montgomery 2005, S. 387/388). Und die Ausbildung war Großteils hart. Diese harte Grundausbildung zielte darauf ab, die Rekruten zu strenger militärischer Disziplin zu erziehen und ihnen jegliche individuelle Spontaneität abzugewöhnen (Mommsen 2004, S. 140). Interessant beschreibt Claus Zuckmayer in seiner Biographie „Als wär's ein Stück von mir“ die Sichtweise der „Kriegsfreiwilligen“ im Ersten Weltkrieg. Sie wurden von erfahrenen Soldaten, die den Wehrdienst hinter sich hatten und eingezogen wurden, wie Dreck behandelt, da sie unnötigerweise das sichere Zuhause im Zuge eines Anfalls von Abenteuerlust verließen und sich unnötigerweise in Todesgefahr begaben.

Es war wohl der Reiz nach sozialer Anerkennung, oder besser gesagt, des schneller Erwachsenwerdens. Der junge Mann in der Uniform hatte das Merkmal der vollen sozialen Anerkennung am Körper, das Zeichen einer gleichberechtigten Gesellschaft, eine Art Freiheitsgedanke. Die allgemeine Wehrpflicht führte zu Respektabilität und einer Erweiterung des Horizonts. William McNeil bemerkte dazu: „So paradox es klingen mag, die Flucht vor der Freiheit war oft eine wirkliche Befreiung. Das galt insbesondere für junge Männer, die unter sich sehr schnell verändernden Umständen lebten und noch keine Gelegenheit hatten, Erwachsenenrollen zu übernehmen (Keegan 2007, S. 506).

Die Habsburgermonarchie war in sechzehn Militärbezirke bzw.

Korpskommandobereiche unterteilt. Diese waren wiederum unterteilt in 109 Heeres-, 59 Landwehr- und 47 Honved-Ergänzungsbezirkskommandos.

In den böhmischen Reichsländern Böhmen, Mähren und Schlesien gab es 24, in Galizien 18, auf die Korpsbereiche Graz und Innsbruck entfielen 11. Des Weiteren kamen noch Ergänzungsbezirke dazu. Davon gab es in Niederösterreich mit Wien 3 Heeres- und 3 Landwehrgänzungsbezirke. Dalmatien ein Heeres- und zwei Landwehrgänzungsbezirke und die Bukowina hatte je einen Landwehr- und

einen Heeresergänzungsbezirk. Ungarn hatte im ganzen 47 Heeres- und Honvedergänzungsbezirke (Rauchensteiner 2003, S. 896/897). Als Erklärung schicke ich voraus, dass eine militärische Division damals aus 12 Bataillonen (= 3 Regimenter) bestand. Ein Bataillon hatte die Stärke von ungefähr 1.000 Mann. Dazu kamen noch 12 Artilleriebatterien, insgesamt also 72 Geschütze um die Division zu komplettieren. Nur in Russland bestand eine Division aus 16 Bataillonen (Keegan 2001, S. 206). Die Feuerkraft war gewaltig. Pro Minute konnte eine Division 120 000 Schuss abfeuern – mehr, wenn sie ihre 24 Maschinengewehre einsetzten.

Innerhalb ihres „Bezirks“ waren die Korpskommanden mit der Formierung des k.u.k. Heeres sowie der Landwehren zuständig. Basierend auf diesem organisatorischen Rahmen war die Doppelmonarchie fähig 110 k.u.k. Infanterieregimenter und 30 k.u.k. Feldjägerbataillone zu bilden, ferner 40 k.u.k. Landwehrinfanterieregimenter, 32 k.u.k. Honvedinfanterieregimenter, 42 k.u.k. Kavallerieregimenter, 6 k.u.k. Ulanen- und 10 k.u.k. Husarenregimenter. An Artillerie kamen da noch 56 Feld- und 10 ½ Gebirgsartillerieregimenter des gemeinsamen Heeres, schere und normale Haubitzen- und Kanonendivisionen und –regimenter, sowie reitende Artilleriedivisionen aller drei Heeresteile. Alles in allem eine Großmachtarmee, die im Kriegsfall 17 Armeekorps mit 50 Infanteriedivisionen, 11 Kavalleriedivisionen, 36 Landsturm- und Marschbrigaden und 2600 Geschütze aller Kaliber zählte (Rauchensteiner 1997, S. 42).

1914 gab es in Europa mehr als 200 Divisionen, die genug Feuerkraft aufbringen konnten um sich binnen weniger Minuten gegenseitig zu vernichten. Wer seine verfügbaren Waffen demnach als Erster wirkungsvoll einsetzte, müsste die Oberhand behalten. Jedoch nur, falls diese wirkungsvoll und präzise zum Einsatz kamen. Da die Nachrichtenübertragung im Militär damals eher noch in den Kinderschuhen steckte, war dies fast nie wirklich effizient möglich (Keegan 2001, S. 37/38). Kaderschmieden in dieser Zeit waren die beiden Militärakademien. Die Technische Militärakademie in Wien und die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt. Es war jedoch nicht zu übersehen, dass die militärische Elite vorwiegend von den Deutschen des k.u.k. Vielvölkerreiches gestellt wurde (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S.30). Wer Ambitionen hatte, der meldete sich zur Kriegsschule um später in den Generalstab eintreten zu können. Hier herrschte enormer Druck: Über 40 Wochenstunden Unterricht, ständige

Leistungskontrollen und im Sommer anstrengende Mappierungsreisen, taktische Übungen im Freien und lange Märsche. Viele hielten dem Druck nicht stand. So erlebte der spätere Chef des Geheimdienstes, August von Urbanski, wie ein Jahrgangskamerad Selbstmord beging (ebenda, S. 50). Interessantes Detail am Rande: Als man 1810 die erste Universität in Berlin gründete, wurde am selben Tag in Preußen die „Allgemeine Kriegsschule“ zur Ausbildungsstätte für den Generalstabsdienst eröffnet (Keegan 2001, S. 45).

3. Medien und ihr Einfluss auf den Ersten Weltkrieg

Als abschließenden Punkt der Theorie möchte ich noch den Einfluss der Medien im Ersten Weltkrieg skizzieren. Dieses kurze Kapitel soll als Übergang dienen. Ausgenommen habe ich in diesem Fall jedoch die Fotografie, da sie Großteils den Zweck hatte, den Bekannten und Verwandten zuhause zu zeigen, wo man überall gewesen sei. In einigen Fällen dienten sie als Propaganda-Instrument, wobei sie hierbei sowieso eher in Zeitungen erschienen sind.

3.1. Film (1914 – 1918)

3.1.1 Geschichtlicher Hintergrund

Die ersten Filmtheater in Paris und Berlin entstanden kurz vor der Jahrhundertwende und leiteten den Siegeszug des Films ein, der ja bis heute andauert. 1914 gab es allein in Berlin schon über 200 Filmtheater die zusammen ca. 120.000 Personen fassten. Auch die Besucherzahlen stiegen ständig, so wird geschätzt, dass im Deutschen Reich vor dem 1. Weltkrieg pro Tag um die 1 – 1,5 Millionen Menschen ins Kino gingen.

Die größte Dichte an Filmtheatern gab es in den Industriestädten und Hafenstädten, sowie in den Arbeitersiedlungen Berlins, da das Stammpublikum der Kinos aus diesen Gegenden kam.

3.1.2 Der Film im 1. Weltkrieg

Zunächst stieg die Anzahl der Kinos auch in Kriegszeiten weiter an, doch wurden viele nach Kriegsbeginn geschlossen, da „die Behörden eine derartige Zerstreuung in so ernsten Zeiten für unangebracht hielten „ (Brandt 2003, S. 478). Ein weiterer Grund ging von der Oberschicht aus. Diese betrachtete das Kino zum Teil mit Misstrauen, da sie befürchteten, dass das weniger gebildete Publikum der Arbeiterschicht, die Bilder auf der Leinwand nicht von der Realität unterscheiden könnten.

Ein wichtiger Faktor in den Wiedereröffnungen der Kinos nach kurzer Zeit waren die, schon vor dem Krieg beliebten, *Wochenschauen*. Die Verantwortlichen erkannten, dass die Wochenschauen, das schier unstillbare Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Neuigkeiten von der Front befriedigte. Die erste Kriegswochenschau in Österreich wurde im September 1914 übertragen. Doch nach einiger Zeit lies das Interesse nach, da die Sendungen zum Großteil weder unterhaltsam noch auf dem neuesten Stand waren.

Ein sehr viel wirksameres Mittel zur „patriotischen Mobilisierung“ (Brandt, S. 479) war der Spielfilm.

Wenige von den deutschen Spielfilmproduktionen waren aktuell, wie etwa *Die Landung auf Ösel* (1917) oder ein Beitrag über die 12. Isonzoschlacht. Diese beiden Filme wurden von den Verantwortlichen als „Dokumentationen“ bezeichnet. Nach einiger Zeit kamen auch die Frontsoldaten und auch jene in der Etappe in den Genuß von Frontkinos oder Kinofahrzeugen. Den meisten war bekannt, dass die dargestellten Kampfszenen nachgestellt waren. Doch der Film war eine geeignete Variante um sich zu entspannen und das Grauen rund um einen herum für kurze Zeit zu vergessen.

Dies war ein positiver Nebeneffekt des Films, auch für die Bevölkerung zuhause. Das Kino diente der Ablenkung vom Kriegsalltag vor allem in den Industrieregionen.

1917 wurden die Beginnzeiten der Filmvorführung auch mit den Schichtenden übereingestimmt.

Aber vor allem war der Film ein wichtiges Propagandamittel. So zum Beispiel nach den Streiks der Industriearbeiter 1917. Die 3. Oberste Heeresleitung (OHL) setzte

verstärkt auf das Medium Film um die Streikenden von der Notwendigkeit der Kriegsfortsetzung zu überzeugen.

Ein Beispiel dafür ist der Film *Unsühnbar* (1917) von Regisseur Georg Jacoby. Dieser war eine Auftragsarbeit des im selben Jahr gegründeten Bild – und Filmamtes (BUFA) (Jeismann 2003, S. 204).

Der Film behandelt das Thema der Sabotage und Arbeitsniederlegung in der Heimat. Als Argument dient, „dass jeder Streik in der Heimat das Leben der Soldaten gefährdet.“ (Brandt 2003, S. 479) Sozusagen eine Vorbereitung der Dolchstoßlegende.

Doch viel wirksamer als irgendwelche Heldenepen waren kurzzeitig Komödien und Liebefilme, wie zum Beispiel *Wie Max sich das Eiserne Kreuz erwarb* (1914) als eine der ersten Komödien oder *Weihnachtsglocken 1914* von Regisseur Franz Hofer als Tragödie, in welcher der Krieg nur noch Hintergrundkulisse spielte. Schon vor dem Krieg waren Detektivfilme äußerst beliebt.

In den Kriegsjahren 1917/1918 stockte Filmproduktion und wenn, dann war der Krieg nur am Rande Thema. Wie zum Beispiel in Joe May's *Das Opfer*. Der Film erzählt die Heimkehr eines tot geglaubten Soldaten aus der Gefangenschaft.

Einige Filme dienten auch der Werbung, insbesondere für die Kriegsanleihe. Diese Filme hatten unterschiedlichen Erfolg, wie zum Beispiel *Hann, Hein und Henny* (1917) mit Henny Porten als Star. Dieser Film verhalf der siebten Kriegsanleihe des OHL zu großem Erfolg.

Es gab auch weitere Propagandafilme wie *Das Säugetier* (1916), welcher England als Weltausbeuter darstellt.

In den USA wurde mit Trickfilmtechnik in den Kinos ständig an die Versenkung der RMS Lusitania im Mai 1915 durch das deutsche U-Boot U 20 erinnert, bei dem 128 US – Amerikaner ums Leben kamen.

Auch entstanden einige der großen Klassiker der Filmgeschichte während des 1. Weltkriegs: *Der Golem* (1914, R.: Heinrich Galeen) oder *Die Rache des Homunculus* (1916, R.: Otto Rippert).

Letzterer gilt als Vorläufer von Fritz Langs Science-Fiction-Klassiker *Metropolis* (1927).

Gewöhnlich lief vor dem Hauptfilm ein Bericht von der Front über die Leinwand. Manches Material war authentisch, einiges nachgestellt, da der Kameramann hinter dem Stativ an der Front ein gut sichtbares Opfer für einen Scharfschützen gewesen wäre.

Wie glaubwürdig die nachgestellten Szenen waren ist fraglich, jedoch dienten sie mit Sicherheit einer bessern Vorstellung, was an der Front passiert, als dies Fotos oder Texte hätten machen können.

Da der Kriegsalltag immer entbehrungsreicher wurde, verloren auch der Film als Propagandainstrument seine Wirksamkeit. Mit dem Material, welches von 1914 – 1918 gedreht wurde, entstanden nach dem 1. Weltkrieg viele Dokumentarfilme.

3.2 Die Zeitung

Die Zeitung war schon vor dem 1. Weltkrieg als Propagandamedium bekannt. Zu sehen auch zum Beispiel in der Ausgabe 48 von „Das Interessante Blatt“ in Wien vom 26. November 1908 mit der Überschrift „DIE KRIEGSHETZE IN SERBIEN“. Interessant ist hierbei, dass Serbien im dazugehörigen Artikel als „kleiner Gassenjunge“ bezeichnet wird:

„Es ist unangenehm, auf der Straße von einem kleinen Gassenjungen belästigt zu werden, aber für einen nüchternen, erwachsenen Menschen ist es fast noch unangenehmer, den Gassenjungen zu schlagen. Natürlich überwältigt man ihn mit dem ersten Schlag,...“ (S. 12, Das Interessante Blatt, 1908).

Emil Dovifat bezeichnete die Zeitung einmal als das Printmedium, das „jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester Zeit regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit“ bietet.

In der Phase der Industrialisierung stieg die Zeitung zu einem Massenprodukt auf. Erste spürbare mediale Konkurrenz erhielt sie erst nach dem 1. Weltkrieg, vor allem durch das Radio. Einer der Redakteure von Lord Northcliffe, Zeitungsunternehmer und damals Chef der „Daily Mail“, wurde vor dem Ersten Weltkrieg gefragt, was den Zeitungsverkauf fördere. Er antwortete: „Die erste Antwort lautet: Krieg!“ Der Krieg bringt nicht nur Nachrichten hervor, er schafft auch Nachfrage (Ferguson, S. 43). Bertha von Suttner schrieb 1909 über die Presse: „Die sogenannte gemäßigte, liberale Presse begünstigt das militärische

System auf eine mehr passive, aber darum nicht unwirksame Weise (...), sie hält das Publikum über die Einführung neuer Geschütze auf dem laufenden, über die günstigen Ergebnisse der Schießproben und all dies – obwohl außerdem regelmäßige Militärbeilagen erscheinen – in den Spalten des Hauptblattes“ (Suttner 1982, S. 17).

In Deutschland zählte man vor der „Urkatastrophe“, wie der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan, den 1. Weltkrieg bezeichnete, 4200 Zeitungen, nach Kriegsausbruch ging die Zahl um ein knappes Viertel zurück. Die Zeitung kam in eine schwere wirtschaftliche Lage. Journalisten und technisches Personal wurden einberufen, das Anzeigengeschäft ging zurück und die Papierknappheit wurde immer schlimmer.

Auch redaktionell gab es Schwierigkeiten, da für militärische Themen die Vorzensur vom Reich ausgesprochen wurde und diese sogleich auf regionaler Ebene von den stellvertretenden Generalkommandos prompt ausgeübt wurde (Bohrmann 2003, S. 974).

Eine explizite politische Zensur wurde nicht eingeführt obwohl zwischen den beiden Themen ein sehr schmaler Grat verlief. Deswegen verlief die Zensur lange Zeit auch nicht wie gewünscht. Erst durch die Einführung des Zensurbuchs 1917 waren die Grundregeln festgelegt.

Trotz regelmäßiger Pressekonferenzen in der Hauptstadt, die dazu dienen sollten, eine Siegesgewissheit und Einheitlichkeit zu demonstrieren und der Auflage, dass die Heeresberichte ungekürzt und unverändert abgedruckt werden, konnten die Gegensätze im Innenpolitischen „Burgfrieden“ nicht verdeckt werden.

Kommunikationspolitisch wirksamer war die öffentliche Wahrnehmung der inneren Spannungen in der Politik der Reichsleitung (Bohrmann 2003, S. 974).

Zentraler Angriffspunkt war hierbei die offiziöse Nachrichtenagentur, die auf Grund der Zensurhandhabung und sonstiger Schwierigkeiten einfach zu oft zu spät berichtete.

Je länger der Krieg dauerte desto geringer wurde das Vertrauenskapital der Presse. Schuld daran waren die Belastungen durch die Kommunikationspolitik. Erst im Spätsommer 1918, als die 3.OHL endlich einsah, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, geschah das schnell und durchschlagend. Die Zeitungen,

die mit der Vermittlung dieser Abläufe betraut wurden, waren damit überfordert, die Bevölkerung traf es nach Jahren der Propaganda überraschend.

3.2.1 Bsp.: Die Illustrierte Geschichte des Weltkriegs

Dies war eine Schrifteihe, die in Deutschland und Österreich – Ungarn wöchentlich erschien und zwar schon kurz nach Kriegsbeginn 1914. Zielgruppe war die einheimische Bevölkerung und sie diente der Hochhaltung der Moral und der Opferbereitschaft durch eine detaillierte, aber einseitige, Berichterstattung vom Kriegsverlauf.

Die Artikel waren illustrierte Kriegsberichte, teilweise sogar von historischer Relevanz, von den aktuellen Kriegsschauplätzen. Die Angaben von Gefallenen und erbeuteten Kriegsmaterialien usw. waren aber sicher zum Großteil zu Gunsten der Mittelmächte verändert worden.

3.3. Kriegsberichterstattung

Die Kriegsberichterstattung erfolgte im Großen und Ganzen durch ausgewählte inländische sowie ausländische Journalisten und Kameramänner.

Doch auch Schriftsteller, wie zum Beispiel Ludwig Ganghofer bei Deutschland oder Alice Schalek für die Doppelmonarchie, und Politiker erhielten die offizielle Erlaubnis oder wurden dazu eingeladen, von der Front zu berichten. Häufig waren dies äußerst propagandistische Berichte und sehr subjektiv.

Ihre Eindrücke wurden in Zeitungen, Wochenschaun, Büchern oder Vorträgen der Öffentlichkeit vermittelt.

Die Fahrten zur Front mussten von militärischer Seite genehmigt werden. Für Österreich - Ungarn war für eine Frontfahrt eine Akkreditierung des k. u k. Kriegspressequartiers notwendig. Die Berichterstatter benötigten einen militärischen Passierschein. Dadurch wurden Aufenthaltsort und Reiseroute des Berichterstatters festgelegt (Brandt 2003, S. 631). Jedoch wurde Kriegsberichterstatter meist erst dann an die Front vorgelassen, wenn sich ein Erfolg abzeichnete (Rauchensteiner 1997, S. 158).

Der deutsche Generalstab versuchte sogar, die Informationsvergabe gezielt zu steuern. Für die Kriegsberichterstatter (v. a. aus Deutschland, Österreich und Ungarn), welche für das Große Hauptquartier zugelassen waren, wurden

zusätzlich noch Frontfahrten organisiert. Meistens waren dies Journalisten renommierter Zeitungen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Friedensresolution 1917, wurden für Abgeordnete Reisen an die Front vom deutschen Generalstab organisiert um deren Haltung zugunsten eines „Siegfriedens“ zu beeinflussen (Brandt 2003, S.631). Jedoch mit wenig Erfolg.

Das dies der Propaganda diene wurde oft zu offensichtlich dargestellt, da jeder Kontakt zu Frontsoldaten unterbunden wurde.

Informationen über den Kriegsverlauf erhielten Redakteure und Journalisten nur von militärischen Stellen. Sie versuchten auch nicht die Zensur vor den Lesern zu verheimlichen, sondern stellten sie als notwendig dar, um die eigenen Soldaten zu schützen. Wie oben bereits erwähnt ging es Filmberichterstatern und auch Fotografen nicht anders.

Hoch geschätzt waren oft Artikel aus neutralen Ländern, je nachdem für wenn sie positiv oder negativ waren, denn sie wurden allgemein als die „objektivsten“ Kriegsberichte angesehen. Nicht selten sympathisierten jene neutralen Kriegsberichterstatler mit einem kriegsteilnehmenden Land.

Ein Beispiel dafür wäre der schwedische Bestsellerautor Sven Hedin, der in seinen Kriegsberichten in höchsten Tönen von Deutschland schwärmt.

3.4. Propaganda

Erich Ludendorff schrieb in seinem Buch „Meine Kriegserinnerungen 1914 – 1918“ auf die Propagandaschlachten im 1. Weltkrieg über einen der führenden englischen Propagandisten:

„Lord Northcliffe hatte nicht Unrecht, wenn er behauptete, die Rede eines englischen Staatsmannes sei für England 20.000 Pfund wert, 50.000 Pfund, wenn die Deutschen sie nachdruckten, und 100.000 Pfund wenn sie nicht darauf antworteten.“ (Jeismann 2003, S.198).

Dieser, in diesem Zitat dargestellte, Wechseleffekt zwischen Aktion und Reaktion macht deutlich, worum es in der Propaganda im 1. Weltkrieg ging. Es ging nicht mehr um gute Stimmung an der Heimatfront oder wahre und falsche Nachrichten. Es ging um die Darstellung aller Beteiligten, worauf sie in ihrer Geschichte stolz sein konnten, um die Projektion ihrer eigenen Werte. Es ging nicht mehr um die

Existenz des eigenen Volkes sondern um die Existenz, und somit um das Überleben, der ganzen Welt. Es ging um den Sieg um jeden Preis, weswegen auch die Mittel der Diplomatie ausgesetzt wurden, also: keine Kompromisslösungen. Denn jede kriegsführende Partei sah sich unter dem Druck der Weltöffentlichkeit. Es ging um den eigenen Status. Man müsse noch diesen einen Krieg führen und gewinnen, damit es der letzte aller Krieg sein würde (Jeismann 2003, S. 199).

Wichtig bei der medialen Propagierung der Kriegsgründe, den Gegner immer als Aggressor darzustellen, damit man in der Öffentlichkeit selber in die Rolle des Verteidigers gedrängt wird.

Um den Sinn des Krieges effizient zu vermitteln, oder besser gesagt herzustellen (Jeismann 2003, S. 202), in dem man immer neue Bilder und Geschichten in immer dieselbe Botschaft verwandelt und um gleichzeitig ein Stocken des propagandistischen Apparates zu verhindern, wurden massenweise Journalisten und Zensoren engagiert. 1917 sagte Walter Rathenau: „Wir wissen heute noch nicht, wofür wir kämpfen.“ Um diesen Zustand zu verdecken arbeitete eine ganze Propaganda-Industrie, die immer wieder Gründe für die Fortdauer des Krieges herstellte.

In Deutschland galt Reichsrechtlich das Pressegesetz von 1874, welches die Pressefreiheit suspendierte. Da aber die Verleger nicht unliebsam auffallen wollten, zensierten sie im Vorhinein häufig selbst.

Einzig das Wolff'sche Telegraphische Bureau durfte Meldungen und Berichte unkommentiert bringen.

Doch nach und nach wurden, die vorhin schon angesprochenen, Defizite in der Zensur und der Pressepolitik behoben. Aber es blieben Lücken. In Deutschland wurde zum Beispiel die Veröffentlichung von Verlustlisten nicht verboten.

Die Präventivzensur betraf im Prinzip nur militärische Artikel, jedoch wurden Zeitungen, die unliebsame Artikel veröffentlichten, einer „Vorprüfung“ unterzogen (Jeismann 2003, S. 203).

In Deutschland waren für die Propaganda zuständig:

- Die Zentralstelle für Auslandsdienst (seit Oktober 1914)
- Kriegspresseamt (seit Oktober 1915)
- Bild- und Filmamt (BUFA) (seit Jänner 1917)

Österreich – Ungarn:

- K.u.k Kriegspressequartier (seit Juli 1914)

Frankreich:

- Maison de la Presse (seit Februar 1916)

Großbritannien :

- War Propaganda Bureau (seit August 1914)

USA:

- Committee on Public Information (CPI) (seit April 1917)

Während 1917 in Deutschland durch die BUFA die Bevölkerung mit patriotischem Filmmaterial versorgt wurde, so ging in den USA ganz Hollywood mit Freuden daran, antideutsche Filmpropaganda zu produzieren. Noch viel mehr als es Frankreich und Großbritannien taten. Das Bild des „deutschen Barbaren“ wurde sexuell konnotiert (Jeismann 2003, S. 204), da er vergewaltigt und er sich durch außerordentliche Brutalität und Sadismus auszeichnet.

Alles was als „Begünstigung des Feindes“ und „unpatriotisch“ ausgelegt werden konnte, wurde in den USA sehr hart bestraft. Rückblickend auf die Deutschen im 1. Weltkrieg, bezeichnete sie George Creel (Vorstand von CPI während dem 1. Weltkrieg) in seinem Buch „War Criminals and Punishment“ (1944) als „axis terrorists“ (Jeismann 2003, S. 205). In diesem Licht standen die Mittelmächte in den USA zwischen 1914 und 1918. Der Ausdruck der „terroristischen Achse“ wird auch heute noch von US-Regierungen im Augenblick der nationalen Bedrohung verwendet.

Als Problem der deutschen Propaganda konnte man folgendes sehen. Für sie war es ein Krieg um die eigene Identität, für die Alliierten ein Kampf gegen das Böse. Die Mittelmächte versuchten mit Medienkampagnen das „Deutsche“ als Politikum zu bestimmen, als etwas positives darzustellen, was nicht gelang, aber von der Gegenseite gut als den universellen Feind propagiert werden konnte.

Diese Möglichkeit hatte Deutschland nicht, da sich die Alliierten aus so unterschiedlichen Ländern wie Russland, Großbritannien oder Italien zusammensetzten. Der traditionelle, nationale Feind des deutschen Reiches, Frankreich, konnte daher nicht für die feindliche Koalition stehen.

Hitler sollte daraus später die Konsequenzen ziehen und mit der Propagierung des Juden als universalen Feind der Deutschen jene Universalisierung des

Feindschaftsbegriffes kreieren, die den Deutschen im 1. Weltkrieg misslang, aber von der Gegenseite meisterhaft mit Ausdrücken wie „Hunnen“ oder „Barbaren“ in Szene gesetzt wurde (Jeismann 2003, S. 205).

3.4.1 Flugblattpropaganda am Beispiel Gabrielle D'Annunzios

Am 9. August 1918 flog der italienische Schriftsteller und Chefkorrespondent der Zeitung *Corriere della Sera* und Propagandaflieger mit seiner Staffel, der „Serenissima“ (Isnenghi 2003, S. 424), 2000m über Wien und warfen, anstatt der erwarteten Bomben, Propagandaflugblätter ab. Zu lesen war unter anderem:

„Wiener! Lernt die Italiener kennen. Wenn wir wollten, könnten wir ganze Tonnen von Bomben auf eure Stadt hinabwerfen ... Wollt ihr den Krieg fortführen? Tut es, wenn ihr Selbstmord begehen wollt. Was wollt ihr? Den Entscheidungssieg, den euch die preußischen Generale versprochen haben? Ihr Entscheidungssieg ist wie das Brot aus der Ukraine: Man erwartet es und stirbt, bevor es ankommt ... Hoch lebe die Freiheit! Hoch lebe Italien! Hoch lebe die Entente!“
(Rauchensteiner 1997, S. 591).

Sofort nach dem Abwurf begann man mit dem Einsammeln. Am Abend sollen bereits 500 Kronen für ein Flugblatt geboten worden sein. Wien war mit einem Bestandteil des Krieges konfrontiert worden, der an der Front bereits zum Alltag gehörte: der Flugblattpropaganda.

Alliierte Fachleute für psychologische Kriegführung hielten D'Annunzios Methode für veraltet. Der Brite Henry Wickham-Steed sagte z.B.: „Es hat keinen Sinn, Propagandaschriften in verschiedenen Teilen der Welt abzuladen und darin zu erklären, was für ein edles Volk wir sind ... Das interessiert die Leute nicht.“
(Rauchensteiner 1997, S. 591). Ähnliches versuchte trotz allem auch die Habsburgermonarchie. Mit Propagandaschriften, in denen unter anderem von geradezu paradiesischen Verhältnissen in den Kriegsgefangenenlagern des habsburgerreiches die Rede war, sollte russische Soldaten zum Überlaufen animieren. Diese Flugzettel wurden mittels Ballon hinter die feindlichen Linien gebracht (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 132).

4. Gegeneinander statt Miteinander – Politik und Militär

4.1. Politisches Wirrwarr zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Österreich-Ungarn war Anfang des 20. Jahrhunderts eine „stagnierende Großmacht“ und diese gefühlte Schwäche trieb die Monarchie in den Krieg, der ihren Untergang besiegeln sollte (Rauchensteiner 1997, S. 15). Wobei über die Chancen des Zukunftskrieges wie von etwas positivem gesprochen wurde (Suttner 1982, S. 17).

Man kann also behaupten, dass man in Österreich – Ungarn von einem „Defizit am Krieg“ (Rauchensteiner 1997, S. 16) (seit 1866 ohne Krieg) und von einer zunehmenden „Sozialisierung der Gewalt“ ausgeht. 1878, als die Donaumonarchie, abgesegnet durch den Berliner Kongress, Bosnien-Herzegowina besetzte, war die k.u.k Armee zum letzten Mal außerhalb der Grenzen des Reiches aktiv geworden. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges im Sommer 1914 boten Manöver und sogenannte „Kriegsspiele“ Ersatz für nicht stattfindende militärische Auseinandersetzungen, worüber nicht viele froh waren (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 25). Der einzige Realismus der bei diesen „Kriegsspielen“ eintrat war jener, wenn Soldaten ohne Rücksicht auf deren physische Belastbarkeit zu Gewaltmärschen angetrieben wurden und starben (ebenda, S. 75).

Betrachtet man die außenpolitische Lage des Reiches, so belastete vor allem der Machtverlust des Osmanischen Reiches die Situation sehr. Die Monarchie lag somit in der Peripherie eines kollabierenden Großreiches, wodurch ihre Außenpolitik auf ganz bestimmte Räume gelenkt wurde, allerdings stieß sie relativ bald dort an ihre Grenzen, wo sie mit den Interessen anderer Mächte kollidierte. Vor allem dann, wenn es sich dabei um dynamische, imperialistische Großreiche handelte, allen voran Großbritannien, Frankreich und das deutsche Reich (Rauchensteiner 1997, S. 16). Im Falle des Osmanischen Reiches waren die einzigen Konkurrenten das zaristische Russland und dynamische Kleinstaaten wie Italien und vor allem Serbien. Der Krieg sollte sich am Balkan ausbreiten. Österreich hatte durch den Berliner Kongress ein Mandat zur Okkupation Bosnien-

Herzegowinas erhalten, sowie den Sandschak. Hier sollte jedoch der Sultan die Oberhoheit behalten. Als 1900 eine Bahnlinie von Wien nach Sarajewo bis nach Mitrovica gebaut werden sollte, löste das in Serbien einen Sturm der Entrüstung aus (Rauchensteiner 1997, S. 17). Man befürchtete eine Festigung des Habsburgerreiches am Balkan, der immer Gegenstand der Innen- und Außenpolitik der Monarchie war. Immerhin bestand das Reich aus elf verschiedenen Nationalitäten, wo viele ethnisch mit Völkern jenseits der Grenzen verwandt waren (Strachan 2004, S. 22). Russland unterstützte Serbien, jedoch war die Aufregung umsonst, denn man kam mit dem Bau nicht weit. Die Überreste kann man heute als Aspangbahn bewundern (ebenda, S. 17). Als die Regierung Koerber entmachtet wurde, übernahm ein enger Vertrauter des Kaisers den Posten des Ministerpräsidenten: Paul Gautsch Freiherr von Frankenthum, ein Spezialist des Regierens durch den Notverordnungsparagraphen. 1905 versuchte Gautsch eine weitere Wahlrechtsreform durchführen zu lassen und das Langzeitproblem „Verfassung“ in Angriff zu nehmen. Nachdem er an der Wahlrechtsvorlage scheiterte, übernahm Max Wladimir Freiherr von Beck 1906 das Amt. Diesem gelang dann die Abschaffung des Kurienwahlrechts – allerdings schuf er nur ein allgemeines Wahlrecht für Männer (Vocelka 2002, S. 250). Es setzte hierbei eine Periode der „inneren Politik“ ein, die anfangs eine Liberalisierung vermuten ließen, jedoch stützte man sich dann doch auf einem bürokratischen Regime oberhalb der Parteien. Unter anderem wegen großer sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in den Ländern der Monarchie und wurden in der Phase der Zurückdrängung der zumeist habsburgisch gesinnten aristokratischen Eliten zentrifugale Kräfte freigesetzt, die sich zu einer starken Belastung für den Österreich-ungarischen Gesamtstaat entwickelten. Ausgangspunkt war Ungarn, da magyarische Aristokratie dank eines außerordentlich beschränkten Wahlrechts sich an der Macht hielt und somit die politische Unterdrückung der anderen Nationalitäten in ihrem Raum weiterführen konnten (Mommssen 2003, S. 204). Nachdem die Kaisertreue, liberale Partei des Grafen Tizsas gegenüber den nationalistischen Rechten 1905 bei den Wahlen Einbußen hinnehmen musste, entsandte Kaiser Franz Josef den General Fejervary als Ministerpräsidenten der mit harter Hand den aufsässigen ungarischen Reichstag zur Räson zwang. Die ungarischen Rechten verlangten eine komplette Revision des Ausgleichs von 1867 und verlangten nach mehr

Unabhängigkeit (Mommsen 2003, S. 204). Hintergrund lieferte einmal mehr die Armee. Der ungarische Reichstag verweigerte die Erhöhung des Truppenkontingents. Die gemeinsamen Streitkräfte wurden einmal mehr in Frage gestellt (Moritz/Leidinger/Jagschitz, S. 62).

4.2. Die Bündnisse entstehen und verfestigen sich

Ein weiterer Punkt sollte die außenpolitische Lage Österreich-Ungarns nicht unbedingt verbessern. Im August 1892 unterzeichneten Frankreich und Russland eine Militärkonvention, der im Januar 1893 der Allianzvertrag folgte. In den folgenden Jahren kam es zu einer Umorientierung der britischen Außenpolitik, die eine Annäherung an Frankreich mit sich brachte, die im April 1904 mit dem Abschluss eines Vertrages zur „Entente cordiale“ besiegelt wurde. Im August 1907 kam es zwischen Russland und England zu einer Einigung über ihre seit langem schwellenden Konflikte, vornehmlich in Südasien (Berghahn 2006, S. 24). Die Triple-Entente war entstanden.

Im Jahr 1906 sollte der militärische Geheimdienst einen unerwarteten Erfolg verzeichnen. Durch einen enttarnten russischen Doppelspion (wie berichtet setzte Österreich-Ungarn durch den Vertrag von 1903 ein einseitiges Vertrauen in Russland) kamen sie in Besitz von Geheimnissen der russisch-französischen Kooperation, was kurzfristig einen Erfolg bringen sollte (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 70). Doch hier darf man die deutsche Sichtweise nicht außer Acht lassen. Bismarck schuf mit seiner Politik 1866 und 1870/71 einen Präzedenzfall: Kriegführung zur Stärkung in der „Weltpolitik“, genau dass was der deutsche Kaiser Wilhelm II. Anfang des 20. Jahrhunderts auch versuchte, jedoch mit seiner Flottenpolitik. Es reichte nicht mehr die innere Sicherheit Europas garantiert zu sehen, sondern es ging um aktives deutsches Mitspracherecht. Durch die massive Aufrüstung der Marine unter dem Chef des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz sollte England eigentlich nicht herausgefordert werden, sondern an den Verhandlungstisch über ein Bündnis gebracht werden. Doch das Gegenteil war der Fall: England fühlte sich bedroht. Obwohl die deutsche Politik nicht einer Grundlage entbehrte, da England mit Frankreich und Russland um die Jahrhundertwende zerstritten war (Stevenson 2006, S. 32). Das es sich hierbei um

eine „aggressive Außenpolitik“ handelte, ist klar. Diese war zu der Zeit nicht ungewöhnlich. Um die Jahrhundertwende diente sie allerorts zur universellen Rechtfertigung imperialer Politik innerhalb eines Staates (Ferguson 2006, S. 63). Man sogar soweit gehen, dass die internationale Politik in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende nicht davon bestimmt war, Instrumente zur Konfliktvermeidung zu schaffen, sondern gegenteilig, durch militärische Überlegenheit die Sicherheit zu gewährleisten (Keegan 2001, S. 34). Heutzutage würde dieses Phänomen unter dem Begriff „Securitization“ bekannt sein. Zur Jahrhundertwende wären die äußeren Bedingungen für Deutschland günstig gewesen. England startete mit dem deutschen Reich ein Wettüben, auf diplomatischer Ebene scheiterten 1898 und 1901 alle Verhandlungen zum Abschluss eines deutsch-englischen Bündnisses, jedoch kam es zu besagten Vertragsabschlüssen mit Frankreich 1904. Deutschland versuchte Frankreich und Russland 1904/05 zu einem Bündnis gegen England zu bewegen, scheiterten aber. Nach dem Zusammenschluss zur „Triple Entente“, einem Begriff, den die Engländer nicht liebten, zeigte man sich in Deutschland und Österreich-Ungarn empört über die „Einkreisung“. Potentielle Gefahr ging von Elsaß-Lothringen aus, dass nach dem Deutsch-Französischem Krieg 1870/71 annektiert wurde. Keine französische Regierung hat seitdem die Annexion akzeptiert (Stevenson 2006, S. 33). Hier wurde die Geopolitik wieder einflussreich, ein Abkömmling aus Geographie und Geschichte, insbesondere durch die Verbreitung einer „Einkreisungsidee“ des Feindes. Es wurden Ideen breitgetreten, vom unvermeidlichen Machtkonflikt zwischen Staaten oder Rassentheorien als Kriegsgrund (Ferguson 2006, S. 53).

Der in den 1880ern entstandene Dreibund pflegte die Beziehungen zu Russland, man konnte sogar mit dem russisch-französischen Bündnis Ende des 19. Jahrhunderts leben, solange Paris und St. Petersburg England feindlich gesinnt blieben, was jedoch nach den Vertragsabschlüssen zwischen den drei Ländern nicht mehr der Fall war. Ein erster Fehler unterlief Wilhelm II., als er 1890 Bismarcks geschlossenen Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht verlängerte, der das Zarenreich zur Neutralität gegenüber Deutschland verpflichtete, solange dieses nicht Frankreich angriff, und Deutschland zur Neutralität gegenüber Russland, solange dieses nicht Österreich-Ungarn angriff (Keegan 2001, S. 51).

Italien sorgte 1902 für Aufsehen, da sie als Dreibundpartner mit Frankreich ein Sonderbündnis eingingen, nie gegeneinander Krieg zu führen (Stevenson 2006, S. 33). Berlin versuchte ständig, Zwietracht unter der Entente zu säen, scheiterte aber. Zwischen 1912 und 1914 entspannte sich die Lage zwischen Deutschland und England. Italien blieb aber ein äußerst unsicherer Partner, schwächte sich durch den Libyenfeldzug 1911/12 selbst. Somit blieb die Donaumonarchie einzig verlässlicher Partner. Beide jedoch betrachteten die gegenwärtige Bündniskonstellation als unvorteilhaft (Stevenson 2006, S. 34).

4.3. Bestellung von Franz Graf Conrad von Hötzendorf zum Generalstabschef und Baron Alois Lexa von Aehrenthal zum Außenminister:

Innenpolitisch brachte das neue Wahlrecht in sozialer Sicht eine Wandlung der gesamten politischen Szene in Österreich: Die Sozialdemokraten zogen mit 86 von 516 Mandaten erstmals als stärkste Partei in das neue Parlament ein. Wenig später wurde sie von dieser Stellung durch den Zusammenschluss der Christlich-Sozialen mit der Katholischen Volkspartei, die somit auf 90 Mandate kamen, wieder abgelöst. Der neue Reichsrat beinhaltete 28 Fraktionen, was eine Beschlussfindung sehr erschwerte. Die Reform des Reichsrats blieb jedoch nur Stückwerk, da die Landtage weiterhin nach dem alten Kurienwahlrecht ausgewählt wurden (Mommsen 2003, S. 205). Diese galten als die Brutstätte des Nationalitätenhasses. Für Großbritannien und Frankreich waren diese Dinge nie ein Problem, da die gesamte männliche Bevölkerung das volle Wahlrecht besaß, wodurch einzelne Rufe nach mehr Demokratie im Sand verliefen (Keegan 2001, S. 33). Während die politische Dauerkrise einen Ministerpräsident nach dem anderen verbrauchte, stand beim Militär ein Mann für Kontinuität: Feldzeugmeister Friedrich Freiherr Beck-Rzikowsky, Chef des Generalstabs seit 1881. 1906 wurde der damals 76-Jährige auf Drängen des Thronfolgers, nachdem der ehrwürdige General bei einem Manöver vom Pferd fiel, durch Feldmarschallleutnant Franz Graf Conrad von Hötzendorf abgelöst. Dieser war vor allem für seine Abneigung gegenüber Italien und den italienisch sprachigen Südtirolern bekannt, also diesseits wie auch jenseits des Reiches (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 47). Diese Abneigung eignete er sich an, als er als Brigade- und Divisionskommandeur in Triest und Innsbruck war und die politische Entwicklung der Monarchie studierte

(Jerabek 2003, S. 419). Conrad stand vor einem riesigen Aufgabenberg. Schon seit geraumer Zeit erfüllte ihn die im Stillstand verharrende Militärpolitik Beck-Rzikowskys mit Unbehagen. Als 1899 in Den Haag eine internationale Abrüstungskonferenz stattfand, meinte Conrad von Hötzendorf in Anspielung auf die im europäischen Vergleich bescheidenen Militärausgaben Österreich-Ungarns, diese müsse gar keinen Vertreter schicken, da sich die Doppelmonarchie „ohnehin in einem Zustand ständiger Abrüstung befände“. (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 64).

Während des russisch-japanischen Krieges 1904/05 fürchteten Sankt Petersburg und Belgrad, dass Österreich-Ungarn die Situation ausnutzen, und das Okkupationsgebiet Bosnien-Herzegowina annectieren würde. In Wien gab es dazu nicht mal irgendwelche Erwägungen. 1906 wurde Baron Alois Lexa von Aehrenthal Außenminister, der während besagten Krieges Botschafter in Russland war. Er versuchte seit 1908 eine aktive Außenpolitik zu betreiben. Nun sollte man Annehmen dass dem Heer eine besondere Aufmerksamkeit zugedacht wird. Ein erster Konfliktbund zwischen dem neuen Außenminister und dem Generalstab betraf das „Evidenzbüro“ (sozusagen der militärische Geheimdienst). Dieses Büro bezog den Großteil seines Budgets vom Außenministerium, welches wiederum auf Nachrichtenbeschaffung im eigenen Kompetenzbereich setzte und leitete die zur Verfügung gestellten „Informationsgelder“ nur widerwillig an den militärischen Geheimdienst weiter. Nicht fürchtete Aehrenthal mehr, als diplomatische Verwicklungen auf Grund von „Entgleisungen“ der militärischen Spionage und Spionageabwehr (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 67). Der Konflikt zwischen Militär und Politik hatte seinen Ursprung gefunden.

Im Januar 1908 wollte er das Bahnprojekt in den Sandschak noch mal aufgreifen und sondierte dazu mit der Türkei und dem russischen Außenminister Izvolskij, welcher sich nicht ablehnend dazu äußerte. Denn Basis des 1897 geschlossenen russisch-österreichischen Balkanvertrags, war die Doppelmonarchie dazu verpflichtet, für den Fall einer Veränderung des status quo auf dem Balkan, sich zuvor mit Russland ins Einvernehmen zu setzen, ebenso musste Italien auf Grund des Dreibundvertrages konsultiert werden (Mommssen 2003, S. 234). Am 16.9. 1908 kam es zum berühmten Treffen der beiden in Buchlau, wo über die Annectierung Bosnien und Herzegowinas und die Rückgabe des Sandschak an

die Türkei debattiert wurde (Rauchensteiner 1997, S. 18). Als Gegenleistung versicherte Aehrenthal Russland die Unterstützung der Monarchie in der Meerengenfrage der Dardanellen und des Bosphorus. Izvolskij reiste daraufhin nach Italien zu Außenminister Tittoni und informierte diesen über die Pläne der Großmächte (Mommsen 2003, S. 234). Es ereignete sich ein folgenschwerer Fehler: Der österreichische Botschafter in Paris, Rudolf Graf Khevenhüller-Metsch, von Ehrgeiz und Voreiligkeit getrieben, machte die Buchlauer Abmachung noch vor dem vereinbarten Termin bekannt. Darauf erklärte Izvolskij, lediglich über die Möglichkeit eines neuen Kongresses wie 1878 gesprochen zu haben, wo Österreich-Ungarn seine Wünsche vorbringen, und sich der russischen Unterstützung sicher sein hätte können. Da aber die anderen Großmächte augenscheinlich dagegen waren, sah Russland keinen Grund, die Wünsche der Doppelmonarchie auf dem Balkan weiter zu unterstützen. Am 7. Oktober 1908 erfolgte trotz allem die kaiserliche Proklamation der Annexion Bosnien und der Herzegowina. Unmittelbarer Anlass dafür war, laut Dorothy McGuigan, ein Staatsstreich der Jungtürken in Konstantinopel, der wie man befürchtete, die türkischen Ansprüche auf Rückgabe der beiden Provinzen neu beleben würde (McGuigan, S. 600). Mit der Annexion waren Auseinandersetzungen mit Russland und Serbien vorprogrammiert (durch die Rückgabe des Sandschak wurde dann nachhaltig die Türkei befriedigt), vor allem mit Belgrad, das sich dadurch in den eigenen Expansionsbestrebungen behindert sah und Kompensation forderte. Belgrad verlegte Truppen an die Grenze und hoffte auf russische Unterstützung, worauf Österreich-Ungarn ebenfalls mit Krieg drohte. Während die Doppelmonarchie auf die Unterstützung des Deutschen Reiches zählen konnte, war Russland wegen der Folgen des Krieges mit Japan zu diesem Zeitpunkt nicht fähig, Unterstützung zu gewährleisten. Das militärische Kräftegefälle zwischen den „Zweibundpartnern“ und Russland garantierte zu diesem Zeitpunkt die Wahrung des Friedens (Kröger 2003, S. 335), den das Deutsche Reich setzte Russland unter schärfsten diplomatischen Druck. Daraufhin erst erklärte sich Russland mit der Annexion einverstanden, wie gesagt, die Rüstung im eigenen Land und die kritische Lage im Inneren einen großen Krieg nicht zuließen (Mommsen 2003, S. 235). Vor dem Hintergrund der Annexionskrise erfolgte ein erneuter Streit zwischen dem Außenministerium und dem militärischen Geheimdienst, da der k.u.k. Militärattacheé in Belgrad in Zusammenhang mit einem Spionagefall

gebracht wurde (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 76). Aehrenthal veröffentlichte jedoch auszugsweise die mit Russland getroffenen Vereinbarungen, was von Sankt Petersburg als Demütigung und Peinlichkeit bezeichnet wurde (Rauchensteiner 1997, S.18). Vier Punkte waren die Folge:

- Österreich-Ungarn strapazierte sein Verhältnis mit Russland und Serbien gewaltig.
- Beide Staaten wurden diplomatisch gedemütigt.
- Innenpolitisch waren weder die deutschen Parteien noch die Ungarn erfreut über den „Slawenzuwachs“.
- Es hagelte Kritik am Kriegsrisiko, welches Aehrenthal bereit war, einzugehen.

Das Fazit: Ein bemerkenswerter, wenn auf risikoreicher, diplomatischer Erfolg für die „Mittelmächte“ Deutschland und Österreich Ungarn. Dazu bekam man „gratis“ eine unversöhnliche Feindschaft mit den radikal-nationalrevolutionären Bewegungen in Serbien und insbesondere Bosnien und nicht zu verachten: Italien zeigte sich empört über den Alleingang der Habsburgermonarchie in der bosnischen Frage und dass die italienischen Interessen, die namentlich die Rechtsstellung Montenegros betraf, umgangen wurden. Deswegen schloß Italien im Oktober 1909 in Racconigi einen Geheimvertrag mit Russland, der Österreich-Ungarn im Jahr 1915 noch Sorgen bereiten sollte (Mommsen 2003, S. 236). Durch Vermittlung Großbritanniens und auf Drängen Russlands gab Serbien jedoch 1909 bekannt, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn wieder freundlich zu gestalten. Auch mit Russland besserte sich mit dem neuen Außenminister Sasonow das Klima, ebenso die Beziehungen zu Italien nach einem Wechsel im Außenministerium von Tittoni zu San Giuliano.

Der vierte Punkt, der „Kriegskritikpunkt“, ist interessant für das Verhältnis zwischen dem Außenminister und dem Chef des Generalstabs, Conrad von Hötzendorf. Dieser war Vorreiter jener, die es bedauerten, dass die Annexion friedlich verlaufen war. Er hätte die Annexion gerne zum Anlass genommen, um einen Präventivkrieg gegen Serbien und notwendigerweise auch gegen Italien zu führen, was ihm von Aehrenthal mehrmals scharfe Kritik an seiner „Kriegstreiberei“

einbrachte, konnte er sich doch der Unterstützung des Kaisers gewiss sein. Dadurch verschlechterte sich das Verhältnis der beide Männer schlagartig (Rauchensteiner 1997, S. 19). Doch schon länger standen die beiden Herren auf Kriegsfuß. Als im April 1908 im Zuge eines Konflikts zwischen Polen und Ruthenen in Galizien ein polnischer Statthalter von ruthenischen Studenten ermordet wurde, ersuchte das Außenministerium die zuständigen Instanzen in Krakau um Aufklärung. Trotz vorhandener Anhaltspunkte stellte die Polizei vor Ort die Existenz einer etwaigen „Terroristenschule“, zu dessen Zweck zahlreiche Spione des Heeres in Galizien weilten, gegenüber den Behörden in Wien in Abrede. Denn nicht alles was sich in Galizien mit quasi stillschweigendem Einverständnis militärischer Stellen abspielte, sollte gleich am Schreibtisch der Diplomaten des Habsburgerreiches landen (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 81). Meist wenn es um die Einbindung des Außenministeriums ging, stockte die Kommunikation mit dem Generalstab. Selbst der Kriegsminister wurde ab und zu in die Lage versetzt, Informationen regelrecht erbitten zu müssen. Offensichtlich zog es der Generalstab vor, gewisse Dinge für sich zu behalten (ebenda, S. 84). Im November 1908 fiel dann die Regierung Beck der vereinten Opposition der Hochkonservativen und des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand zum Opfer (Mommsen 2003, S. 205). Der Konflikt zwischen Aehrenthal und Hötzendorf zog sich durch die gesamte Amtszeit des Außenministers. Der Generalstabschef zweifelte am politische Talent des Ministers, der trotz expansiver, aktiver Außenpolitik sich gegen jene stemmte, die den Fortbestand der Monarchie an eine militärische Machtdemonstration knüpften (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 68). Krieg und Frieden standen auf Messers Schneide, wobei stets der Balkan für eine Gewichtsverlagerung in die eine oder andere Seite sorgte. Höhepunkt war ein Zusammenschluss des an sich Österreich-freundlichen Bulgarien mit Serbien mit dem Ziel, einen Balkanbund zu schaffen (Rauchensteiner 1997, S. 20). In den Staatskanzleien schrillten wieder einmal die Alarmglocken und Hötzendorf warf Aehrenthal vor, sich stets seinen Präventivkriegsbestrebungen zu widersetzen, welchen dieser natürlich nur zum Schutz des Vaterlandes führen wolle. Genauso wie viele andere, vornehmlich aus dem Evidenzbüro, die präventive Militarisierung des Reiches forderten. Aus demselben Grund, natürlich (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 69). Am 18. Juli 1911 schrieb er an den Außenminister: „Ich kann nicht umhin, auf meine seit jeher vertretene Ansicht

zurückzukommen, dass ein vor Jahren geführter Krieg unsere militärische Lage bei Balkanunternehmungen wesentlich günstiger gestaltet hätte, sowie dass die Führung des Kriegs gegen Serbien im Jahre 1909 mit einem Schlage die Monarchie in jene Position am Balkan gebracht hätte, die sie einnehmen muss, deren Erringung aber jetzt weit schwierigere Verhältnisse findet als damals“ (Rauchensteiner 1997, S. 20). Das Defizit am Krieg wurde einmal mehr klar ersichtlich. Wegen der Konflikte mit dem Chef des Generalstabs wollte Aehrenthal mehrfach demissionieren, aber Kaiser Franz Josef, sowie der Thronfolger versicherten im Mehrfach ihr Vertrauen. Jedoch wuchs die Kritik an Aehrenthal, der zu diesem Zeitpunkt schon schwer an Leukämie erkrankt war. Der endgültige Bruch erfolgte 1911 im Zuge des italienisch-türkischen Krieges, der im September in Libyen ausbrach. Schon 1906 gab es laut Evidenzbüro Anzeichen für einen militärischen Einfall Italiens ins Reichsgebiet bei einem eventuellen Ableben des Kaisers (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 68). Hötzendorf schlüpfte wieder einmal in die Rolle des Rufers in die Wüste. Nicht nur er allein war davon überzeugt, dass das militärisch in Nordafrika gebundene Italien nun leicht zu schlagen sei. Allerdings herrschte in Wien zu dieser Zeit eine Hungerrevolte und der Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit eines Krieges zu verkaufen, wäre wohl schwierig gewesen, denn zum Bereiten des Krieges gehört nicht nur Materialanschaffung, es gehört auch Erziehung zum Kriegsgeist, zum Fremdenhaß, zur Eroberungssucht, zum Beförderungsehrgeiz dazu (Suttner 1982, S. 40). Wie es auch die Kriegstheorie nach Sun Tsu und Clausewitz besagte. Aehrenthal wurde die ständige Kriegstreiberei zuviel, er forderte den Kopf des Generalstabchefs. Egal gegen wen Hötzendorf präventiv Krieg führen wollte, im Außenministerium stieß er dabei auf taube Ohren. Aehrenthal setzte sich durch, der Kaiser verlangte von Hötzendorf den Rücktritt. Seine Politik sei die des Friedens und dieser Politik habe sich jedermann zu fügen (McGuigan 1994, S. 601). Sein Nachfolger wurde der General der Infanterie Blasius Schemua. Wenige Wochen darauf starb Aehrenthal. Der neue Generalstabschef war das genaue Gegenteil Hötzendorfs und hielt sich auch nur für kurze Zeit (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 96). Schon Ende 1912 kam es zur Wiedereinsetzung Hötzendorfs. Im 1. Weltkrieg erhielt Schemua dann das Kommando über das II. Wiener Korps, Bestandteil der 4. Armee (General der

Infanterie Moritz von Auffenberg), wurde jedoch im September 1914 abgelöst und 1915 „pensioniert“.

4.4. Neue politische Kräfte am Werk – Weichenstellung Richtung Weltkrieg

Die k.u.k. Ministerpräsidenten kamen und gingen, auf Beck folgte Bienenrth und verhängte in Prag das Standrecht, der innere Zerfall nahm seinen Fortschritt. Auf Bienenrth folgte einmal mehr Gautsch (Rauchensteiner 1997, S. 33), aber als 1911 der deutschliberale bzw. deutschnationale Karl Graf Stürgkh, von 1908 bis 1911 k.u.k. Unterrichtsminister, die Regierung übernahm, ahnte noch niemand, dass er sich verhältnismäßig lange im Amt halten sollte. Manche Aktivitäten Stürgkhs weisen schon im Voraus auf den großen Krieg hin. In einer neuen Wehrvorlage wollte Stürgkh die Anzahl der Soldaten erhöhen (Vocelka 2002, S. 251). Trotz einzelner Proteste führte er 1912 den Schießunterricht an den Mittelschulen ein (Suttner 1982, S. 120). „Die Jugend sollte aber die Schießübungen nicht nur als Sport, sondern im Dienste höherer Gedanken betrachten: also Liebe zum allerhöchsten Kaiserhause und Erhöhung der Wehrkraft. Im Dienste höherer Gedanken sind sehr wichtige Worte. Ob sie aber auf die Einübung der Kunst, auf Nebenmenschen zu zielen richtig angebracht erscheinen – darüber ließe sich streiten“, schrieb die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner 1912. Die Sozialdemokraten, die sich anfangs dagegen aussprachen, stimmten mit einigen Vorbehalten ebenfalls für die als „Kriegsleistungsgesetz“ bekannte Wehrvorlage Stürgkhs. Die parlamentarische Behandlung dieses Gesetzes war seit 1873 immer wieder verschoben worden. Es ging in diesem Gesetz nicht um eine vorgesehene Beschneidung der Bürgerrechte im Kriegsfall, da diese im Artikel 20 des Staatsgrundgesetzes sowieso verankert waren. Es ging um konkrete Leistungen, wie Truppeneinquartierung, Transportmittelrequirierung oder Militarisierung von Betrieben, die als militärische Notwendigkeit erzwungen werden konnten. Das Gesetz wurde mehrfach überarbeitet, sodass es in der „Endfassung“ 1912 unter anderem auch eine Berücksichtigung der ungarischen Reichshälfte enthielt. Der wesentliche Unterschied jedoch war, dass bis dahin die Gemeinden für die geforderten Leistungen haftbar gemacht wurden, nun aber der einzelne Bürger haftbar wurde. Und auf diese Weise gelang ohne große Abänderung die generelle

Kriegsdienstpflicht vom 17. Lebensjahr aufwärts einzufordern (Rauchensteiner 1997, S. 34/35). Das Gesetz hatte weiters folgende Auswirkungen:

- Ein Krieg konnte auf längere Dauer und große Intensität geführt werden.
- Die Gesellschaft wurde für den Krieg sensibilisiert. Absichten und Notwendigkeiten für den Kriegsfall wurden bewusst gemacht.

(Rauchensteiner, S. 36).

Im späteren Falle des Krieges sollte die allgemeine Wehrpflicht einiges erleichtern - sollte man meinen. Die Tatsache dass die allgemeine Wehrpflicht und die Reservistenausbildung schon über eine Generation lang eingeführt waren, wussten die Einberufenen, was sie zu tun hatten, und die fortschreitenden Alphabetisierung, die nationale Presse und Feiertage wie der 14. Juli in Frankreich oder der Sedanstag in Deutschland stärkten das Nationalbewusstsein. Doch nicht überall. Dort wo es fehlte – vornehmlich in den slawischen Minderheiten in Österreich-Ungarn – war es von Anfang an schwer, die Bevölkerung zur Kriegsunterstützung zu bewegen (Stevenson 2006, S. 59).

Stürgkh war auch bekannt als entschiedener Gegner des Parlamentarismus. So scheute er sich nicht, 1913 den böhmischen Landtag wegen dessen Obstruktionspolitik aufzulösen und die Länder der Wenzelkrone ab sofort von Wien verwalten zu lassen (Mommsen 2003, S. 207).

In Ungarn übernahm 1913 erneut Graf Istvan von Tisza die Regierung. Der Politiker war schon während seiner ersten Amtszeit als königlich-ungarischer Ministerpräsident von 1903 bis 1905 zu einem besonderen Vertrauensmann von Kaiser Franz Josef geworden. Er galt als Befürworter des „Zweibundes“ mit Deutschland und bekämpfte vehement die Tendenzen in Ungarn, das Land auf lange Sicht aus der Doppelmonarchie zu lösen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war beispielsweise nach einem Treffen mit Tisza so begeistert, dass er die Magyaren im März 1914 zu Teutonen ehrenhalber erklärte (Strachan 2004, S. 24). 1912 gelang es Tisza als Präsident des Abgeordnetenhauses nach langem Kampf, die militärische bedeutsame Wehrvorlage von k.u.k Ministerpräsident Stürgkh zur Annahme zu bringen (Jerabek 2003, S. 924). Nach seinem erneuten Amtsantritt als Ministerpräsident lenkte er die Geschicke der ungarischen Reichshälfte mit starker und autokratischer Hand (Mommsen 2003, S. 207). Für das Militär und vor allem für die Militärsponage erwiesen sich die Änderungen an

den Spitzen des Militärs und der Regierung 1912 als Glücksfall, so wurde doch das Budget für diese Einrichtung aufgestockt und es gab keine personellen Konsequenzen (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 97).

Der Tod Aehrenthals hatte sich schon über einen längeren Zeitraum abgezeichnet, wonach die Diskussion um seinen Nachfolger ebenfalls schon länger geführt wurde. Es sollte jemand sein, der Erfahrungen mit Russland hatte. Da gab es mehrere, jedoch einen, der den Weg der Aehrenthal'schen Politik weitergeht und in das Gedankenschema des kaiserlichen Hofes passte. Da gab es wenige. Die Wahl fiel auf Leopold Graf Berthold, der während der Annexionskrise 1908 Botschafter in Sankt Petersburg war (Rauchensteiner 1997, S. 21). Er hatte kaum Zeit sich einzugewöhnen, nachdem sich im März 1912 Bulgarien und Serbien zum Balkanbund zusammenschlossen, der seine Speerspitze zwar auf die Türkei richtete, aber mit einem Auge auch auf die Habsburgermonarchie schielte. Im Herbst brach dann der erste Balkankrieg aus, der die Machtposition Österreich-Ungarns stark gefährdete (Kronenbitter 2003, S. 377). Vor dem Hintergrund des italienisch-türkischen Krieges versuchten die ethnisch heterogenen und instabilen Staaten Südosteuropas, allen voran Serbien, ihren Teil aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs zu bekommen (Kröger 2003, S. 367). Im Mai und Oktober 1912 traten Griechenland und Montenegro dem Balkanbund bei. Die Türkei bat die Habsburgermonarchie um Hilfe, doch diese wollte nur eingreifen, wenn sich eine Großmacht an der Adria bzw. am Ionischen Meer festsetzen sollte, da Wien fest entschlossen war, Serbien den Weg zum Meer zu versperren und zu diesem Zweck ein selbständiges Albanien ins Leben zu rufen (Mommsen 2003, S. 258). Die „Kriegspartei“ in Österreich bekam nun regen Zulauf, nicht nur aus dem Militär sondern auch von hohen Beamten des Außenministeriums (Rauchensteiner 1997, S. 21). Makedonien, auf Seiten der Türkei, begann am 8. Oktober mit den Feindseligkeiten, jedoch erfolgte der Angriff relativ plump und ungeordnet (Kröger, S. 367). Hier entblößten sich Schwachstellen des k.u.k. militärischen Geheimdienstes. Man war vom Kriegsausbruch völlig überrascht. Trost spendete hingegen die Tatsache, dass auch die Geheimdienste anderer Staaten nicht besser bilanzierten (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 99).

Der Balkanbund errang eine Reihe unschwerer Siege. Nach dem Eindringen serbischer Truppen in Albanien (obwohl der Feldzug gegen die Türkei noch keineswegs beendet war), mehrten sich die Stimmen in der Donaumonarchie

zugunsten eines militärischen Eingreifens. Die Wiederberufung Conrad von Hötzendorfs zum Chef des Generalstabs war ein deutliches Symptom. Die Zeichen standen auf Krieg (Mommsen 2003, S. 258). In Russland begann die Teilmobilmachung. Die Serben drängten an die Adria und riskierten somit einen Krieg mit Österreich-Ungarn. Die antworteten mit entsprechenden militärischen Gegenmaßnahmen: Am 7. Dezember 1912 stimmte Kaiser Franz Josef zu, die Truppen des XV. und XVI. Armeekorps in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien auf den Kriegsstand zu bringen (Rauchensteiner 1997, S. 22). Zu weiteren militärischen Vorgehensweisen war der Kaiser jedoch nicht bereit. Nachdem weder Russland bereit war, für Serbien einen Krieg mit Österreich-Ungarn zu riskieren, noch die anderen Großmächte ein Eingreifen, nur weil die Monarchie Serbien den Weg zur Adria versperren wollte, verweigerten, „beruhigte“ sich die Lage. Es wurde ein Waffenstillstand geschlossen, die Türkei galt als besiegt. Es folgten Friedensverhandlungen zwischen dem 17. Dezember 1912 und dem 6. Jänner 1913 in London. Russland versuchte für Serbien und Montenegro mehr Gebietsgewinne herauszuschlagen und gefährdeten damit das vorhin angesprochen „Albanienprojekt“ der Doppelmonarchie. Nach einem angedrohten Truppenaufmarsch Kaiser Franz Josefs am 2. Mai 1913 entlang der montenegrinischen Grenze mit deutscher Unterstützung im Rücken wurde klein bei gegeben. In gewisse Weise wurde 1912/13 schon ein Probegalopp für 1914 unternommen. Auch jetzt gab es Drohgebärden, Ultimaten, Unterstützungszusagen und Hinhaltetaktik (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 98).

Doch der Streit um die Beute entzweite schlussendlich die Sieger des ersten Balkankriegs (Kröger 2003, S. 367). Bulgarien ging leer aus, Griechenland und Serbien bildeten ein Separatbündnis. Mit dem Angriff Bulgariens am 29. Juni 1913 begann der zweite Balkankrieg in den auch die Türkei und Rumänien eingriffen (ebenda, S. 367). Rumänien verlangte Unterstützung von Österreich-Ungarn, Deutschland und Italien, mit denen man verbündet war. Wien wollte aber keinesfalls eine Unterstützung Rumäniens, da dies zweifellos eine Unterstützung serbischer Interessen am Balkan gleichgekommen wäre und das wäre unmöglich gewesen. Daraufhin machte sich anti-österreichische Stimmung in Bukarest breit (Rauchensteiner 1997, S. 23). Bulgarien jedoch überschätzte seine Kräfte und wurde großer Gebiete beraubt. Als großer Sieger des zweiten Balkankriegs galt

Serbien, dass seine südlichen Grenzen bis weit nach Mazedonien hinein ausdehnte und somit sein Territorium fast verdoppelte, was man im Habsburgerreich als großes politisches Unglück bezeichnete (Mommsen 2003, S. 260). Entgegen aller Abmachungen zogen sich die Serben aber nicht vollständig aus Albanien zurück, worauf am 18. Oktober 1913 Serbien ein Ultimatum übergeben wurde, dass bei Nichteinhaltung die Monarchie „geeignete Schritte“ einleiten würde, abermals mit deutscher Unterstützung. Serbien lenkte ein und war zum zweiten Mal gedemütigt worden (Rauchensteiner 1997, S. 24). Das Fazit für die Monarchie: Man hatte in keinen der Balkankriege eingegriffen. Man hatte sich zwischen alle Stühle gesetzt, keine Freunde gewonnen, aber die Schar seiner Feinde vergrößert (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 98). Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen den lang- und kurzfristigen Ursachen des Ersten Weltkriegs liegt in den beiden Balkankriegen (Strachan 2003, S. 63).

Dem Frieden mit Russland misstraute man, da man in der Balkanpolitik einfach zu unterschiedlicher Meinung war. Russland wollte eine großserbische, nationale Bewegung, vor allem eine Vereinigung Serbiens und Montenegros, während die Habsburgermonarchie auf Bulgarien als Stützpfeiler am Balkan setzte, um eine politische Isolierung Serbiens voranzutreiben. Diplomatische Probleme gab es in dieser Hinsicht mit dem Bündnispartner Deutschland, der eine „Bollwerk gegen das Slawentum“ in einem Bündnis zwischen Griechenland, Rumänien und der Türkei sah. Doch die ehemaligen Kriegsgegner Rumänien und Griechenland auf der einen Seite und Bulgarien auf der anderen Seite, sowie Annäherung Bukarests an Belgrad machten eine Kombination zwischen deutschen und österreichischen Ideen unmöglich. Es zielte alles auf eine Nicht-Einbeziehung Bulgariens und einer Österreich-ungarischen Verständigung mit Serbien ab, worauf die deutsche Regierung jahrelang erfolglos drängte. Die deutsche, wie österreichische Balkanpolitik dieser Jahre war gleichermaßen unreal (Mommsen 2003, S. 262). Berchthold beauftragte noch 1914 einen Ministeriumsbeamten namens Franz von Matscheko mit Ausarbeitung einer Balkanpolitik. Dieser sah zwar in erster Linie auch Rumänien als logischen Verbündeten, jedoch da Bulgarien im Osten von Serbien angrenzte und er eine Unterstützung von Rumänien als nicht zielführend betrachtete, wurde kurzerhand eine Bulgarienfreundliche Politik betrieben. Matscheko war ein Demagoge, dessen Schriften in schrillsten Tönen verfasst wurden, jedoch die Diplomatie den Krieg

vorzogen. Er sollte vor allem Deutschland von einer Unterstützung Bulgariens statt Rumäniens überzeugen (Strachan 2004, S. 25). Das Ergebnis ist ja bekannt.

Auch die Zustände innerhalb des Reiches sollten sich nicht verbessern. 1912 kam es in Ungarn wieder einmal zu Unruhen wegen der aktuellen Politik des ungarischen Parlaments. Man erteilte Schiessbefehl, Bilanz: 6 Tote, 182 Verwundete. Die Hemmschwelle gewaltsame Lösungen diplomatischen Kompromissen vorzuziehen, drohte nur wegen ständig aufkeimender Tumulte innerhalb der eigenen Grenzen zu sinken (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 100). Die „Sozialisierung der Gewalt“ wurde spürbar, die ständigen Spannungen sensibilisierten nicht, sie stumpften ab (Rauchensteiner 1997, S. 26). Wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Gleichberechtigung aller Nationen als das stärkste Fundament des österreichischen Reichsgedanken bezeichnet. Doch trotz mehrerer „Ausgleiche“ mit den Völkern gab es keine Universallösung. Durch die Verbindung der Nationalitäten Österreich-Ungarns mit den „verwandten“ Völkern außerhalb ihrer Grenzen kam es zwangsmäßig zu einer Destabilisierung des Reiches. Nationale Autonomien entwickelten eine Stoßkraft gewaltigen Ausmaßes (Mommsen nannte Zentrifugalkraft), aber in zwei Richtungen: Nach innen und nach außen (Rauchensteiner 1997, S. 28). Bei den slawischen Völkern hatte insbesondere der Panslawismus den Nationalitätsgedanken beflügelt, obwohl dieser von der Idee her gar nicht dazu gedacht war. Ursprünglich war es eine sprachlich-historische Idee, wurde aber von rußlandfeindlichen Kreisen in West – und Mitteleuropa als aggressive politische Ideologie verstanden. Dabei führte er nicht zu einem gemeinschaftsbezogenen Denken und Verhalten bei den slawischen Völkern sondern regte hauptsächlich den Gedanken der nationalen Identitätsbildung an (Hecker 2002, S. 733).

In Galizien verbreiteten russisch-orthodoxe Priester den Panslawismus, während die Katholiken in der Doppelmonarchie immer Bollwerk des Glaubens sahen. In Böhmen und Mähren war es die historische Unterdrückung durch den Dualismus (Vorherrschaft der Deutschen und Ungarn im Reich) und der angesprochen Sprachenstreit, der Teile einen panslawistischen Nationalismus trieben (Rauchensteiner 1997, S. 29). Am 1. Dezember 1908 gab es in der Wiener Oper eine Galavorstellung für das 60-Jährige Thronjubiläum des Kaisers, wo alle Beteiligten die Kaiserhymne sangen, während es in Prag zu Prügeleien zwischen

Deutschen und Tschechen kam, die kaiserliche Flagge heruntergerissen und in den Kot getreten wurde, während ein tschechischer Patriot rief: „Was ist die schwarz-gelbe Fahne? Ein Anachronismus und nichts anderes.“ (McGuigan 1994, S. 597).

Doch das hieß nicht, dass alle „Radikalen“ die Monarchie zerstören wollten. Einige wollten das Gefüge behalten, jedoch umgestalten wie zum Beispiel der Tschechische Radikale Kramar, der sich mehrfach um das Amt des Außenministers bemühte (Rauchensteiner 1997, S. 29). Dieser wollte anfangs auch keine Loslösung von Deutschland, erst als seine Ideen scheiterten wurde er „russophil“. Der südslawische Panslawismus war Großteils serbischer Natur. Ein großer Fehler Franz Josephs war, seinen ungeliebten Thronfolger Franz Ferdinand nicht in die Regierungsgeschäfte mit einzubeziehen und vorzubereiten. Franz Ferdinand hatte vorausblickend auf seine Regentschaft, Pläne für ein trialistisches System der Monarchie entworfen. Den Slawen zugetan, war er entschlossen, mit der Halsstarrigkeit mit der die Magyaren an der Doppelmonarchie festhielten, zu brechen (McGuigan 1994, S. 599).

Der österreichische Teil spürte von den nationalistischen Strömungen eher wenig, auch da das parteipolitische Feld eher auf Konsens aus war. In Wien traten nationale Konflikte fast nur während der Sitzungen des gemeinsamen Reichsrates auf. Da traf es die ungarische Reichshälfte schlimmer, wie man an den besagten Vorfällen vom Mai 1912 sehen kann.

Rückblickend kann man sagen, dass es in Österreich um 1908 durch die Wahlrechtsreform und den erneuten Ausgleich mit Ungarn zu einer merklichen Entspannung der Innenpolitik kam. Doch angesichts einer ständig steigenden Kriegsgefahr kam es zu einer Mischung aus Nationalismus, Bellizismus und Militarismus, der in der Habsburgermonarchie eventuell nicht ganz so ausgeprägt war wie andernorts, jedoch ständig zunahm. Doch das Nationalitätenproblem griff auch auf das Heer über. Peter Rossegger bezeichnete die Stationierung bosnisch-herzegowinischer Truppen in Graz als „Türkenkrieg in der Steiermark“. Vor allem durch Stationierung von Truppen außerhalb ihrer Siedlungsgebiets kam es zu weitreichenden, nationalen Ressentiments und zu gewalttätigen Ausbrüchen in den Landesteilen, worauf als Konsequenz immer öfter das Militär ausrückte (Rauchensteiner 1997, S. 32). Es waren deutliche Handlungsmuster zu erkennen, dass Konflikte zusehends mit Gewalt gelöst wurden, der Einsatz von Militär wurde

zur Gewohnheit. Stürgkh war nicht fähig, die Nationalitätenkrise in den Griff zu kriegen und dieser schließlich eskalierte und die Reichsratssitzungen in Obstruktionen und Schreiduellen endeten, wusste er sich nicht anderes zu helfen als den schon mehrfach „bewährten“ Notverordnungsparagraphen anzuwenden. Im Allgemeinen ist aber hier nochmals zu betonen, dass die Repräsentanten der politischen Parteien der verschiedenen Nationalitäten nicht nach Unabhängigkeit, sondern nach mehr Selbstregierung und gleichen sprachlichen Rechten strebten (Stevenson 2006, S. 26). Trotz allem bewiesen die Vorfälle im Parlament die Regierungsunfähigkeit der österreichischen Reichshälfte, worauf als Konsequenz immer öfter das Militär als Lösung herhalten musste (Rauchensteiner 1997, S. 33). Die ungarische Reichshälfte war zwar stabiler, jedoch unter Tisza, wie vorhin angemerkt, auch autoritärer (Stevenson 2006, S. 26).

Die Aufmarschpläne für einen eventuellen Krieg der Donaumonarchie überstiegen jedoch die logistischen und militärischen Möglichkeiten. Doch alle der Reihe nach: Der Zweibund von 1879 beinhaltet an sich keine militärischen Bestimmungen. Es hingegen einen inoffiziellen Meinungsaustausch zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab, über eine mögliche gemeinsame Strategie im Kriegsfall: Österreich erfuhr, dass Deutschland im Falle eines Zweifrontenkrieges, gegen Frankreich defensiv bleiben wolle und Russland angreifen wolle, Österreich versicherte in diesem Fall dem Bündnispartner, selbst gegen Russisch-Polen aktiv zu werden. Mit Schlieffen wurde der österreichische Generalstab hingegen nicht warm. Man bezeichnete ihn als „schweigsam und wenig entgegenkommen“ (Keegan 2001, S. 68). Erst unter dem jüngeren Moltke entwickelten sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts fruchtbare Gespräche. Moltke wollte von Österreich, dass diese so schnell wie möglich und mit so vielen Truppen wie möglich gegen Russland marschieren sollten, während Conrad von Hötzendorf zu dieser Zeit schon eher mit einem Krieg auf dem Balkan rechnete. Außerdem setzte er bekannterweise wenig Vertrauen in die Bündnispartner Italien und Rumänien. Somit wurden im österreichischen Generalstab ein Plan zur Dreiteilung des Heeres ausgearbeitet. Für den Kriegsfall B (= Balkan) sollten 10 Divisionen reichen, um vordergründig die Grenze zu Serbien zu verteidigen. Für den Kriegsfall R (= Russland) sollten 30 Divisionen bereit stehen, welche die Aufgabe hatten, die Grenzen Galiziens zu schützen. Und eine Staffel B, bestehend aus 12 Divisionen sollte im Bedarfsfall eine der beiden Heeresgruppen unterstützen

(Keegan 2001, S. 69). Zuerst sollte sie Serbien in einen Balkankrieg verwickeln und sich, wie gesagt im Bedarfsfall nach Norden Richtung Galizien wenden können (Stevenson 2006, S. 89). Die Donaumonarchie baute in den 1880er und 90er Jahren das Schienennetzwerk in den Karpaten aus, das bis dahin als natürliches Bollwerk gegen eine russische Armee bestand hatte. Die galizische Ebene wurde nach Norden hin von einer Kette von befestigten Städten bewacht wie Lemberg, Przemyśl und Krakau (Stevenson 2006, S. 89). Moltke und Hötendorf waren sich im Zeitplan noch uneinig. Dies war bereits ein Vorspiel an Zwistigkeiten, das sich auch während des Weltkriegs nicht ändern sollte. Hötendorf machte sich überall unbeliebt: Bei der eigenen Regierung und bei den Bündnispartnern. Ein weiterer Nachteil war, dass die Österreicher in den Schlieffenplan nicht eingeweiht waren. Außerdem wurde Plan mehrfach „modifiziert“, so dass er bei Kriegsbeginn nicht mehr tauglich war. So versprach Moltke Hötendorf, dass im Falle einer österreichischen Offensive in Russisch-Polen sich Deutschland sofort anschließen würde, obwohl der Schlieffenplan eindeutig defensives Verhalten im Osten bis zum Sieg im Westen verlangte (Keegan 2001, S. 70). Moltke verlangte von Hötendorf einen Angriff von Galizien Richtung Polen, der auf das Gebiet zwischen Bug und Weichsel zielte (Strachan 2004, S. 38). Auch hatte die Monarchie logistische Probleme. 1914 konnten sie nach eigenen Einschätzungen nur 153 Züge täglich in das galizische Aufmarschgebiet entsenden, die Russen dagegen 260. Österreich-Ungarn hatte sich seit der Jahrhundertwende mehr auf eine Grenzsicherung an Italien verlegt und hat gegenüber Russland an Boden verloren. Bilanzierend kann man sagen, dass dank des Kriegsleistungsgesetzes, das vieles fürs Militär vereinfachte, man davon ausgehen konnte, dass Österreich-Ungarn Ende 1912, nicht nur militärisch sondern auch gesellschaftlich, kriegsbereit war (Rauchensteiner 1997, S.36).

Auch die außenpolitische Entwicklung spricht diese Sprache: 1908 konnte die Krise weitgehend ohne Gewaltandrohung bereinigt werden, so lag seit 1911 ständig Kriegsgefahr in der Luft. Binnen kurzer Zeit kam es im Reich zu zwei „Teilmobilmachungen“ ohne dass ein Krieg eintrat. Hötendorf soll danach gesagt haben: „Eine dritte Mobilmachung ohne Krieg überlebt das Heer nicht.“

4.4. Aufmarschpläne und Kriegspläne

Die Donaumonarchie war kriegsbereit. Im Folgenden Abschnitt will ich aber auch auf die anderen Weltkriegsmächte kurz eingehen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts blühte nicht nur die Industrie auf, sondern auch die „Produktion von Soldaten“ (Keegan 2001, S. 35). Pläne für den Kriegsfall wurden je nach Bedarf gemacht, verworfen, hervorgeholt, aber jedes Mal erst wenn ein Kriegsfall eintrat. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts war den Militärstrategen bewusst geworden, dass ein gute ausgebautes Eisenbahnnetz die Kriegführung revolutionieren würde (Keegan 2001, S. 44). Dieses hatte noch dazu den Vorteil, flexibel zu sein, was die starren Operationspläne des Heers oft nicht waren, andererseits blieb die Logistik ein Unsicherheitsfaktor, wie ich etwas später beim österreichischen Truppenaufmarsch an die Ost- und Balkanfront zeigen werde. Der Aufmarschplan erfolgte jedenfalls im Einklang mit dem Eisenbahnfahrplan, war auch von ihm abhängig. Der Mobilmachungstag wurde zum Fixierungspunkt. Von diesem Zeitpunkt an gab es einen strikten Ablaufplan, wie viele Truppen mit welcher Geschwindigkeit in die jeweilige Grenzzone verlegt, wie viel Nachschub ihnen folgte und wie breit ihr Frontabschnitt sein werde, an dem die Armeen zu einem späteren Zeitpunkt auf ihre feindlichen Gegenparts treffen sollten (Keegan 2001, S. 47). Europa war zu dieser Zeit ein Haufen Schwerter, die übereinander lagen wie Mikadostäbchen: Keines konnte herausgezogen werden, ohne ein anderes zu bewegen (Tuchman 2004, S. 26).

4.4.1 Deutsches Reich

Für Deutschland war das wichtigste Dokument des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der „Schlieffen-Plan“, benannt nach seinem Erfinder, dem ehemaligen Chef des Großen Generalstabs des Deutschen Kaiserreichs von 1891 bis 1906, General Alfred Graf von Schlieffen. Durch das russisch-französische Bündnis wurde das deutsche Reich mit dem Alptraum des Zweifrontenkrieges konfrontiert. Die Planung für einen solchen sollte die ganze Amtsperiode von Schlieffen in Anspruch nehmen (Bourne 2003, S. 352). Schlieffen arbeitete pedantisch an seinem Plan, oft bis nach Mitternacht. Eines seiner Hauptaugenmerke lag interessanterweise darin, dass er nicht das Deutsche Heer

zahlenmäßig an die Kapazität des belgischen oder französischen Heeres anzugleichen versuchte, sondern an das belgische und französische Straßennetz. Auf fertigen Tabellen übertrug er die Länge einer Marschkolonne von zum Beispiel einem Armeekorps (das wären 29km) auf Straßenkarten und konnte dadurch errechnen wie viele Truppen wie schnell durch ein bestimmtes Gebiet marschieren könnten. Die Marschleistung einer Truppe liegt bei 32km täglich, womit ein Korps auf einer Straße nicht marschieren darf, sondern aufgeteilt auf mehrere Straßen, damit es die volle Marschleistung erbringen kann (Keegan 2001, S. 55/56). Der Plan selbst sah einen Blitzkrieg bzw. Blitzsieg voraus, jedoch ließ er offen, was passieren würde, wenn der erhoffte rasche Sieg nicht eintreten werde. Für Schlieffens Vorgänger war Frankreich auf Grund der Befestigungskette nicht bezwingbar, weshalb man im Westen defensiv bleiben sollte (Keegan 2001, S. 50). Doch schon 1892 war für Schlieffen klar, dass der Westen den Schwerpunkt eines deutschen Militäreinsatzes bilden müsse (ebenda, S.51). Die französische Armee würde als erste kriegsbereit sein, also musste sie auch als erste geschlagen werden (Bourne 2003, S. 352). Grundsatz des Plans war: „Eine deutsche Offensive dürfe die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs nicht scheuen!“ Das bedeutete: Umgehen der als unbezwingbar eingeschätzten französischen Befestigungskette mit den Städten Belfort, Epinal, Toul, Verdun, Longwy, Maubeuge und Lille die somit wirkungslos wurde (Keegan 2001, S. 52).

Der Plan in Schlieffens Endfassung von 1905 war folgender:

Nahezu das gesamte Deutsche Heer in einer Linie aufgestellt von der Schweizer Grenze bis zur Nordsee, sollte in einer riesigen Schwenkung durch Belgien vorrücken. Der äußere rechte Flügel soll am 22. Mobilisierungstag an der französischen Grenze stehen, am 31. Tag soll die Frontlinie entlang von Somme und Maas verlaufen. Dann soll Paris von Westen her umfasst werden und die französische Armee in einer Art Zangenbewegung in den linken deutschen Flügel getrieben werden. Am 42. Mobilisierungstag soll der Krieg gegen Frankreich gewonnen sein und das deutsche Heer frei für den Marsch gegen Russland (Keegan 2001, S. 52). Schlieffen war „Fan“ von Hannibal dem Karthager, der 216 v. Chr. bei Cannae den Römern durch eine derartige Zangenbewegung eine vernichtende Niederlage beibrachte. Eine solche Cannae-Schlacht hatte der Schlieffen-Plan auch für Paris vorgesehen (Bourne 2003, S. 353).

Außerdem erwartete er von den Franzosen nicht denselben Fehler wie 1870/71, wo sie in Elsaß-Lothringen angriffen, was sich als taktische Katastrophe herausstellte. Für Schlieffen waren Soldaten keine Menschen sondern in Truppen zusammengefasstes Operationsmaterial. Er war fixiert von Truppenbewegungen, jedoch nicht von einer Vermehrung der Truppenzahl. Akribisch hatte er die erforderliche Truppenanzahl für eine erfolgreiche Durchführung seines Planes errechnet und was ihm fehlte forderte er an (Keegan 2001, S. 54). Interessanter Aspekt am Plan war jedoch, dass Deutschland die Mobilmachung mit dem Krieg gleichstellte, während die anderen Mächte grundsätzlich die Option hatten, nach der Mobilmachung noch abzuwarten. Schlieffen gestand sich jedoch später ein, dass Deutschland für so einen Plan zu schwach sei, was auch daran lag, dass das deutsche Heer zu Schlieffens Zeiten tendenziell als „klein“ bezeichnet werden kann, außerdem scheiterte der Plan an logistischen Ungereimtheiten (Bourne 2003, S. 353). Sollte die Armee nach 6 Wochen vor Paris stehen, müsste sich von acht Korps begleitet werden, für die aber kein Platz war. Der Plan war in seinem Kern verfehlt (Keegan 2001, S. 60). 1911 und 1913 reagierte Deutschland mit einem neuen Wehrgesetz auf den französischen „Zweijahresplan“ bzw. auf den Ausbruch der Balkankriege (Stevenson 2006, S. 38). Durch dieses Wehrgesetz erhöhte sich die Stärke des deutschen Friedensheeres (Keegan 2001, S. 63). Es muss auch noch angemerkt werden, dass der Nachfolger Schlieffens, Helmuth von Moltke (der Jüngere), den Plan dahingehend änderte, dass er nicht den rechten sondern den linken Flügel verstärkte um rasch den Eisenbahnknotenpunkt Lüttich einzunehmen (Stevenson 2006, S. 37).

4.4.2 Frankreich

Der französische Operationsplan XVII, der 1914 in der Schublade ruhte, sah interessanterweise genau das vor, was Schlieffen nicht erwartete. Es war ein Plan für eine stürmische Offensive an der französisch-deutschen Grenze in Richtung Lothringen und Rhein (Keegan 2001, S. 61). Dieser von General Ferdinand Foch ausgearbeitete Plan stieß innenpolitisch auf den geringsten Widerstand, was in Frankreich große Bedeutung hatte, da die Armee essentieller Bestandteil des öffentlichen Lebens war. Foch wollte mit der Offensive nach Lothringen auf eine vermutete deutsche Offensive aus Süd-Westen reagieren und, sollte doch eine Invasion über Belgien stattfinden, diese komplett aus dem Gleichgewicht bringen

(Bourne 2003, S. 353). Deutschland hatte die Städte Straßburg, Metz und Thionville stark befestigt, wodurch Schlieffen annahm, dass Frankreich vor einem Angriff absehen werden. Was ursprünglich auch der Fall war. Der Plan XIV von 1898 sah im Falle eines Krieges mit Deutschland die reine Grenzverteidigung vor (Keegan 2001, S. 61). Wies der Plan XIV den Reservisten keine Rolle zu, erhielten sie im Plan XV eine untergeordnete. Schlugen sich die Deutschen mit dem Problem herum, wie man so schnell wie möglich eine große Anzahl Truppen ins Operationsgebiet zu bringen, so mühten sich die Franzosen ab, überhaupt eine ausreichende Zahl an Soldaten aufzubringen. Das erste Wehrdienstgesetz von 1905, dass eine zweijährige Militärdienstzeit für alle männlichen Franzosen vorsah, änderte dies nur geringfügig (Keegan 2001, S. 62). Plan XV A aus dem Jahr 1907 ermöglichte eine Konzentration der Truppen bei Südbelgien Plan XVI 1909 erhöhte die Truppenstärke. 1911 vermuteten die Franzosen eine mögliche deutsche Offensive über Belgien (wie sie ja auch vorgesehen war). Der damalige Generalstabschef Frankreichs Victor Michel vereinte daraufhin alle verfügbaren Reserven mit den aktiven Verbänden und das Heer sollte nach der Mobilmachung, ähnlich wie das Deutsche, entlang der Grenze von der Schweiz bis zur Nordsee aufmarschieren (Keegan 2001, S. 62). Ein Spiegelbild des Schlieffenplans, obwohl Michel den nicht kannte. Er wurde jedoch bald abgelöst und Plan XVI vom April 1913 stellte alles auf den Kopf: Die Verschmelzung der Reservisten mit den aktiven Verbänden wurde aufgehoben, das Aufmarschgebiet eingeschränkt, die Abwehr eines eventuellen deutschen Einmarschs über Belgien allein der 5. Armee überlassen. Entscheidender Punkt: Der Plan war eine Offensivvariante! Ausgearbeitet wurde er von Joseph Joffre, Nachfolger Michels. Gründe für eine Offensive gab es folgende:

- Der französische Nachrichtendienst konnte nicht ausreichend bestätigen, dass die Deutschen den strategisch sowie außenpolitisch problematischen Vorstoß durch das neutrale Belgien wirklich vorhaben.
- Die deutsche Reaktion auf den französischen „Zweijahresplan“ in der Wehrpflicht von 1905 mit den Wehrgesetzen 1911 bis 1913.

(Keegan 2001, S. 63).

Von französischer Seite gab es 1913 wiederum eine Reaktion auf die deutschen Wehrgesetze, und zwar wurde die Wehrpflicht auf drei Jahre verlängert. Außerdem musste Frankreich sich mit den neuen Verbündeten koordinieren. Seit 1905 kam es zu geheimen Treffen zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab. In einem dieser Treffen wurde 1911 beschlossen, dass ein britisches Expeditionsheer (British Expeditionary Force BEF) die französische linke Flanke verstärken soll, sollte Deutschland tatsächlich über das neutrale Belgien einmarschieren wollen. Doch beide Mächte hofften vergeblich, dass Belgien eine alliierte Truppenstationierung zulassen würde, sollte Deutschland einmarschieren (Keegan 2001, S.63). Der endgültige Plan XVII erwies sich basierte jedoch auf einer vollkommen falschen Vorstellung über die deutschen Truppenstärken, da in Frankreich keiner damit rechnete, dass Deutschland die Reservetruppen ebenfalls sofort mobilisieren wollte (Bourne 2003, S. 353). Der Plan XVII forderte, dem Oberbefehlshaber der französischen Nordfront, General Ferdinand Foch: „dem Feind gerade und ohne Zögern entgegenzumarschieren. Allein die Offensive entspricht dem Temperament unseres Soldaten.“ Dieses Entgegenmarschieren kostete den Franzosen in den ersten beiden Kriegswochen 300.000 Tote, Verwundete oder Vermisste (Rauchensteiner 1997, S. 138).

4.4.3. Russland

Traditionell unterhielt Russland ein großes stehendes Heer. Zum einen war das als Grenzschutz notwendig, zum anderen zu Repressionen bei inneren Unruhen. In Friedenszeiten 1, 432 Millionen Mann stark, dazu 3,12 Millionen Mann, die bei einer Mobilmachung einberufen werden konnten und eine weitere Reserve von 2 Millionen Mann machen insgesamt 6,5 Millionen Mann volle Truppenstärke (Tuchman 2004, S. 64).

1874 wurde ein Wehrgesetz erlassen, das großzügige Ausnahmen für höhere Stände gewährte. Die restlichen, benötigten Männer wurden per Losverfahren ausgewählt (Stevenson 2006, S. 86). Russland hatte ähnliche logistische Probleme wie Frankreich. Auch sie würden bei einer Mobilmachung länger brauchen als die Deutschen. Frankreich hatte ein logistisches Problem, die Reservisten ins Heer einzugliedern, während in Russland das Problem geographischer Natur war, nämlich die Reservisten aus dem weitläufigen Gebiet des Russischen Reiches in die Kasernen zu transportieren. Durchschnittlich

musste ein russischer Soldat bei einer Mobilisierung 1100 Kilometer weit transportiert werden (Tuchman 2004, S. 64). Der russische Plan rechnete einen anfänglichen Gebietsverlust mit ein, bis man das Heer im Hinterland zusammengezogen hatte und einen Gegenschlag durchführen wollte (Frankreich konnte sich so was nicht leisten). Deshalb sollte auch der französische Plan XVII Russland entlasten. Durch eine Offensive im Westen die Deutschen so lange beschäftigen, bis Russland seine Mobilisierung abgeschlossen hatte (Keegan 2001, S. 65). Russland hatte am Beginn des 20. Jahrhunderts andere Probleme. Eine Revolution und einen verlorenen Krieg gegen Japan ließen einen Staat mit leeren Staatskassen zurück. Russland war so geschwächt, dass in der Zeit von 1906 bis 1909 der deutsche Schlieffen-Plan problemlos funktioniert hätte. Danach hatten sich die Russen erholt und stellten ihrerseits den vorläufigen Mobilisierungsplan Nr. 18 auf die Beine, der Vorkehrungen für eine Offensive enthielt. Die Heeresreform von 1910 beschleunigte die Mobilmachung (Stevenson 2006, S. 87). Durch einen sensationellen wirtschaftlichen Boom nach 1909 war ein größeres Heeresbudget möglich. Noch dazu stieg in der Zeit von 1898 bis 1913 die Produktion von Roheisen um mehr als hundert Prozent, der Ausbau des Eisenbahnnetzes um 57 Prozent und der Verbrauch von Rohbaumwolle erhöhte sich um 82 Prozent. Somit hatte Russland vor 1914 überraschenderweise die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft (Ferguson 2006, S. 78). Doch erst 1910 sollte der russische Generalstab mit Plan 19 militärisch konkreter werden (Keegan 2001, S. 66), jedoch hatte auch dieser Plan anfängliche Gebietspreisgaben enthalten, was den Verbündeten gar nicht recht war. Interessanterweise beriefen die Russen jedoch jedes kaum ein Viertel der verfügbaren Männer ein (Stevenson 2006, S. 86). 1911 kam es zu zwei unterschiedlichen Varianten des Plan 19: Variante A (= Austria) und G (= Germany). 1913 startete Russland das „große Programm“, ähnlich den Wehrgesetzen in Frankreich und Deutschland, wonach binnen drei Jahren die russische, militärische Schlagkraft um 40 Prozent erhöht werden sollte (Stevenson 2006, S. 35), doch der Kriegsausbruch machte dem Plan einen Strich durch die Rechnung. Die Russen garantierten, spätestens 15 Tage nach Mobilmachung mit 800 000 Mann gegen Deutschland zu marschieren, jedoch hatten sie schlecht und zu wenig ausgebildete Offiziere und Unteroffiziere. Kamen in Deutschland auf eine Einheit zwölf Unteroffizier, so in Frankreich nur sechs und in Russland gar nur

zwei. Ein weiteres Problem war das Offizierskorps, dass aus einer Vielzahl an bejahrten Generälen bestand, deren anstrengendste geistige Tätigkeit das Kartenspielen war und die ohne Leistungsüberprüfung auf der Liste der einsatzfähigen Aktiven standen, damit ihnen ihre Hofcharge und ihr Prestige erhalten blieb. Ein englischer Offizier zeigte sich entsetzt über das russische Offizierskorps, der ihre Trägheit und mangelnden sportliche Begeisterungsfähigkeit kritisierte, als er nahe der afghanischen Grenze beim Besuch einer russischen Garnison keinen Tennisplatz vorfand (Tuchman 2004, S. 67). Plan 19 basierte auf der korrekten Annahme, dass die Deutschen zunächst gegen Frankreich aufmarschieren würden, weshalb die Version von 1910 vier Armeen gegen einen deutschen Angriff vorsah. Widerstand gab's von denen, die gegen Österreich marschieren wollten, weshalb 1912 ein Kompromiss geschlossen wurde, wonach jeweils 2 Armeen in die Aufmarschgebiete Preußen und 4 Armeen nach Galizien entsendet werden sollte, was einer eklatanten Schwächung des Heeres gleichkam. Insofern sah sich auch Russland mit einem Zweifrontenkrieg konfrontiert (Bourne 2003, S. 354). Nichtsdestotrotz hatte die russische Armee 1914 beachtliche Fortschritte in der Wiederbewaffnung getätigt, war aber noch lange nicht kriegsbereit (Stevenson 2006, S. 87). Ebenfalls 1914 wurde Plan 20 vorgestellt, der eine stärkere Doppeloffensive gegen die Donaumonarchie und das deutsche Kaiserreich vorsah (ebenda, S. 88). Für diese plötzlichen Zusicherungen an die Verbündeten der anfangs sich zierenden Russen gab es drei Erklärungen:

- Durch das neue Haushaltsprogramm des Kriegsministers Suchomlinov hatte sich das Zarenreich von der Niederlage gegen Japan weitgehend erholt.
- Keegan bezeichnet „irreführende Informationen“ als zweiten Grund, und spielt hierbei vor allem auf die Redl-Affäre an. Die Informationen Redls waren aber ganz und gar nicht irreführend sondern äußerst zutreffend.
- Ein Sieg der Mittelmächte gegen die Westmächte hätte Russland allein dastehen lassen und somit wäre es wahrscheinlich dem Untergang geweiht gewesen.

(Keegan 2001, S. 67).

Doch Russland sollte ein Klotz am Bein der Alliierten bleiben. So hatten sie zum Beispiel viel zu wenig schwere Artillerie, nur 4-5 Millionen Gewehre, die zwar für eine Mobilmachung ausreichten, jedoch nicht für einen länger dauernden Konflikt (Stevenson 2006, S. 87). Russland und die Donaumonarchie hatten politisch zwei gleichartige Probleme: Zar Alexander beschloß, seinen Sohn und Nachfolger Nikolaus nicht vor dessen dreißigsten Geburtstag in die Regierungsgeschäfte einzubinden. Er überschätzte seine eigene Lebensdauer und starb als Nikolaus sechszwanzig war. Bei Kriegsausbruch war der nunmehrige Zar sechszwanzig und hatte in der Zwischenzeit nichts dazugelernt, und wenn er den Eindruck eines unerschütterlichen Menschen machte, so war das Großteils Apathie (Tuchman 2004, S. 67). Wie Franz Joseph, der Franz Ferdinand nicht in die Regierungsgeschäfte einband.

4.4.4. Großbritannien

Überraschenderweise hatten sogar die Briten einen Plan. Wie vorhin angemerkt entschied das Committee of Imperial Defense (Verteidigungsausschuss) gemeinsam mit dem französischen Generalstab die Entsendung eines Expeditionsheeres nach Frankreich im Kriegsfall. 1906 wurden Pläne für eine Truppenentsendung nach Belgien ausgearbeitet, jedoch verweigerte der belgische König den Briten den Zutritt zum Land. Seit 1908 wurde der britische Plan immer wieder aktualisiert und eingeübt. 1911 unterstützte Henry Wilson als Leiter der Operationsabteilung den französischen Generalstabschef Joffre. Groß sollte das britische Heer nicht sein, denn wegen der Ausgaben für die britische Flotte und dem allgemeinen Widerstand in der britischen Bevölkerung gegen die allgemeine Wehrpflicht bestand das britische Heer nur aus sechs Divisionen (Keegan 2001, S. 72). Der Plan war einem überdimensionalen globalen britischen Sicherheitsengagement entsprungen (Bourne 2003, S. 354). Da es eine Insel ist, konnten die Briten auch noch selbst entscheiden, wie viel Krieg sie wollten. Die Festlandmächte hatten nicht den Luxus, durch eine Salzwassergrenze geschützt zu sein, so beruhte ihre Sicherheit auf ihren Heeren (Keegan 2001, S. 73).

4.4.5. Fazit

Im Jahr 1914 ergab sich dann die Situation, dass ein Heer, das nicht losschlug, noch während der Mobilmachung zerschlagen hätte werden können. Ein Plan, den

die Mittelmächte für Russland in der Schublade hatten, auch wenn sie Defensivverhalten propagierten. Wenn ein Heer nach abgeschlossener Mobilmachung nicht angriff, so deckte es seine Karten auf und verzichtete auf den operationsplanmäßigen Vorteil. Die Problematik dieses Versagens stellte sich schlussendlich für das Deutsche Reich. Wenn es nicht zur Offensive übergang, sobald die Soldaten an den Entladungspunkten angekommen waren, würde die ungleiche Kräfteverteilung zwischen Ost- und Westfront offensichtlich. Vor allem durch eine Truppenkonzentration in Belgien würde der Schlieffenplan aufgedeckt, Frankreich könnte seinen riskanten Plan XVII noch rechtzeitig zurückziehen, Russland könnte mit einer Übermacht in Ostpreußen einfallen und Österreich-Ungarn wurde die undankbare Aufgabe auferlegt, Mitteleuropa allein zu verteidigen (Keegan 2001, S. 74). Deutschland hatte auch eingeplant, gleichzeitig mit der Mobilisierung die belgische Stadt Lüttich anzugreifen, ohne etwas davon dem Kanzler zu sagen. Auch hier also ein krasses Beispiel fehlender militärischer und ziviler Koordination (Stevenson 2006, S. 37). Die Deutschen verfolgten also das Ziel, Frankreich in wenigen Wochen zu schlagen und dann in einem zweiten Blitzkrieg im Osten gegen Russland vorzugehen. Österreich-Ungarn verfolgte das gleich Konzept am Balkan, sowie England, dass den Erfolg von einer energischen und kraftvollen Offensive abhängig machte (Berghahn 2006, S. 39). Nun sollte man angesichts der vorgelegten Tatsachen annehmen, dass die Strategie der Bündnispartner bei Kriegsausbruch bis ins kleinste Detail abgesprochen war. Rauchensteiner meint dazu, dass es genau das Gegenteil war. Die militärischen Planungen stellten sich als Schwachstelle in den Bündnissen heraus. Es war zwar ein Rahmen geschaffen worden, jedoch war das Misstrauen gegenüber den Bündnispartnern derart groß, dass man wirklichen Einblick in die Planungen nicht gestattete. Interessanter Aspekt, dass Deutschland Italien gewissen Einblick gewährleistete, während das für Österreich-Ungarn gar nicht in Frage kam! Genauso wenig wie umgekehrt für Italien. Ein weiteres Problem stellte die Kommunikation dar. Zwischen der Donaumonarchie und dem deutschen Reich herrschte lange Zeit sogar ein gewisses Maß an Abneigung in den höchsten militärischen Stellen. Erst unter dem jüngeren Moltke kam es wieder zu einer Annäherung. Doch die beiden Heere wussten zu wenig voneinander, so hatte Hötendorf keine Ahnung, dass Deutschland plante, die Neutralität Belgiens zu verletzen (Rauchensteiner 1997, S. 51). Andererseits verschwieg Österreich-

Ungarn dem Bündnispartner die Redl-Affäre, da man auf Spott der Deutschen verzichten konnte. Da der Oberst Redl die k.u.k. Aufmarschpläne an Russland verkaufte, dies aber beim Verhör verschwieg, ist die Annahme, dass die Misserfolge der Truppen der Donaumonarchie am Beginn des Weltkriegs im Osten und auch gegen Serbien auf dessen Machenschaften zurückzuführen sind, nicht unzulässig (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 109/112).

Europaweit spukte jedoch der Präventivkriegsgedanke in den Köpfen der Militärs. Hötzendorf, seit Jahren Befürworter eines Präventivkriegs gegen Serbien und Italien, hatte jedoch einen mächtigen Gegenspieler: Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Dieser hatte Hötzendorf lange Zeit gefördert, machte ihn zweimal zum Chef des Generalstabs. Im Jahr 1913 jedoch vermehrten sich die Reibereien zwischen den beiden. Hötzendorf jedoch war, wie die meisten anderen k.u.k. Generale, ein Kind seiner Zeit, mit den Lehren von Clausewitz und Sun Tsu aufgewachsen, dass ein Staat nur durch eine militärische Offensive einer Verschlechterung seiner Zukunftsaussichten entgegenwirken könne (Rauchensteiner 1997, S. 60). Hinter den Präventivkriegsplänen der Generalstäbe steckte einerseits professionelles militärisches Denken, das den Krieg mit der Normalität gleichsetzte, andererseits die Einstellung und Überzeugung, dass man der Öffentlichkeit gegenüber auf keinen Fall Schwäche zeigen und Nachgiebigkeit an den Tag legen durfte. So gesehen verknüpfte sich die Präventivkriegsfrage mit der Erhaltung des bestehenden politischen Systems und der Selbstbehauptung der konservativen Führungseliten (Mommssen 2004, S. 32).

5. Beginn des Weltkriegs

Dieses Kapitel basiert zum Großteil auf den Ausführungen von Manfred Rauchensteiner, beziehungsweise auf seinem Standardwerk über den Ersten Weltkrieg „Der Tod des Doppeladlers – Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg“.

Fassen wir noch mal zusammen: Österreich-Ungarn hat eine wirre politische Zeitspanne hinter sich. Die gesellschaftlichen, militärischen und politischen Zeichen deuteten auf Krieg. Doch auch die soziale Komponente des Krieges hat

sich verändert. Auch wenn man vor 1914 ein ganzes Korpus international ratifizierter Abkommen zum Schutz von Kombattanten und Zivilisten im Krieg geschaffen hätte, wurden diese Regeln nach Kriegsausbruch sofort wieder ignoriert (Stevenson 2006, S. 14). Ein interessanter Aspekt in Österreich-Ungarn war die Rüstung, die zu dieser Zeit Hochkonjunktur hatte, unter anderem auch deswegen, da sie sehr exportorientiert war. Hauptabnehmer der Steyr-Werke waren zum Beispiel die Balkanstaaten, Türkei und Südamerika. Noch im Frühjahr 1914 wurden 200.000 Gewehre nach Serbien geschickt! Die Skoda-Werke, im tschechischen Pilsen beheimatet, mit der Hauptverwaltung in Wien, halfen gemeinsam mit den französischen Schneider-Creuzot-Werken beim Ausbau der russischen Putilow-Werke und standen damit in Konkurrenz zu den deutschen Krupp-Werken. Skoda produzierte mit französischem Geld Mörser, die an den belgischen und französischen Forts an der Westfront eingesetzt wurden, während die Putilow-Werke Kriegsmittel produzierten, die gegen die österreichisch-ungarische Armee an der Ostfront Verwendung fanden (Rauchensteiner 1997, S. 38/39). 1913 gab die gesamte Tripe-Entente zusammengekommen 246,2 Millionen Pfund Sterling, Deutschland und Österreich-Ungarn 118,4 Millionen Pfund Sterling für die Rüstung aus. Von 1890 bis 1913 stiegen die Verteidigungshaushalte der Bündnisse um 164,2 Prozent (Triple Entente) bzw. 158,5 Prozent (Zweibund) (Berghahn 2006, S. 14/15).

Die anhaltenden, internationalen Spannungen hatten das Klima verschlechtert beziehungsweise Unsicherheit geschaffen, wovon die Armee mit dem Kriegsleistungsgesetz profitierte. Nun war die Militarisierung der Gesellschaft für den Ernstfall sichergestellt, das geltende Regelsystem würde außer Kraft gesetzt und den Bedürfnissen der Armee entsprechend umgestaltet werden (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 118).

Es sollte eine merkwürdige Situation sein. Stefan Zweig schrieb in dem Buch „Die Welt von gestern“ über die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, dass es eine Zeit des Aufbruchs gewesen sei. Jüngere rasierten sich die Bärte, die Älteren folgten, um wieder jünger zu wirken, Frauen warfen die Korsetts weg, kürzten die Röcke für mehr Beinfreiheit beim Tennis und wagten sich beim Reiten in den Herrensattel. Zweig hatte damals den Eindruck eines geeinten Europas. Als der erste Zeppelinflug in einer Katastrophe endete, weinte ganz Europa mit den Deutschen. Zweig beschrieb das so: „Wir jauchzten in Wien, als Berliot den Ärmelkanal

überflog, als wäre es ein Held unserer Heimat; aus stolz auf die sich stündlich überragenden Triumphe unserer Technik, unserer Wissenschaft war erstmals ein europäisches Gemeinschaftsgefühl, ein europäisches Nationalbewusstsein im Werden.“ (Zweig 2006, S. 227) Experten meinen, dass die Interdependenz zwischen den Staaten selbst höher war, als sie zum Teil heute noch ist. Doch seit Jahren hatte sich das Bündnissystem zwischen Mächten erstarrt. Es breitete sich in weiten Kreisen eine fatalistische Stimmung der Kriegserwartung aus. Bei den konservativen Eliten und Militärs kam zusätzlich die Erwägung ins Spiel, dass es im Kriegsfall möglich sein könnte, die sozialdemokratische Bewegung zu zerschlagen. Darum bedurfte es eines Konflikts niedriger Stufe um den angehäuften Zündstoff innerhalb des europäischen Mächtesystems zur Explosion zu bringen. Und dies sollte im Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und dessen „unstandesgemäße“ Gattin Sophie seine Erfüllung finden (Mommsen 2004, S. 38). Dabei erfreute sich Europa im Sommer 1914 noch einer friedlichen Produktivität, die stark auf dem internationalen Warenaustausch und die Zusammenarbeit basierte, sodass ein Krieg, wegen der wirtschaftlichen Interdependenz, unmöglich schien. Norman Angell beschrieb diese Situation in seinem Werk „The Great Illusion“ und wurde dafür nach dem Krieg von vielen in der Luft zerrissen. (Keegan 2001, S. 21).

5.1. Ein Attentat verändert das Gesicht Europas

1914 veränderte sich die politische Lage Österreich-Ungarns wieder. Der Thronfolger Franz Ferdinand grübelte, wie berichtet, über eine trialistische Herrschaft mit Deutschen, Ungarn und der slawischen Elite. Diese wären damit zufriedengestellt gewesen, jedoch hätten beide Lösungen einen Machtverlust Ungarns dargestellt, weswegen der Erzherzog eher wieder einem zentralistischen Modell unter deutsch-österreichischer Vorherrschaft Vorzug gab (Strachan 2004, S. 24). Wegen des neuerlich aufflammenden Nationalitätenkonflikts schritt Ministerpräsident Stürgkh zur Tat: Im März 1914 vertagte er den Reichsrat, um durch Notverordnungen autoritär zu regieren, nicht ohne Erfolg (Jerabek 2003, S. 912).

In all dem auf und ab in der Politik der Doppelmonarchie ging ein Ereignis völlig unter, was einer gewissen Ironie nicht widerspricht. So sollte 1914 in Wien der 21.

Weltfriedenskongress unter der Schirmherrschaft des Hauses Habsburg und mit diversen hochrangigen Politikern stattfinden. Alfred Hermann Fried überredete die Präsidentin der österreichischen Friedensgesellschaft und Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner dazu, den Kongress zu organisieren. Gewiss Paradox: Waren in Wien nicht nur die größten Kriegsbefürworter, sondern auch die größten Kriegsgegner zuhause. Am 21. Juni jedoch starb Bertha von Suttner an Krebs. Die Vorbereitungen auf den Friedenskongress gingen weiter, bis sie der Ausbruch des Weltkriegs ad absurdum führte (Rauchensteiner 1997, S. 61). Eine Woche zuvor weilte Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt, wo er den deutschen Kaiser Wilhelm II. traf. Dort wurde aber kein Kriegsrat gehalten, obwohl im Gefolge beider Männer hochrangige Militärs aufschienen. Der Thronfolger äußerte Bedenken über ein militärisches Eingreifen am Balkan, da dies Russland auf den Plan rufen würde. Der deutsche Kaiser wiederum weigerte sich, bedingungslose Unterstützung zu gewährleisten. Nach dessen Abreise gab Außenminister Berthold die vorhin schon erwähnte Matscheko-Denkschrift in Auftrag (Strachan 2004, S. 25). Der Thronfolger plante indessen eine Reise zum Manöver des k.u.k. XVI. Korps in Bosnien und Herzegowina, dem er als Generalinspekteur der gesamten bewaffneten Macht, der er seit 1909 war, beiwohnen wollte. Auch auf Bestreben des Landesbefehlshaber des annektierten Gebiets, Feldzeugmeister Oskar Potiorek, der meinte, man müsse etwas für das Ansehen des Herrscherhauses tun (Rauchensteiner 1997, S. 63). Dem Thronfolger war aber durchaus bewusst, dass die Reise nicht ungefährlich war. Vor allem seit den Balkankriegen war in Bosnien eine serbische Terrororganisation mit Namen „Schwarze Hand“ aktiv, die gegen die Monarchie agitierte. Inspiration erhielten sie von den anarchistischen Methoden und Ideen des Russen Bakunin und hatten das Ziel, ein Großserbisches Reich zu errichten (McGuigan 1994, S. 603). Von den schlussendlich sieben Attentätern waren sechs bosnische Serben und ein Moslem aus Herzegowina beteiligt, die sich alle mit dem subversiven Nachbarstaat Serbien identifizierten, genauso wie mit den Zielen der „Mlada Bosna“ (=Jung-Bosnier), die ebenfalls die Zerstörung des Habsburgerreiches planten. Organisiert und geplant wurde es jedoch von der „Schwarzen Hand“ oder auch „Vereinigung oder Tod“ genannt, unter der Führung des serbischen militärischen Geheimdienstchefs, Dragutin Dimitrijevic, genannt „Apis“, der mit Attentaten schon

seine Erfahrung hatte, war er doch 1903 am blutigen Putsch gegen das serbische Obrenovic-Herrscherhaus beteiligt gewesen (Rauchensteiner 1997, S. 65). Durch das Attentat 1914 wurde die Ehre der schwächsten und empfindlichsten Großmacht in Europa tief verletzt.

In Chicago hatte schon 1913 eine serbische Zeitung angekündigt: „Der österreichische Thronfolger hat für das Frühjahr einen Besuch in Sarajewo angesagt. Jeder Serbe möge sich das merken. Wenn der Thronfolger nach Bosnien will, bestreiten wir die Kosten.... Serben, ergreift alles, was ihr könnt, Messer, Gewehre, Bomben und Dynamit. Nehmt heilige Rache! Tod der Habsburgerdynastie.“ (McGuigan 1994, S. 603). Obwohl der Thronfolger gewarnt wurde, und es schon in den Jahren 1902, 1906 und 1910 Attentate in Sarajewo gab, weigerte er sich, sich unter einen Glasschutz zu stellen. Selbst der Vizepräsident des bosnischen Nationalrats riet von der Reise ab, da sie zu riskant war, der Chef des militärischen Geheimdienstes, August von Urbanski hatte Bedenken. Doch dies war nichts Neues. Vor jedem Staatsbesuch gab es im üblichen Rahmen „Bedenken“ vor Gefahren. Attentatsgerüchte waren vor allem in Bosnien inflationär. Hohe k.u.k Beamte waren ebenso potentielle Opfer wie Mitglieder des Herrscherhauses. Als gefährdet galt in Prinzip jeder Prominente, der in irgendeiner Weise das Habsburgerreich repräsentierte (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 119). Das alles schien in dieser Epoche kein ungewöhnlicher Umstand, in der Fanatiker oder Geistesgestörte, einen russischen Zaren, eine österreichische Kaiserin oder einen amerikanischen Präsidenten ermordet hatten (Keegan 2001, S. 80).

Es war also egal, wer nach Sarajewo kam, jede hochrangige Persönlichkeit aus Wien war in Gefahr, ja selbst der Tag war wenig entscheidend, obwohl im Nachhinein in den Termin allerlei hineininterpretiert wurde. Der 28. Juni ist der sogenannte „Vidovdan“, der Veitstag. An diesem Tag verloren die Serben 1389 gegen die Osmanen bei der Schlacht am Amselfeld. Als man den Termin für das Manöver, dass der Erzherzog besuchen wollte, festlegte, waren Hauptgründe: Jahreszeit, Ausbildungsstand der Truppen sowie die Übungsannahme (Rauchensteiner 1997, S. 64). Der Besuch, der am 24. Juni begann, verlief relativ ruhig. Der Thronfolger verfolgte das Manöver während seine Gattin Schulen, Waisenhäuser und dergleichen einen Besuch abstattete (McGuigan 1994, S. 604).

Bis zum 27. Juni wurde der Thronfolger von Hötzendorf begleitet, ehe dieser nach Karlovac weiterreiste. Bis heute ist unklar, warum.

Am Vormittag des Sonntags, 28. Juni 1914, fuhr das Paar Richtung Rathaus. Hier kam es zum ersten Attentat: Eine Bombe wurde auf den Wagen des Thronfolgers geworfen, prallte jedoch vom Dach ab und explodierte vor dem Wagen dahinter. Dabei wurde ein Adjutant und mehrere Schaulustige verletzt. Franz Ferdinand zeigte sich empört, stimmte jedoch dem Vorschlag zu, die Route zu ändern um den verletzten Adjutanten im Krankenhaus zu besuchen. Bei einem Wendemanöver blieb der Wagen auf der „Lateinerbrücke“ über die Milijacka direkt vor dem Studenten Gavrilo Princip stehen. Der erschoss den Thronfolger und seine Frau mit zwei Pistolenschüssen.

Der 19-Jährige Student verstand sein Tat als Tyrannenmord und sah sich selbst in der Tradition des Milos Obilic, welcher der Legende nach 1389 in das osmanische Lager eindrang und den Sultan Murat ermordete. Auch er, als Mitglied der „Mlada Bosna“, hatte Ideen aus dem russischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts übernommen, der häufig zum Mittel des Anschlags griff (Höpken 2003, S. 781). Keiner der Attentäter konnte ahnen, welchen Weltenbrand er auslöste.

Dragutinovics Ziele waren viel bescheidener, als den Zusammenbruch Europas heraufzubeschwören. Er wollte ein Zeichen setzen für die Südslawen der Monarchie und die serbische Regierung unter Druck setzen, gegen die Forderungen Österreich-Ungarns aufzustehen und zu widersetzen. Ein weiteres Nachgeben würde den Einfluss auf die Südslawen mindern. In dieser Hinsicht dachte er ähnlich wie Hötzendorf, nur in umgekehrter Sichtweise. Aber dass eine härtere Politik gegen Wien irgendwann mal Krieg bedeuten musste, hätte gerade ihm klar sein müssen (Rauchensteiner 1997, S. 65). Matschekos Denkschrift erhielt nun einen völlig neuen Bewertungsgrund. Unter dem Standpunkt, dass die Lage in den südslawischen Gebieten Österreich-Ungarns zunehmend unhaltbarer geworden war, hatte man in Wien schon länger die Ansicht vertreten, dass ein friedlicher Ausgleich mit dem südslawischen Irredentismus mit dem Österreich-Ungarischen Staatsgedanken nicht zu erreichen sei (Mommsen 2003, S. 272). Berthold schrieb an den deutschen Botschafter, dass Serbien absichtlich Jugendliche zur Ausübung des Attentats aussuchte, gegen die nur mildere Strafen verhängt werden können und dass die Fäden dieses Komplotts nach Belgrad reichen und Serbien, als Angelpunkt der panslawistischen Politik, als Machtfaktor

am Balkan ausgeschaltet werden müsse. Damit irrte er zwar, jedoch war der Grundtenor auch in den anderen Hauptstädten Europas ein ähnlicher, und zwar das Serbien hinter dem Anschlag steckte (Strachan 2004, S. 27). Dort hatte Ministerpräsident Nikola Pasic auf Grund des bevorstehenden Wahlkampfes andere Sorgen, jedoch wusste er Anfang Juni schon von den Attentatsplänen und setzte nur unzureichende Mittel in Bewegung, um die Ausführung zu verhindern. Die Stimmung in Österreich-Ungarn war nach bekannt werden des Todes des Thronfolgers gemischt. Sie reichte von Wut, Trauer, Aggression und Zorn bis zu Freude. Freude dadurch, da der Thronfolger ja nicht nur Freunde hatte. Überwiegend hatte aber wohl Entsetzen und Rache. Für Conrad von Hötzendorf war das Attentat ein gefundenes Fressen. Er bezeichnete es als „Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn“ (Rauchensteiner 1997, S. 66). Am 30. Juni forderte Außenminister Berchthold die endgültige Abrechnung mit Serbien. Zum wohl ersten Mal seit seinem Amtsantritt 1906 sah sich Hötzendorf in voller Übereinstimmung mit dem Außenministerium. Er hatte zwar noch nie einen Krieg gekämpft, aber ausgiebig studiert (Strachan 2004, S. 28). Auch die Regierung, allen voran Ministerpräsident Stürgkh forderten rückhaltlos den Krieg gegen Serbien. Vor allem Stürgkh soll ein treuer Verbündeter Hötzendorfs bleiben (Jerabek 2003, S. 912). Interessant ist die Aussage des Generalstabchefs, zitiert in einem Buch von Gerhard Ritter „Staatskunst und Kriegshandwerk“, wo Hötzendorf zitiert wird: „Im Jahre 1908/09 wäre ein solcher Krieg ein Spiel mit aufgelegten Karten gewesen, 1912/13 ein Spiel mit Chancen, jetzt ist es ein Vabanquespiel“ (Heydte 1993, S. 92).

Das Begräbnis für das ermordete Thronfolgerpaar in Artstetten ging in aller Eile von statten, man wollte kein großes Aufsehen, weswegen man keine Einladungen an die europäischen Fürsten schickte. Das Begräbnis war einem Erzherzog nicht würdig, man verzichtete auf eine Protokolle. Man wollte sich durch eine zu große, internationale Adelsversammlung nicht in den „Kriegsvorbereitungen“ beirren lassen. Vor allem das Außenministerium wollte weder den russischen Zaren, noch das britische Königshaus, noch den französischen Staatspräsidenten in Wien haben. Die politischen und militärischen Zeichen in Wien waren so eindeutig auf Krieg gestellt, dass der ungarische Ministerpräsident Tisza sich genötigt sah, am 1. Juli den Kaiser aufzusuchen. Er informierte ihn über die allgemeine Kriegsstimmung und äußerste Besorgnis. Jedoch war dem Kaiser diese Stimmung

wohl bewusst. Er war, wie 1913 nach den Balkankriegen, dazu bereit gegen Serbien Krieg zu führen, auch wenn das einen gesamteuropäischen Konflikt auslösen würde. Und er billigte die Entscheidungen seiner politischen und militärischen Berater. Der gemeinsame Finanzminister, Ritter von Bilinski sagte in einem Gespräch mit dem Journalisten Kanner, dass der Krieg schon früh beschlossen wurde. Man darf aber auch nicht außer Acht lassen, dass die wichtigsten Entscheidungsträger in der österreichischen Außenpolitik ihre diplomatischen Erfahrungen in Russland, Serbien oder sonst wo am Balkan gesammelt hatten, also seit Jahren Bestandteil der Balkanpolitik der Donaumonarchie waren (Rauchensteiner 1997, S. 68). Wie sollte man sonst einem Staat trauen, der Versprechungen und Verträge brach, rücksichtslose Machtpolitik betrieb und dem scheinbar mit den Mitteln einer Politik ohne Krieg nicht beizukommen war? Berchthold wurde auf Grund seiner Russland-Erfahrung Außenminister und fühlte sich vor allem durch seine gescheiterten Ausgleichsverhandlungen mit Serbien bloßgestellt. Conrad von Hötzendorf sammelte seine einzige kriegsrische Erfahrung 1878 beim Feldzug gegen Bosnien-Herzegowina. Er sah zwar den günstigsten Zeitpunkt für ein Vorgehen gegen Serbien schon verstrichen, jedoch war es immer noch möglich. Es hing alles davon ab, wie schnell Russland kriegsbereit sein konnte und ob sie als Schutzmacht Serbiens auftreten werden. Dass Finanzminister Bilinski, der auch Verwalter von Bosnien und Herzegowina war, und Chef der Militärverwaltung in dem annektierten Gebiet, Feldzeugmeister Oskar Potiorek, für den Krieg waren, ist logisch, wurden ihnen doch nach dem Attentat viele Vorwürfe gemacht, dass sie nicht ausreichend Schutz geboten hatten. Die beiden wollten sich in dem Krieg rehabilitieren (Rauchensteiner 1997, S. 69).

Was Österreich-Ungarn in seiner Vorgehensweise noch bestärkte war, dass bis zum 2. Juli drei Attentäter ein vollständiges Geständnis abgelegt hatten, dass sie vom serbischen Militär mit Waffen aus der Kaserne Kragujevac ausgestattet wurden und sie von serbischen Grenzpolizisten durchgeschleust wurden (Keegan 2001, S. 81). Auch wurden die Morde vom serbischen Ministerpräsidenten Nikola Pasic nicht verurteilt (Stevenson 2006, S. 24).

Um die folgenden Ereignisse, die als „Julikrise“ in die Geschichte eingehen sollten, voll zu begreifen, möchte ich drei, von Volker Berghahn, ausgearbeitete Grundfaktoren präsentieren:

- Wie bei den meisten schweren Krisen dieser Zeit gab es unter den Verantwortlichen auch im Juli 1914 erhebliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich politischer Strategie und Taktik. Auch wenn der Kreis der Entscheidungsträger sich auf ein Minimum an Personen beschränkte, bestand gerade einmal überall Einstimmigkeit, als der Mobilmachungsbefehl ausgeben wurde. Bis dahin gab es große Auseinandersetzungen.
- Das mag keinesfalls entschuldigend gemeint sein, jedoch kannten diese Entscheidungsträger weder die Zukunft noch hatten sie, ähnlich wie die Attentäter von Sarajewo, die Folgen ihrer Beschlüsse voll erkannt. Das führte zu der Neigung, unnötige, ja sogar illusorische Risiken einzugehen.
- Vor 1914 konnte man nicht wie am Schachbrett verschiedene Optionen als Szenarien vorweg systematisch durchspielen, um die Reaktion des Gegners auf die eigene Strategie hin auf Tauglichkeit zu überprüfen, um sie nachher zu modifizieren. Das sieht man auch am starren Festhalten der Großmächte an den dargelegten Aufmarschplänen, die Großteils jeglicher Grundlage entbehrten.

(Berghahn 2006, S. 30).

Berchthold wurde ungeduldig, jedoch ließ ihm der Kaiser ausrichten, dass er erst nach einem erneuten Zusammentreffen mit Tisza entscheiden möge.

Die Sache aber kam langsam ins Rollen. Kaiser Franz Josef hatte Sorgen, dass die Deutschen und Rumänen im Kriegsfall Österreich im Stich lassen würden. Zu diesem Zweck stimmte er einer Entsendung des Grafen Alexander von Hoyos nach Berlin zu (Berghahn 2006, S. 31).

Am 4. Juli schickte Außenminister Berchthold seinen Kabinettschef Graf von Hoyos mit der von ihm veränderten Matscheko-Gedenkschrift nach Berlin. In der Denkschrift ersuchte er jetzt unter anderem „die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien“ anzuerkennen und fuhr fort, dass es für die Habsburgermonarchie „eine gebieterische Notwendigkeit (sei), mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netz über ihrem Haupte verdichten.“ Mündlich wies er Hoyos noch darauf hin, dass

Wien von Belgrad Garantien verlangen würde, und sollten die abgelehnt werden, so werde die Donaumonarchie zur militärischen Tat schreiten (Keegan 2001, S. 83). Am 5. Juli trat Hoyos in Berlin mit Kaiser Wilhelm II., dem deutschen Kanzler Bethmann-Hollweg, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Jagow und dessen Untersekretär Arthur Zimmermann zusammen, wo die Denkschrift diskutiert wurde. Hier unterlief Hoyos ein entscheidender Fehler, der auch auf Bertholds mangelnde Instruktionen zurücklief. Auf die Frage des Bündnispartners, was den mit Serbien nach dessen Niederschlagung durch die Österreich-ungarischen Waffen geschehen sollte, leistete sich Hoyos die Eigenmächtigkeit und antwortete, dass zweckmäßigerweise das kleine Königreich zwischen Rumänien und Bulgarien aufzuteilen sei (Rauchensteiner 1997, S. 71), Berchthold dachte unausgesprochen ebenfalls an eine Verkleinerung Serbiens zugunsten der anderen Balkanländer, während Hötzendorff an eine Einbeziehung ganz Serbiens in den österreichisch-ungarischen Staatenverband dachte (Mommsen 2003, S. 275).

Hoyos sollte sich später rechtfertigen, dass die Deutschen nur ein klar formuliertes Ziel haben wollten. Berlin sagte Österreich-Ungarn die Unterstützung zu, eine Balkanliga unter der Führung Bulgariens aufzubauen. Was die Doppelmonarchie in Serbien anstellte, war ihre Sache, jedoch konnte man bei einem Eingreifen Russlands auf die deutsche Unterstützung zählen (Strachan 2004, S. 31). Die Strategie der Habsburgermonarchie war ebenso eindeutig wie kurzfristig: Krieg gegen Serbien unter deutscher Rückendeckung, selbst wenn dadurch ein europäischer Krieg entfacht werden würde (Mommsen 2003, S. 275).

Wilhelm II. meinte über den Schlag gegen Serbien: „Jetzt oder nie!“ Dabei kam es seitens der Deutschen zu zwei Fehlkalkulationen.

- Dass sich die Wiener schnell auf den Text eines Ultimatums einigen würden und bei einer Weigerung schnell kriegsbereit sein würden. Beide Annahmen stellten sich als falsch heraus.
- Man rechnete nicht mit der Opposition Tiszas gegen ein hartes Ultimatum wodurch sich alles noch länger hinauszögerte. Hier erhält man einen erneuten Beweis dafür, wie unsystematisch man im Juli 1914 vorgegangen wurde.

(Berghahn 2006, S. 33).

Jedoch lag die unmittelbare Bedeutung der Entscheidung darin, wie sie Hoyos bei seiner Rückkehr nach Wien verkaufte. Bei seinem Eintreffen vor dem Ministerrat in Wien am 7. Juli stellte das Ganze so dar, als dränge Deutschland zum Handeln. Er spielte beide Seiten gegeneinander aus (Strachan 2004, S. 33). Mit der Konsultation des deutschen Kaisers wurde aber ihm die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände gespielt. Der deutsche Botschafter in Wien warnte die Regierung vor übereiligen Schritten, sprach mit Berchthold sehr zurückhaltend und heizte in keinster Weise die Stimmung an (Rauchensteiner 1997, S. 73), jedoch war man in Berlin mittlerweile zur Ansicht gekommen, dass man sich der militärischen Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht in den Weg stellen wollte. Nicht „Nibelungentreue“ und schon gar nicht dynastische Solidarität waren die Motive für diese folgeschwere Entscheidung, sondern höchst komplizierte Erwägungen die allgemeine politische und militärische Situation der Mittelmächte betreffend. Vor allem war man sich sicher, dass Russland noch nicht die volle militärische Leistungsfähigkeit errungen hatte. Und sollten die Militärs mit ihrer Beurteilung Russlands Recht behalten, dann war es unverantwortlich, die Gunst der Stunde einfach vorübergehen zu lassen (Mommsen 2003, S. 276/277). Darin waren sich die Regierungen in Berlin und Wien einig. Tisza überlegte zuerst in die Richtung, dass man Verwicklungen mit Italien aus dem Weg gehen musste, sich die Sympathien Englands sichern musste und Russland als „Kriegszuschauer“ zu degradieren. Zu diesem Zweck musste in entsprechender Form und Zeit eine Erklärung abgegeben werden, dass man weder die Vernichtung noch die Annektierung Serbiens plante, abgesehen von strategisch vorteilhaften Grenzregulierungen (Rauchensteiner 1997, S. 75). Noch dazu, da Serbien auf dem Balkan als Außenseiter galt, seit des brutalen Putsches gegen das Königshaus 1903. Italien, das denselben Küstenteil der Adria begehrt wie „Großserbien“, hätte die Doppelmonarchie sicher nicht daran gehindert, Belgrad zu bestrafen. Frankreich war zwar Waffenlieferant an Serbien, konnte aber ansonsten nichts für sie tun, Großbritannien war der Balkan egal. Wäre Österreich sofort militärisch vorgegangen, wäre Serbien wohl strategisch genauso isoliert gewesen, wie zu diesem Zeitpunkt moralisch (Keegan 2001, S. 84). Das Resultat der Überlegungen der Mittelmächte war jedoch schlussendlich, dass ein Krieg gegen Serbien Russland sowieso tangieren werde. Ein lokaler

österreichisch-serbischer Krieg sollte demnach den Kriegswillen Russlands testen. Der Westen würde ruhig bleiben, abgesehen von Frankreich als russischer Bündnispartner, als müsse auch gegen Frankreich vorgegangen werden. Wien und Berlin erwarteten einen Rückzug Russlands, da diese mit ihrem Rüstungsprogramm noch nicht fertig waren. Sollten das Zarenreich jedoch auf einer militärischen Intervention zugunsten seines Schützlings Serbien bestehen, so wurde erwartet, dass sowohl Frankreich und England nicht mitziehen würden, da der Balkan sie wie gesagt nur peripher tangierte. Vor der Weltöffentlichkeit hätten die Mittelmächte dadurch die Gelegenheit gehabt, Russland als Kriegstreiber hinzustellen, wodurch es möglich gewesen wäre, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren und die Entente über dieses Manöver auseinander zu brechen (Mommsen 2003, S. 277).

Typisch für die Habsburgermonarchie war, dass sie sich der drohenden Gefahr eines großen Krieges auch in den Aufmarschplänen blind stellte und, obwohl man vertraglich dazu verpflichtet war Italien ins Vertrauen zu ziehen und bei einer Eroberung Serbiens gegebenenfalls Kompensationen anbieten müsste, lehnte man es von vornherein ab, mit Rom über die eigenen Pläne zu sprechen (Mommsen 2003, S. 275). Im gemeinsamen Ministerrat Österreich-Ungarns sprach sich zu dem Zeitpunkt nurmehr Tisza gegen den Krieg aus. Doch nach dem Ergebnis der Hoyos-Mission schwang auch er in seiner Ansicht um. Ministerpräsident Stürgkh sah sowieso eine Situation eingetreten, „die ... unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindränge.“ (Rauchensteiner 1997, S. 74). Aus den Protokollen des Ministerrat ist ersichtlich, dass nach dem Vortrag von Generalstabschef Hötendorf jedem Sitzungsteilnehmer klar sein musste, dass es sich mit höchster Wahrscheinlichkeit um keinen isolierten österreichisch-serbischen Krieg handeln wird, sondern um eine europäischen. Hötendorf nahm damals zu drei Punkten Stellung:

- War es möglich zuerst gegen Serbien und dann erst gegen Russland mobil zu machen? Er bejahte dies, falls die vollständige Mobilmachung nicht später als am 5. Tag des Aufmarsches gegen Serbien erfolgt.
- Auf die Frage, ob es zur Einschüchterung Rumäniens möglich sei, Truppen in Siebenbürgen zu lassen, antwortete er ebenfalls mit Ja. Die Frage kam von Tisza.

- Wo könnte man den Kampf mit Russland aufnehmen? Hier erläuterte Hötzendorff den Kriegsfall „R“.

(ebenda, S. 74)

Das Fazit, dass sich daraus ziehen ließ, war eine Diskussion über die Kräfteverhältnisse der gegnerischen Parteien. Es wurde fix mit dem Krieg gerechnet. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass Forderungen an Serbien in einer Form übermittelt werden müsse, die Serbien nur ablehnen konnte und somit eine radikale militärische Lösung auch in den Augen der Weltöffentlichkeit unausweichlich schien. Die Demarche konnte also nur den Zweck haben, Serbien die Kriegsschuld in die Schuhe zu schieben. Am selben Tag bekam der k.u.k. Gesandte in Belgrad, Wladimir Freiherr Giesl von Gieslingen, der zu dem Zeitpunkt des Attentats in Frankreich weilte und nun über Wien nach Belgrad zurückkehren wollte, von Berchthold die Instruktionen: „Wie immer die Serben auf die Demarche reagieren – Sie müssen die Beziehungen abbrechen und abreisen; es muss zum Krieg kommen.“ (Rauchensteiner 1997, S. 75).

Österreich-Ungarn entschied selbst über die militärische Aktion gegen Serbien, jedoch wies Deutschland darauf hin, die günstige, psychologische Situation nach dem Sarajewo-Attentat auszunutzen, und möglichst bald zuzuschlagen. Die gesamte innere Politik war dieser Strategie untergeordnet, in Wien ging es drunter und drüber. Die Aussichten dass die Gratwanderung der diplomatischen Offensive, die den kleinen Krieg gegen Serbien hart am Rande des Weltkriegs bewegte, gelingen würde, war anfangs gar nicht so schlecht. Das Problem war jedoch, dass in Wien die Entscheidung über den militärischen Schlag gegen Serbien immer weiter hinausgezögert wurde, teils wegen Uneinigkeit, teils weil die militärischen Vorbereitungen auf die schon angesprochenen logistischen Probleme traf und ins Stocken geriet. Auch der Generalstabschef zögerte, hatte er doch schon oft genug erlebt, dass falscher Alarm gegeben wurde (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 121). Eine Kriegserklärung ein bis zwei Wochen nach dem Attentat hätte die Weltöffentlichkeit verstanden. Doch in Wien entschied man sich erst am 14. Juli zur Kriegserklärung (Mommsen 2003, S. 278), am selben Tag als der britische Kommandeur der „Grand-Fleet“, Admiral Jellicoe, eine warnende Denkschrift über den Zustand der deutschen Kriegsmarine verfasste. Es kam noch dazu, dass am Tag nach dem Ministerrat (8. Juli)

Berchthold seinen Generalstabschef Hötzendorf und den Kriegsminister Baron Krobatin in den Urlaub schickte, um in der Öffentlichkeit das Bild zu erwecken, dass nichts vorgehe (Rauchensteiner 1997, S. 75). Ab 12. Juli befand sich die militärische Spitze nicht mehr in Wien. Dadurch verlangsamte sich alles, was die deutsche Regierung beinahe in den Wahnsinn trieb. Der Zeitpunkt für einen „geeigneten Krieg“ schien immer mehr zu verstreichen und sollte das Verhältnis der beiden Bündnispartner auch während des Weltkriegs trüben. Berchthold hatte aber einen Grund für sein Handeln, denn er hatte einen ungefähren Zeitplan der weiteren Schritte der Monarchie skizziert. Serbien, als Drahtzieher hinter dem Attentat, soll zur Verantwortung gezogen werden, zunächst auf diplomatischer Ebene (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 121). Für alle war damals klar, dass die Monarchie einen entschlossenen Schritt setzen musste, um die Grenzen und den Bestand des Reiches zu sichern. Umso mehr verwundert es, dass Berchthold trotz allem so bedächtig vorging und viel Zeit verstreichen ließ, anstatt den Krieg gegen Serbien zu entfesseln. Die Idee des Außenministers war eine klare Fehleinschätzung der Lage: Er wollte eine Begrenzung des Krieges und meinte, dies am ehesten zu erreichen, dass er den europäischen Mächten vor Augen führte, wie schändlich doch das serbische Königreich sei. Dazu wollte man unumstößlich beweisen, dass die serbische Regierung und das Könighaus am Thronfolgermord beteiligt war. Dann konnte keiner mehr die österreichischen Maßnahmen als ungerechtfertigt bezeichnen. Während das Militär urlaubte, ging es unter den Diplomaten heiß her. Um den Beweis zu erbringen schickte man Legationsrat Friedrich Wieser nach Sarajewo (Rauchensteiner 1997, S. 76). Dieser schickte kurz darauf ein Telegramm, das nach dem Krieg von der neuen südslawischen Regierung gekürzt veröffentlicht wurde, und somit ein Bild gezeichnet wurde, dass die Monarchie 1914 ein infames Spiel mit Serbien getrieben habe. Die veröffentlichte Passage lautete:

„Mitwisserschaft der serbischen Regierung an Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung oder Bestellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen ...“ (Rauchensteiner 1997, S. 77). Doch das Telegramm ging noch weiter. Der zensierte Rest lautete:

„Durch Aussagen Beschuldigter kaum anfechtbar festgestellt, dass Attentat in Belgrad beschlossen und unter Mitwirkung serbischer Staatsbeamten ...

vorbereitet. Ursprung Bomben aus serbischem Armeemagazin Kragujevac...“ (ebenda). Das Problem war, dass Wieser nur überlieferte, was beweisbar war. Der Rest, wie die Mitwirkung anderer serbischer Beamter, Regierungsmitglieder oder hoher Militärs, konnte er nur vermuten und ließ es deshalb weg. Er wusste auch nicht, wann die Waffen aus Kragujevac entwendet wurden. Trotz allem plädierte er im zweiten Teil für eine Ausweitung der Forderungen an Serbien. Mittlerweile ist es unumstößlich bewiesen, dass der serbische Ministerpräsident, einzelne Minister und Militärs, vor allem der Chef des militärischen Geheimdienstes Oberst Dragutin Dimitrijevic, in voller Kenntnis der Vorgänge waren (Rauchensteiner 1997, S. 77 f).

In den anderen Mächten war man mittlerweile nicht untätig. Der russische Außenminister Sazonow war sich des psychologischen Vorteils der Mittelmächte durchaus bewusst, und riet Serbien zur vorübergehenden Einstellung der Geheimverhandlungen mit Montenegro über die Wiedervereinigung. Schon Mitte Juli hatte er unter anderem eine Teilmobilmachung ins Auge gefasst. Nicht unbedingt beruhigend wirkte das Verhalten des deutschen Kaisers Wilhelm II., der durch seine Unfähigkeit, konsequent die Führung in einer Gesellschaft und einem politischen System zu übernehmen, die in sich gespalten war (Stevenson 2006, S. 30). Frankreich hingegen war nicht unbedingt kriegswillig. Was die französische Öffentlichkeit und auch sonst niemand wusste war, dass Staatspräsident Raymond Poincaré 1912 stillschweigend den Bündnisfall mit Russland auf einen Krieg ausgedehnt hatte, der wegen eines Balkankonflikts ausbrechen würde. In London war man mit dem drohenden Bürgerkrieg in Irland beschäftigt. Erst als ein großer Krieg wegen des Lokalkonflikts drohte, wollte London der österreichischen Strafexpedition Schranken auferlegen (Mommsen 2003, S. 279). Doch diese ließ sich nicht mehr aufhalten. Auf die Unterstützung des Bundesgenossen Deutschland vertrauend, richtete die Donaumonarchie am 23. Juli ein überaus scharfes Ultimatum an die serbische Regierung mit einer Frist von 48 Stunden, in dem volle Genugtuung für das Attentat und Maßnahmen gegen die rechtsradikale Bewegung in Serbien unter Beteiligung Österreich-ungarischer Staatsorgane gefordert wurde. Der schroffe Wortlaut hinterließ eine höchst ungünstigen Eindruck. Die deutsche Regierung geriet dadurch interessanterweise ins Zwielficht, da sie Österreich-Ungarn im Vorhinein diplomatische Unterstützung zusagte,

jedoch aber behauptete vom Inhalt des Ultimatums keine Ahnung gehabt zu haben, was zwar formal zutraf, jedoch der Sache nach unrichtig war. Die Diplomaten der Entente waren erstaunt, wie das deutsche Reich einen „Blankoscheck“ mit so weitreichenden Folgen einfach so ausstellen konnte, wenn es dadurch keinen Nutzen hätte (Mommsen 2003, S. 280). Das ungewöhnliche Vorgehen der deutschen Regierung gewann zentrale Bedeutung für den Krieg (Stevenson 2006, S. 29). Obwohl fast alle wichtigen Entscheidungsträger im Urlaub waren, so wurden doch weitere gedankliche Kriegsspiele durchgegangen. Der stellvertretende Chef des k.u.k. Generalstabs, General von Höfer, sah ein Dilemma auf sich zukommen, sollte Serbien die Begehrnote annehmen, denn ein „Bezahlen lassen der Mobilmachungskosten und wieder Kehrtmachen hieß kaum halbe Arbeit verrichten.“ Wie erwähnt verzögerte sich durch den Urlaub vieler Entscheidungsträger alles, aber es gab noch einen weiteren Grund. Denn die Begehrnote wurde vom Gesandten Baron Musulin entworfen, der bekannt dafür war, sehr exakt zu arbeiten und der deshalb bis zum Schluss an der Demarche feilte. Im ersten Entwurf waren die Forderungen an Serbien noch harmlos. Darin wird behauptet, dass die k.u.k. Regierung davon ausgehe, dass die serbische Regierung das Attentat genauso verurteilte wie die restliche Welt. Der Entwurf wurde umgebaut, der Ton verschärft. Es wurden zehn Forderungen aufgelistet: Fünf führten das Verbot von Propaganda und Subversion genauer aus (Keegan 2001, S. 89). Punkt 6 beinhaltete, dass sich die königlich serbische Regierung dazu verpflichtet, einer Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten und dass Organe der Monarchie an den Erhebungen teilnehmen werden (Rauchensteiner 1997, S. 78). In den weiteren Punkten forderte Wien, dass serbische Amtspersonen, die in das Attentat verwickelt waren, verhaftet verhört und bestraft würden. Kurz: Österreich sollte die Aufsicht führen (Keegan 2001, S. 89).

Der Grund für die Verschärfung war die Angst Deutschlands, dass der Bündnispartner mittlerweile weich werden würde, da Berchthold mehrfach die Befürchtung äußerte, dass Serbien das Ultimatum annehmen könnte. Am 22. Juli war dann die endgültige Version auch Berlin zur Kenntnis gebracht worden (Rauchensteiner 1997, S. 83). Selbst Tisza stimmt im Ministerrat am 19. Juli für die Absendung der Begehrnote, wollte jedoch sichergestellt wissen, dass es zu keinen territorialen Forderungen an Serbien kommen werde. Es wurde

übereinstimmend vereinbart, dass Serbien durch eine mögliche große Abtretung von serbischen Gebieten an Bulgarien, Griechenland und Albanien aufzuteilen ist und es nur als kleinen Reststaat in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Habsburgermonarchie zu belassen (Stevenson 2006, S. 24). Dadurch war man dem Krieg wieder einen Schritt näher gekommen. Doch die Chance, durch den Thronfolgermord in einer Spontanreaktion über Serbien herzufallen, wobei es wohl zu keiner Gegenwehr der anderen Mächte gekommen wäre, war nun vertan (Rauchensteiner 1997, S. 79). Warum erst der 23. Juli? Davor war der französische Staatspräsident Raymond Poincare zu seinem lange angekündigten Besuch nach St. Petersburg aufgebrochen und man wollte den Bündnispartnern nicht die Möglichkeit geben, bei einer Entsendung der Demarche, sofort in Krisengespräche eintreten zu können. Deswegen legte der gemeinsame Ministerrat am 19. Juli, bei dem auch Hötzendorff zugegen war, den 23. Juli als Entsendungstermin fest. Für die Triple-Entente begann erst jetzt so richtig die Juli-Krise. Berchtholds Zögern neben Poincares Staatsbesuch auch den Zweck, Tisza endgültig mit an Bord zu holen und Hötzendorffs Truppen Zeit für den Abschluss des Ernteurlaubs zu verschaffen, damit sie rasch in die Kasernen zurückkehren können (Stevenson 2006, S. 40).

Am selben Tag verließ Poincare St. Petersburg, gegen Mittag wurde dem k.u.k. Gesandten in Belgrad, Baron Giesl, ein verschlossenes Kuvert übergeben, dass er erst nachmittags öffnen durfte. Darin fand er die Demarche, die seit 2 Wochen fertig war und die er nicht vor 18 Uhr der serbischen Regierung vorlegen sollte. Der serbischen Regierung wurden 48 Stunden Frist eingeräumt (Rauchensteiner 1997, S. 82). Die hatte nun ein politisches Dilemma zu bewältigen: Der britische Gesandte in Belgrad war krank, Poincare auf See, der russische Gesandte gerade eben verstorben und der Nachfolger des französischen Gesandten, der einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, war gerade erst eingetroffen. In diesem kritischen Augenblick musste die serbische Regierung auf den Rat erfahrener Diplomaten verzichten (Keegan 2001, S. 90).

In der Diplomatie der Julikrise waren alle politischen „Gefühlsregungen“ vertreten: Von grenzenloser Friedensliebe bis zu martialischem Gehabe, sowie der Bereitschaft, die Krise um jeden Preis diplomatisch beizulegen, sowie die

resignative Haltung, dass man nichts mehr machen konnte (Rauchensteiner 1997, S. 81). Bis dahin betrieben Österreich-Ungarn und Deutschland eine Politik des Einlullens. Da wirkte die Überreichung der Begehrnote in ganz Europa wie ein Schock (Rauchensteiner 1997, S. 83). Es war der Höhepunkt der Julikrise!

Russland ließ an der serbischen Unterstützung keinen Zweifel hegen. In Wien konnte man sich daraufhin nicht entscheiden ob das nur ein Bluff sein sollte und ließ verlautbaren, dass man auch mit Russland Krieg führen würde (Rauchensteiner 1997, S. 84). Am 25. Juli war der Krieg praktisch da. Erst spät, am 27. Juli, riet der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg Wien, mit Russland in Verhandlungen zu treten um sich über das Ausmaß und die Ziele der militärischen Aktion gegen Serbien zu einigen. In erster Linie ging es darum, das Zarenreich zu überzeugen, dass keine Annexion serbischen Gebiets geplant sei. Man drängte hingegen auf eine Besetzung Belgrads. Dadurch wäre man militärisch befriedigt worden und man konnte sich der vollständigen Erfüllung der Forderungen sicher sein (Mommsen 2003, S. 281).

Serbien war auch bereit dazu, doch der politisch unerfahrene und unfähige russische Zar hatte am 25. Juli um 11 Uhr vormittags die Vorbereitungsperiode zu einer Teilmobilmachung angesetzt. Das bedeutete im vorliegenden Fall, dass lediglich die Friedensarmee im europäischen Russland in einen operativen Bereitschaftszustand versetzt wurde, eine Vorsichtsmaßnahme, die keineswegs eine Mobilmachung einer anderen Macht provozieren sollte, obwohl Russland im Hinterkopf die Rechnung hatte: Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn = österreichische Generalmobilmachung = deutsche Generalmobilmachung = Krieg. Serbien, dass alle zehn Punkte des Ultimatums annehmen wollte, fühlte sich nun bestärkt, sechs Forderungen mit Bedingungen zu versehen und die wichtigste (Punkt 6) abzulehnen (Keegan 2001, S. 96 bzw. 97 bzw. 92).

Trotz allem war die Antwort der Serben geschickt. Sie nahmen also die Forderungen Österreich-Ungarns nahezu vollständig an, doch wurden Einschränkungen gemacht, die deutlich machen sollten, dass eine Preisgabe der serbischen Souveränität nicht in Frage käme. Das änderte die Situation von Grund auf, was in Wien und Berlin jedoch nicht erkannt wurde. Wiens Diplomatie steuerte blindlings auf den Krieg zu Am 28. Juli brach Österreich-Ungarn die

Diplomatischen Beziehungen mit Serbien ab. Baron Giesl durfte nur eine vollständige Annahme der Bedingungen entgegennehmen, der Bündnispartner wollte die Pläne nicht durchkreuzen, denn dadurch wären der Zweck der diplomatisch-militärischen Offensiven nicht erreichbar gewesen: Russland vor die Wahl nach Krieg oder Frieden stellen und dadurch die Entente zu zerbrechen (Mommsen 2003, S. 281). Giesl hatte nach Aushändigung des Ultimatums zwei Szenarien seiner persönlichen Reaktion auf die Antwort einstudieren lassen. Eine für den Fall der Annahme, die andere das Gegenteil. Nach dem Besuch des serbischen Ministerpräsidenten und der Übergabe der Antwortnote galten die diplomatischen Beziehungen als beendet, kurz darauf saß Giesl schon im Zug Richtung Monarchie. Direkt nach der Grenze telefoniert er mit Tisza und bejahte dessen Frage, ob es den wirklich notwendig gewesen sei. Am 26. Juli berichtete er Außenminister Berchtold, am 27. Juli dem Kaiser in Bad Ischl. Zurück in Wien wurde er als Vertreter des Außenministeriums im Allgemeinen Oberkommando bestimmt und sollte von da an vor allem Hötzendorff einiges an Kopfzerbrechen bereiten (Rauchensteiner 1997, S. 87). Der britische Außenminister Grey versuchte am 26. Juli nochmals das europäische Mächtekonzept zu aktivieren, doch da er in Deutschland den Hauptakteur sah, adressierte er den Vorschlag nach Berling und nicht nach Wien (Strachan 2004, S. 42). Das Vermittlungsangebot war der Faustpfandidee Belgrad von Kaiser Wilhelm II. nicht unähnlich war und ließ nochmals Hoffnung schöpfen. Doch am gleichen Tag erfuhr Berlin von der Generalmobilmachung in Russland. Nun setzte der verhängnisvolle Automatismus der Mobilmachungen ein, der den Politikern in den europäischen Hauptstädten jeglichen Spielraum für weitere Verhandlungen stahl und sie zwang, den Dingen ihren Lauf zu lassen (Mommsen, 282/283), und den sie unterschätzten. Nur der britische Botschafter in St. Petersburg, Sir George Buchanan, und Jules Cambon, französischer Gesandter in Berlin, erkannten den Effekt, den eine Mobilmachung auslösen würde. Buchanan warnte Russland: Wenn Russland mobilisiere, werde Deutschland um nichts nachstehen (Keegan 2001, S. 93).

In Serbien hatte schon Stunden vor der Abschickung der Antwortnote die Mobilmachung begonnen (Rauchensteiner 1997, S. 85), in Österreich-Ungarn begann sie erst drei Tage später. Serbien antwortete also militärisch, bevor alle Mittel der Diplomatie erschöpft waren. Aber sie waren nicht die ersten die sich in

der Julikrise so verhielten (Strachan 2004, S. 37). Der Krieg entstand durch inneren politischen Druck in allen wichtigen Teilnehmerstaaten, in denen allerorten aristokratische Eliten danach strebten, die Bedrohung durch Demokratie und Sozialismus abzuwehren, in dem sie eine Art Teufelspakt mit dem radikalen Nationalismus schlossen (Ferguson 2006, S. 25).

Doch warum agierten die Großmächte so? Würde man diese Frage Stefan Zweig stellen, bekämen wir folgende Antwort:

„Jeder Staat hatte zu dieser Zeit das Gefühl stark zu sein und vergaß, dass auch andere Staaten so dachten. Jeder wollte noch mehr und jeder etwas vom anderen (siehe Kolonialpolitik der Deutschen und Franzosen). Und das schlimmste war, dass gerade jenes Gefühl uns betrog, das wir am meisten liebten: unser gemeinsamer Optimismus. Denn jeder glaubte, in letzter Sekunde würde der andere zurückschrecken und so begannen die Diplomaten ihr Spiel des gegenseitigen Bluffens.“ (Zweig 2006, S.229)

Man darf aber auch nicht vergessen, unter welchem Druck die Entscheidungsträger in der Julikrise standen. Es ging nicht nur darum, möglichst schnell irgendetwas zu tun, sondern möglichst schnell das Richtige zu tun! Die psychologischen Faktoren spielten sicher eine Rolle, jedoch kann man es wohl ausschließen, dass es nur zu stressbedingten Fehlentscheidungen kam (Rauchensteiner 1997, S. 69).

Konkrete Kriegsziele gab es ja in dem Sinn vorerst nicht, und wenn doch, so wurden sie vor den Ungarn geheim gehalten, da diese jegliche Vermehrung des slawischen Elements ablehnten. Im Vordergrund stand nur, dass Österreich-Ungarn sein sinkendes Prestige gegenüber den Balkanvölkern und den eigenen Nationen nur durch einen durchschlagenden militärischen Kräftebeweis wieder herstellen könnte. (Mommsen 2003, S. 274). Es bleibt verwunderlich, dass Österreich-Ungarn noch nicht einmal ansatzweise mit der Mobilmachung begonnen hatte. In der Monarchie herrschte der seltene Fall des Ernteurlaubs für Soldaten, und eine Rückbeorderung dieser Urlauber wäre auffallend gewesen. Hötzendorff hatte das Dilemma, dass er von sich aus keine Mobilmachung befehligen durfte. Außerdem waren ihm noch die schlechten Erfahrungen aus den beiden Balkankriegen in Erinnerung, weswegen er diesmal nur Mobil machen wollte, wenn es tatsächlich zum Krieg kam. Das Habsburgerreich schickte sich zum erstenmal seit 1866 wieder an, einen richtigen Krieg zu führen, die meisten

anderen Staaten hatten in der Zwischenzeit schon mehr oder weniger große Kriege geführt. Die Möglichkeit eines europäischen Krieges spielte bei den militärischen Überlegungen eine große Rolle, jedoch sind diese nur aus dem strategischen Zusammenhang nachvollziehbar. Die Militärverwaltung konnte nur unter bestimmten Bedingungen Mobilmachungsmaßnahmen einleiten, da nicht nur geklärt werden musste, dass diese Mobilmachung eine Entwicklung nach sich ziehen musste, die Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zur Folge hatten, sondern die auch unter Berücksichtigung ganz bestimmter Kriegsfälle laufen musste. Erst am Nachmittag des 23. Juli wurde den für den Kriegsfall Serbien vorgesehenen Armeekorps befohlen, alle Übungen abubrechen und die Regimenter bis spätestens 25. Juli abends in ihre Friedensgarnisonen zu bringen (Rauchensteiner 1997, S. 89). Mobilmachungen bedeuten zwar noch keinen Krieg, denn früher wurden sie als Unterstützung der Diplomatie eingesetzt (Strachan 2004, S. 37).

Mit welcher Konsequenz nun der Krieg betrieben wurde, lässt sich am besten anhand zweier Dokumente beschreiben:

- Die Kaiserliche Proklamation „An meine Völker“: Diese war schon am 20. Juli fertiggestellt worden, mit Ausnahme geringfügiger Veränderungen. Schon zu diesem Zeitpunkt enthielt sie die Passage: „Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre, die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu wahren...“
- Beginn der militärischen Tagebuchführung: Fast jeder Offizier und auch fast jeder politische Entscheidungsträger führte Tagebuch während des Krieges. Hötzendorf schrieb fast 2000 Seiten. Am Tag der Überreichung der Begehrnote begann bei den hohen militärischen Kommanden die Tagebuchführung. Das ist deshalb interessant, da sich dadurch die militärischen Abläufe nachvollziehen lassen könne. Leider sind sie sehr schwer zu bekommen.

(Rauchensteiner 1997, S. 90)

1914 brach nicht ein Krieg aus, sondern es begannen zwei verschiedene, die miteinander zusammenhingen, wobei der eine mehr vom Ausgang des anderen abhing. Jeder wurde mit Zielen geführt bei denen ein Krieg nur sehr schwer vermeidbar gewesen wäre, vorausgesetzt man hätte dies überhaupt gewollt, Der erste Konflikt war als dritter Balkankrieg gedacht, oder als österreichisches Erbfolgekrieg. Dieser Krieg um die Vorherrschaft auf dem Balkan drohte seit dem Berliner Kongreß 1878 und eine ganze Generation europäischer Diplomaten hatte ihn erfolgreich verhindert.

Der zweite Konflikt war der „erste deutsche Krieg“. Er wurde geführt um das gewaltige Potential des geeinten Deutschlands auszuweiten oder einzudämmen. Innerhalb dieses Musters sollten noch weitere Kleinkriege folgen. Der italienische Krieg war als Abschluss des „Risorgimento“ gedacht, die endgültige Vertreibung der Österreicher aus Italien. Großbritannien hatte die Möglichkeit, das Empire im Halbkreis um den Indischen Ozean herum, von Südafrika bis Singapur zu kontrollieren, Japan konnte begrenzte Gebiete dazugewinnen, und noch einige weitere Konflikte. Keine dieser Gelegenheiten hätte sich ohne den Flächenbrand ergeben, den der Pistolenschuß von Gavrilo Princip auslöste (Winter/Parker/Habeck 2002, S. 24).

5.2. Kriegsbegeisterung

Für viele war der Krieg eine andere Art Erregung, am Abend des 25. Juli wurde in Wien und in den großen Städten der Monarchie gefeiert und auch in Berlin zogen Scharen zur österreichisch-ungarischen Botschaft und sagen: „Gott erhalte, Gott beschütze...“ Der Generalstabschef Hötendorff sagte nach dem Krieg: „Im Übrigen war der Weltkrieg eine jener Katastrophen, die durch einen einzelnen weder herbeigeführt, noch aufgehalten werden können.“ (Ferguson 2006, S. 24) Hötendorff als Sozialdarwinist, war nicht der einzige dieser Meinung. Zu einem Zeitpunkt, da man den Krieg als das größte Unheil der modernen Zeit betrachtete, dienten diese Metaphern dazu, die Behauptung der Politiker zu illustrieren, es hab jenseits ihrer Macht gestanden, den Krieg zu verhindern. An anderer Stelle sagte Hötendorff:

„(Wegen) des treibenden Prinzips des (...) Daseinskampfs der Menschheit (...) hat sich unvermeidbar und unaufhaltbar die Katastrophe des Weltkriegs vollzogen.“
(Ferguson 2006, S. 24)

Winston Churchill schrieb in den „World Crisis“ über den Ausbruch des Weltkriegs; „Man muss sich den Verkehr der Nationen in jenen Tagen (...) als eine erstaunliche Organisation der Kräfte (...) vorstellen, (...) die wie Himmelskörper sich einander im Raume nicht ohne (...) tiefgreifende, magnetische Reaktionen annähern konnten. Gerieten sie zu nahe aneinander, dann wurden die Blitze ausgelöst, und über einen bestimmten Punkt hinweg, konnten sie ganz und gar aus der Umlaufbahn herausgezogen werden, (...) in denen sie sich bewegten, und miteinander kollidierten.“ (Ferguson 2006, S. 23).

Der Krieg damals war nur eine Frage der Zeit, seine Wurzeln reichen weit zurück, und er hätte schon weit früher ausgelöst werden können, wenn die Lunte das Pulverfass Balkan schneller erreicht hätte. Die Handlungen der österreichischen Verantwortlichen spiegelten die Überzeugung wieder, eingekreist und überall verwundbar zu sein, sowie nur mehr der Auflösung entgegen zu dämmern (Rauchensteiner 1997, S. 88). Adolf Hitler verwendete in „Mein Kampf“ eine ähnliche bildhafte Sprache wie der britische Außenminister Edward Grey, der von einer „miserablen und ungesunden Atmosphäre“ in Europa sprach:

„Was mit einst als Junge wie faules Siechtum erschien, empfand ich nun als Ruhe vor dem Sturme. Schon während meiner Wiener Zeit lag über dem Balkan jene fahle Schwüle, die den Orkan anzuzeigen pflegte, und schon zuckte manchmal auch ein hellerer Lichtschein auf, um jedoch rasch in das unheimliche Dunkel sich zurückzuverlieren. Dann aber kam der Balkankrieg, und mit ihm fegte der erste Windstoß über das nervös gewordene Europa hinweg. Die nun kommende Zeit lag wie ein schwerer Alpdruck auf den Menschen, brütend wie fiebrige Tropenglut, so dass das Gefühl der herannahenden Katastrophe infolge der ewigen Sorge endlich zur Sehnsucht wurde: der Himmel möge endlich dem Schicksal das nicht mehr zu hemmen war, den freien Lauf gewähren. Da fuhr denn auch schon der gewaltige Blitzstrahl auf die Erde nieder: Das Wetter brach los und in den Donner des Himmels mengte sich das Dröhnen der Batterien des Weltkriegs.“
(Ferguson 2006, S. 23)

Mit fast religiöser Begeisterung zogen die Völker Europas im August 1914 in den Krieg. Eine Woge nationalistischer Kriegsbegeisterung erfasste die Massen und schwemmte alle oppositionellen Gruppen hinweg. Dieser Durchbruch nationalistischer Leidenschaften veränderte die politischen Formationen in grundlegender Weise. In allen kriegführenden Ländern stellten sich beinahe alle Gesellschaftsschichten loyal hinter ihre Regierungen. Überall drängten sich die Leute zu den Zeitungsständen, um die neuesten Nachrichten zu erfahren, wie in den 30 Jahren um den Radioempfänger und während der Kubakrise vor den Fernsehschirmen (Stevenson 2006, S. 57). Es wurde ein Moment nationaler Solidarität quer durch alle Parteien und sozialen Schichten hervorgebracht (Mommsen 2003, S. 286). Es war zu registrieren, dass die Opposition gegen den Krieg in ganz Europa abbröckelte und dies mit erstaunlicher Geschwindigkeit (Stevenson 2006, S. 54). Die enthusiastischen Zustimmungen zum Militarismus in Europa war nicht frei von Infantilismus, wenn man die Anzahl junger Freiwilliger bedenkt. Infantil und Infanterie haben nicht umsonst dieselbe Sprachwurzel (Keegan 2007, S. 506). Salopp gesagt ist es wie beim heutigen Bundesheer, wo „Erwachsene“ Kinder noch mal wie kleine Kinder Krieg spielen dürfen. Jedoch bereits denkende Kinder. Nur war es damals kein Spiel. Der Krieg galt als gerechtfertigt, weil er überall als nationaler Verteidigungskrieg dargestellt wurde (Strachan 2003, S. 55).

Vor allem von unerwarteter Seite wurden Loyalitätsbekundungen signalisiert. Die bürgerlichen Schichten, noch im Windschatten der antisozialistischen Propaganda der vergangenen Jahrzehnte, waren über den Beweis der nationalen Zuverlässigkeit der Sozialisten überrascht. Auch die Gewerkschaften, die sich kurz vor Ausbruch des Weltkriegs noch streiklustig verhalten hatten, schwenkten in allen kriegführenden Staaten in die nationale Einheitsfront ein. Dies geschah vor dem Hintergrund, die mühsam aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen nicht sinnlos aufs Spiel zu setzen, indem man sich gegen das eigene, im Kriegszustand befindliche Land stellte (Mommsen 2003, S. 287). Der Widerstand gegen den Krieg büßte immer mehr Schwung ein, wobei man den Staatsmännern nicht nur die technischen Möglichkeiten ließ, einen solchen zu beginnen, sondern ihnen auch die Gewißheit gab, dass die Öffentlichkeit in Mittragen werde, wenn sie es nur geschickt anfangen (Stevenson 2006, S. 59). Am 31. Juli erreichte die Stimmung noch mal einen Höhepunkt, als die allgemeine Mobilmachung

ausgerufen wurde. Am Sonntag, den 2. August hielten sogar die Geschäfte offen, um den einrückenden Reservisten noch Gelegenheit zum Einkauf zu bieten (Rauchensteiner 1997, S. 105).

Aber ganz entscheidend war, dass der Sog der nationalistischen Begeisterung auch die Arbeiterschaft erfasste, und den wenigen Vertretern der Kriegsoption keine Chance ließ, für ihre Sache eine Massengefolgschaft zu gewinnen. Allorts betrachtete man sich als Opfer eines gemeinen Überfalls, oder einer Einkreisung, die zu dieser enthusiastischen Solidarität der Bevölkerung führte (Mommsen 2003, S. 288). In Österreich-Ungarn unterstützten die deutschsprachigen Sozialisten den Krieg aus antirussischen Ressentiments. Überraschenderweise färbte dies auch auf einen Großteil der Tschechen ab, ebenso auf die Südslawen und die Slowenen. Zumindest zu Beginn (Stevenson 2006, S. 57). In der kroatischen Hauptstadt Agram demonstrierten die Menschen für den Krieg gegen Serbien. In Prag veranstalteten Tschechen und Deutsche gemeinsam eine Demonstration für den Krieg (Rauchensteiner 1997, S. 106).

5.3. Ein Sturm zieht auf

Am 26. Juli zog ein Sturm auf: Frankreich beginnt die Teilmobilmachung, in Russland wird sie vorbereitet, Großbritannien beginnt mit der Konzentration der First und Second Fleet und der deutsche Generalstabschef versucht beim belgischen König durch eine „Sommation“ die Durchmarscherlaubnis der deutschen Armee durch Belgien auf Frankreich zu erzwingen (Rauchensteiner 1997, S. 91).

Am 28. Juli war es dann soweit: Österreich-Ungarn erklärte Serbien den Krieg. Der Historiker Fritz Fellner meinte rückblickend zu der gesamten damaligen Situation: „Dilettantischer ist noch nie ein Krieg vom Zaun gebrochen worden (...) Man wusste seit 7. Juli, dass man Krieg führen wollte (...) am 27. Juli erbittet Außenminister Berchtold vom Kaiser die Unterzeichnung der Kriegserklärung (...) der Generalstabschef jedoch erklärt sich außer Stande, den seit drei Wochen geplanten Krieg vor einer weiteren Frist von zwei Wochen tatsächlich beginnen zu können!“ (Rauchensteiner 1997, S. 92)

Tatsächlich entfachten zwei handfeste Lügen, oder diplomatische Kabinettstückchen, den endgültigen Ausbruch des Krieges.

Erstens, Österreich – Ungarn und das „Gefecht“ von Temes Kubin. Die Kriegserklärung Österreich – Ungarns enthält eine Behauptung, dass serbische Truppen bei Temes Kubin auf österreichische Truppen geschossen hätten. Doch hierbei handelte es sich um eine Falschmeldung. Am 26. Juli 1914 hielt die 24. Infanteriebrigade der 7. Infanteriedivision einen serbischen Dampfer durch Feuer auf, ließ in aber nach einer Durchsuchung weiterfahren. Eigene Dampfer wurden beschossen, jedoch ohne Schaden. Es gab kein Gefecht. Die Meldung wurde vom IV. Korpskommando verändert. Mysteriös bleibt, warum das Gefecht von einem Korpskommando gemeldet wurde, dass bei Temes Kubin gar nicht stationiert war und dieses Dokument ist bis heute unauffindbar. (Rauchensteiner 1997, S. 92 ff.) Doch die Propaganda profitierte von dem Gefecht und stellte Serbien als Aggressor dar und Berchthold schrieb das Gefecht als Mit-Grund in die Kriegserklärung.

Am 27. Juli fuhr Außenminister Berchthold nach Bad Ischl um Kaiser Franz Josef die Kriegserklärung vorzulegen. Unklar ist, ob er da schon von der Nicht-Existenz des Gefechts wusste. Der Kaiser unterschrieb, Berchthold fuhr nach Wien zurück. Am 28. Juli strich Berchthold dann die Passage aus der unterschriebenen Kriegserklärung. Erst am 29. Juli wurde der Kaiser davon informiert, dass es das Gefecht nie gab, die Kriegserklärung am 28. Juli abgesandt.

Und zweitens Deutschland und die französischen Bomben auf Nürnberg. Am 2. August 1914 wurde gemeldet, dass französische Bomber in der Nähe von Nürnberg Bomben abgeworfen hätten, was jeder Grundlage entbehrte (Jeismann 2003, S. 200). Am 3. August erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich.

Conrad von Hötzendorff hatte das Problem, dass er keine Armee besaß, die es mit Russland und Serbien gleichzeitig aufnehmen konnte. Er trat jetzt in regen Kontakt mit seinem deutschen Kollegen, Helmuth von Moltke, der versprach, dass er mit der deutschen 8. Armee die Russen in Ostpreußen binden werde, wodurch Frankreich auf Grund der Bündnispflicht in den Krieg eintreten werde. Was er Hötzendorff verschwie, waren seine eigenen Bedenken, ob seine Armeen groß genug waren. Als Gegenleistung forderte er von Hötzendorff einen Angriff von Galizien gegen Polen in Stoßrichtung Bug und Weichsel. Der Plan war von der

Idee her schon nicht mehr auf dem neuesten Stand, da er erstens davon ausging, dass die Deutschen in Frankreich genug Reserven besitzen, dass sie das Heer nach der raschen Niederwerfung der Franzosen an die Ostfront werfen könnten, wie es der Schlieffenplan vorsah, und zweitens führten beide Armeen keine gemeinsame Felderkundung durch, bevor die Kampfhandlungen begannen. Jeder verließ sich darauf, dass der andere die Hauptlast des Kampfes tragen werde. Und drittens verschätzte sich Hötzendorff mit seinen Berechnungen (Strachan 2004, S. 38). Die minimale Gruppierung und die flexibel einsetzbaren Gruppierungen (siehe oben) umfasste zusammen 26 Divisionen gegen Serbien, die restlichen 25 waren für eine Offensive gegen Russland zu schwach. Weiters war das Landesinnere Serbiens gebirgig, infrastrukturell kaum erschlossen und stark bewaldet. Für militärische Operationen denkbar ungeeignet (Keegan 2001, S. 99). Hötzendorff ging davon aus, dass Russland für seine Mobilmachung dreißig Tage benötigen würde. Die Bündnispartner unterschätzten die Fortschritte, die Russland in den letzten Jahren gemacht hatte. Zwei Drittel der Armee konnten bereits am 18. Mobilmachungstag aufgeboden werden, da Russlands Regierung das System der territorialen Mobilmachung eingeführt hatte (Strachan 2004, S. 39).

Das Zusammenspiel zwischen den Bündnispartnern versagte schon, bevor der erste Schuss fiel, in politischer, wie in militärischer Sicht. Moltke benötigte im Osten 40 Österreichisch-ungarische Divisionen, die zum Angriff bereitstanden und bekam 25, die sich defensiv verhalten sollten. Er telegraphierte an Hötzendorff: „Russische Mobilisierung durchhalten. Österreich-Ungarn muss erhalten bleiben, gleich gegen Russland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren.“ (Keegan 2001, S. 101). Damit überschritt Moltke seine Befugnisse ganz gewaltig und Berchthold in Wien fragte sich: „Wer regiert in Deutschland: Bethmann oder Moltke?“ (ebenda) In Prinzip reichte aber das Telegramm, um Wien zu beruhigen, da man nun aus erster militärischer Hand wusste, dass Unterstützung gewiss war. Am 31. Juli gab Kaiser Franz Josef die Weisung zur Generalmobilmachung. Kurz nach 12 Uhr wurde sie unterschrieben, zurückgereicht und veröffentlicht (ebenda). Moltke war beunruhigt, dass die Truppen Österreich-Ungarns in Serbien so in Kampfhandlungen verwickelt werden könnten, dass sie nicht mehr in der Lage waren, gegen Russland zu marschieren. Hötzendorff forderte das Eisenbahnbüro

auf eine Möglichkeit zu finden, die 2. Armee (Böhm-Ermolli) nach Serbien zu transportieren und gleichzeitig die 1. (Dankl), 3. (Brudermann) und 4. (Auffenberg) Armee gegen Russland in Marsch zu setzen. Dies könnte nur geschehen, wenn er den Aufmarsch gegen Russland auf 4. August verschieben würde. Auf deutschen Druck forderte er aber dann, dass auch die 2. Armee nach Galizien umgeleitet werde, doch dafür war es zu spät. Entweder die 2. Armee bringe ihren Marsch nach Serbien zu Ende oder ein Chaos würde ausbrechen (Strachan 2004, S. 43). Das Chaos fand wenig später in leicht abgeänderter Form auch statt. Trotz allem verschob Hötzendorff den Aufmarsch gegen Russland um drei Tage auf 4. August und konnte somit vorerst sicherstellen, dass die 2. Armee binnen 24 Tagen in ihrem Aufmarschgebiet eintreffen werde.

Nun gingen Depeschen hin und her, Russland machte mobil und depeschierte dies an London und Paris erst spät am Abend, in Berlin wusste man es schon zu Mittag. Nachmittag verkündete Deutschland „erhöhte Kriegsgefahr“, und depeschierte an Sankt Petersburg ein Ultimatum, ein zweites nach Paris, wobei der entscheidende Satz in beiden Dokumenten war: „Die deutsche Mobilmachung muss (...) folgen, falls nicht Russland jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt.“ Eine Antwort wurde binnen 12 bzw. 18 Stunden verlangt (Keegan 2001, S. 104). Die ursprüngliche Lokalisierungsstrategie war auf viele unvorhergesehene Untiefen gestoßen und die Entwicklung war den Diplomaten eindeutig aus dem Ruder gelaufen (Berghahn 2006, S. 35).

Die folgenden Zusammenfassung der Juli-Krise basiert hauptsächlich auf John Keegans Buch „Der Erste Weltkrieg – Eine europäische Tragödie“, da sie meiner Meinung nach die Ereignisse am besten zusammenfasst.

Am 31. Juli, 34 Tage nach dem Attentat war die Krise am Höhepunkt, obwohl die tatsächliche Dauer eigentlich weit kürzer war. Vom Attentat am 28. Juni bis zum Abschluss der richterlichen Ermittlungen der Doppelmonarchie und zu den Geständnissen der Verschwörer waren fünf Tage vergangen. Im unmittelbar folgenden Zeitabschnitt hätte Österreich-Ungarn, wie auch mehrfach dargelegt, allein gegen Serbien vorgehen können, ohne ein Eingreifen Russlands oder eines der anderen Großmächte zu befürchten. Aber Österreich-Ungarn zog es vor, sich der Unterstützung des Bündnispartners zu versichern und diese auch erhalten. Da

war das Attentat bereits mehr als eine Woche alt. Danach trat eine unverständliche 19-Tägige Pause ein, die trotz des Besuches des französischen Staatspräsidenten in Russland unnötig erscheint. Am 23. Juli endete die Pause mit der Überbringung des Ultimatums an Serbien. Mit der Ablehnung zwei Tage darauf – bereits 28 Tage nach dem Attentat – wurde aus der diplomatischen Konfrontation eine drohende Kriegsgefahr. Die war nicht vorgesehen, doch Österreich-Ungarn hatte nicht den Mut, gegen Serbien allein vorzugehen (Keegan 2001 S. 104). Deutschland strebte offiziell eine diplomatische Lösung an, um dem schwächelnden Bündnispartner in Europa wieder zu neuer Stärke zu verhelfen. In Wahrheit war eine höchst sublim-kalkulierte diplomatische Offensive fehlgeschlagen, welche den lokale österreichisch-serbischen Krieg als Hebel hatte benutzen wollen, um das erstarrte europäische Koalitionssystem aufzubrechen und so dem großen europäischen Krieg zu entgehen. Es war eine Politik äußersten Risikos, mit der die Mittelmächte ihre selbstgeschaffene Isolierung aufbrechen wollten (Mommsen 2003, S. 284).

Die Russen wollten ebenso wenig Krieg, noch vermuteten sie ernsthaft, dass ihre Unterstützung Serbiens einen Krieg auslösen würde. Dies kann man zweiteilig Interpretieren. Entweder durch die Naivität der Entscheidungsträger, oder durch die schlichte Propagandawirkung, die ein Verteidigungskrieg mit sich bringen würde, um die Massen zu mobilisieren. 33 Tage nach Sarajewo befand sich Österreich-Ungarn mit Serbien im Krieg, ohne jedoch Kampfhandlungen zu beginnen. Sie ordneten Generalmobilmachung an, ohne gegen Russland aufzumarschieren. Diese zogen gleich und setzten ihre Truppen ebenfalls nicht in Marsch. Es bestand also noch Hoffnung. Mit der Mobilmachung Russlands und dem deutschen Ultimaten am 31. Juli steuerte das Schiff Europa auf den Abgrund zu. In Deutschland wollte die Regierung keine Mobilmachung, der Generalstab schon. Zwei Möglichkeiten zur Krisenvermeidung gab es noch: Deutschland zog ihre Ultimaten zurück, oder Russland akzeptierte das Ultimatum. Beides war mit dem Status einer Großmacht nicht vereinbar (Keegan 2001, S. 104 f). In Frankreich war man besorgt, machte zwar nicht mobil, hatte aber Angst ins Hintertreffen zu geraten. Eine Notiz des französischen Generalstabschef Joseph Joffre an Kriegsminister Messimy verdeutlicht den Geisteszustand der Militärs im Jahr 1914:

„Es ist absolut notwendig, dass die Regierung begreift; Vom heutigen Tag an (31. Juli. –Anm. d. Verf.) wird jeder 24-stündige Aufschub der Einberufung unserer Reservisten und der Anordnung von Sicherungsmaßnahmen dazu führen, dass unsere Aufmarschpositionen pro Tag um 15 bis 25 Kilometer zurückverlegt werden; mit anderen Worten, dass genauso viel von unserem Territorium zunächst preisgegeben wird. Der Oberbefehlshaber muss es ablehnen, dafür die Verantwortung zu übernehmen.“
(Keegan 2001, S. 107)

Am 2. August begann in Frankreich die Mobilmachung, absichtlich nach der Deutschen, um jeden Vorwurf der Provokation zu vermeiden. Um 18 Uhr desselben Tages erklärte Deutschland Russland den Krieg. Die Wankelmütigkeit Kaiser Wilhelms hätte beinahe etwas „positives“ vollbracht, als er Moltke befahl, den Schlieffen-Plan aufzugeben und das Heer nach Osten umzudirigieren, da er die Auffassung vertrat, dass England neutral bleiben werden, wenn Deutschland von einem Angriff auf Frankreich Abstand nehmen würde. Zudem untersagte er die Besetzung Luxemburgs, was für den Schlieffenplan unerlässlich war. Moltke war entsetzt (Keegan 2001, S. 107). In Wien hatte Conrad von Hötzendorff lange auf einen Krieg mit Serbien gedrängt, aber Kaiser Franz Josef, Berchthold und Tisza waren erst nach und nach bereit, zu den Waffen zu greifen, nachdem sie alle anderen Lösungen für gescheitert erachtet und überlegt hatten, wie man Gewalt anwenden könne (Stevenson 2006, S. 60).

Die Briten debattierten zwischenzeitlich heftigst über ihre Position. Wilhelms Wankelmütigkeit schlug wieder um und am Abend des 2. August setzte Deutschland Belgien ein letzte Ultimatum für freien Durchmarsch. Gleichzeitig verbreiteten sie das Gerücht des Bombenangriff der Franzosen auf Nürnberg. Die Verletzung des belgischen Territoriums war der Wendepunkt, Großbritannien schickte ein Ultimatum an Kaiser Wilhelm, die Kampfhandlungen gegen Belgien einzustellen. Ab 4. August herrschte Kriegszustand zwischen Großbritannien und Deutschland (Keegan 2001, S. 108).

Österreich-Ungarn wartete ihrerseits mit der Kriegserklärung an Russland noch 2 Tage. Erst am 6. August wurde sie überbracht. Mit Frankreich und Großbritannien

war man eine Woche darauf noch nicht im Kriegszustand, weswegen die beiden Westmächte ihrerseits am 12. August Österreich-Ungarn den Krieg erklärten. Der Auslöser der Krise, Serbien, war da schon fast in Vergessenheit geraten (Keegan 2001, S. 109). Aus politischer Sicht musste Österreich-Ungarn Serbien niederwerfen, um Bulgarien für sich zu gewinnen, und konnte sich gleichzeitig kein defensives Vorgehen leisten, wie es die materielle und personelle Schwäche eigentlich gefordert hätte (Strachan 2004, S. 44).

Wenn man sich den Wandel zwischen den Bündnispartnern ansieht, so ist ein interessantes Phänomen zu beobachten. Am Anfang der Juli-Krise drängte Österreich-Ungarn auf den Krieg, Deutschland trat eher in die Rolle des großzügigen Unterstützers einerseits und Schiedsrichters andererseits, was durch aus mit der „Weltpolitik“ Wilhelms vereinbar war. So verhielt es sich die gesamte Krise hinweg. Doch während die Doppelmonarchie immer unsicherer wurde, stärkte sich der Optimismus in Deutschland, vor allem in den letzten Juli-Tagen, wo man noch immer auf Streitschlichten aus war. Österreich-Ungarn wurde immer mehr in den Hintergrund gedrängt und in Deutschland setzte eine „Jetzt-erst-recht-Mentalität“ ein, die schlussendlich zum Krieg führte. Die Mittelmächte wollten vor der Welt Stärke zeigen. Ein Zeichen dafür ist auch, dass die Kriegserklärung Frankreichs und Großbritanniens an Österreich-Ungarn erst mehr als eine Woche nach der Kriegserklärung an Deutschland stattfand. Auch sah darin Wolfgang Mommsen ein Zeichen, wie sehr die Initiative auf Berlin übergegangen war. Als Folge wurde das Habsburgerreich in der historischen Betrachtung lange Zeit hindurch entweder als unmündiges und verführtes oder als manipuliertes beziehungsweise ganz und gar getäushtes Opfer aggressiver Expansionsgelüste Dritter dargestellt und damit seiner Verantwortung für die Entscheidungen im Juli 1914 weitgehend enthoben (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 124).

In Österreich-Ungarn verlief die Mobilisierung bemerkenswert ruhig und geordnet, obwohl die Behörden, wie bereits erwähnt, mit einer Weigerung von einem von zehn Einberufenen rechnete. Ein Aufstand in den slawischen Ländern der Monarchie fand nicht statt. Die Armee der Monarchie, die als einzige Staatsorgan trotz deutscher Kommandosprache wirklich international aufgebaut war, erwies sich durch die Bank (bis auf wenige Ausnahmen) anfangs zusehends loyal und zuverlässig.

In Tschechien versuchte Klotfac eine Partisanenbewegung auf die Beine zu stellen, womit er kläglich scheiterte und bereits im September 1914 wegen Hochverrats verhaftet und angeklagt wurde. Kramar bezeichnete zwar den Krieg als Kampf Deutscher gegen Slawen, scheute sich aber vor einer offenen Parteinahme für Russland. Da die große Mehrheit der Tschechen katholisch war, blieb sie dem Kaiser und der Monarchie treu, die Sozialisten, weil sie den russischen Zarismus verabscheuten. Die österreichischen Polen setzten, ja hofften sogar auf einen Sieg der Mittelmächte gegen Russland. Einzig die radikale Minderheit der Südslawen stellte sich gegen die Monarchie, verzichtete aber gleichfalls auf eine offene Opposition gegen die Monarchie (Mommsen 2003, S. 289/290).

Der Krieg brachte somit vorübergehend sogar eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse, da die Parlamente ohne zu zögern alle nur notwendigen Mittel für eine effiziente, oder was man für Effizient hielt, Kriegführung zu gewährleisten (Mommsen 2003, S. 291). Die Politik erhielt ein letztes Mal die Initiative durch die Unterstützung durch das Volk. Dies war zwar wichtig, aber letztendlich nebensächlich (Stevenson 2006, S. 60). Die Exekutive und das Militär übernahmen sprichwörtlich die Macht im Staat. In der Donaumonarchie fiel das zwar weniger ins Gewicht, da das Verfassungsleben schon seit dem Frühjahr 1914 zum Erliegen gekommen war. Wie berichtet regierte Ministerpräsident Stürgkh mit dem Notverordnungsparagraphen und mit einer zentralistischen Bürokratie, ohne auf die breite Bevölkerungsschicht oder deren Bedürfnisse und Stimmungen einzugehen. Es mangelte massiv an sogenannter „Volksnähe“. In seinem Selbstbild betrachtete Stürgkh sich als ausführendes Organ der militärischen Behörden, auch als diese vor lauter Misstrauen gegenüber der Loyalität der Südslawen zu zahlreichen unvertretbaren und ungerechtfertigten Methoden von Strafmaßnahmen griffen (Mommsen 2003, S. 292). Hier ging der Gedanke der Diktatur von vornherein weit über das technische Moment der bloßen Sicherung der Mobilisierung hinaus. Sie wurde von Anbeginn an als eine politische Maßnahme im höchsten Sinn des Wortes von den entscheidenden Faktoren nicht nur der Armee, sondern auch der Zivilregierung, der Bürokratie aufgefasst (Rauchensteiner 1997, S. 107). Durch das einsetzende Misstrauen wurde bald vom k.u.k. Innenministerium eine neue Zentralbehörde geschaffen,

das „Kriegsüberwachungsamt“, welches konsequent das Hinterland überwachte. Überlegungen während der Julikrise, das Parlament wieder einzuberufen scheiterten an den Befürchtungen der deutschen Parteien, dass während eines Krieges gegen Russland und Serbien die „nicht-deutschen Parteien“ ein hohes Maß an Obstruktion an den Tag legen würden. Der funktionierende Parlamentarismus in der ungarischen Reichshälfte dient hierbei als Gegenbeweis. Die hier angedeuteten absolutistischen Maßnahmen suchten ihres gleichen in Europa. Der Historiker Josef Redlich ging sogar so weit, dass in keinem Staat mit der Militarisierung so weit gegangen worden wäre wie in Österreich (ebenda, S. 109).

5.4. Der Krieg gegen Russland

Das die Politiker in den Hintergrund traten, war an sich nur natürlich, da die zukünftige politische Entwicklung vom Ausgang der vorbereiteten militärischen Operationen abhing, ergo richtete sich die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Geschehnisse auf den Schlachtfeldern, wo zu Beginn die Mittelmächte die Initiative an sich rissen (MommSEN 2003, S. 292). Auffallend zu Beginn, dass das Armeeoberkommando nicht in Wien seinen Sitz hatte sondern in der Festung Przemyśl. Für Conrad von Hötzendorf war es klar, dass er soweit wie nur möglich vom Einfluß der Zentralstellen und der Hofkamarilla entfernt sein wollte. Der militärische Grund, dass die Armee näher an der Front besser zu dirigieren war unterstützte sein Vorhaben. Vor dem Krieg war Wien das einheitliche Machtzentrum, doch auf dem Balkan und vor allem mit dem Sitz des AOK bildeten sich neue heraus, in denen auch der Machtmissbrauch eine Rolle spielen sollte. In beide Oberkommanden wurden Ministeriumsvertreter geschickt, die in erster Linie pünktlich und in zweiter Linie genauer von den Frontgeschehnissen berichteten als der Bericht, der täglich an den Kaiser telegraphiert wurde (Rauchensteiner 1997, S.112).

In den Anfangswochen zeichnete sich an der Westfront bereits das Patt ab, dass praktische nach drei Monaten vollständig war und bis 1918 Bestand haben sollte. An der Ostfront standen die meiste Zeit genauso viele Soldaten unter Waffen wie an der Westfront. Auch hier waren die Opferzahlen gigantisch, auch wenn in Relation gesehen, hier mehr Menschen an Krankheiten, als an kriegerischen

Verwundungen starben (Stevenson 2006, S. 85). Vor allem am Kriegsschauplatz in Galizien, wo die meisten Soldaten stationiert waren, der aber in der gesamten Kriegshistorie am wenigsten bekannt scheint.

Österreich-Ungarn stand mit der 1., Teilen der 2., 4., und 3. Armee von West nach Ost, von Lublin bis die Dnjestr. Zu diesem Zeitpunkt umfasste jede russische Infanteriedivision 60-70% mehr Männer, 30% mehr schwere Artillerie und achtmal so viele Maschinengewehre. Die Russen entsandten im ganzen 750.000 Mann, die 4., 5., 3. und 8. Armee gegen die Donaumonarchie. Das ganze entsprach dem russischen Plan A (= Austria), wonach zwei Fünftel des russischen Friedensheeres ohnehin im Umkreis des großen militärischen Zentrums Warschau stationiert waren (Keegan 2006, S. 205). Die ersten Zusammenstöße konnten die Österreicher für sich entscheiden (23./24. August bei Krasnik, 26.-31. August bei Komarow). Doch anders als erwartet wurde Österreich-Ungarn von der polnischen Bevölkerung nicht unterstützt, wonach Anfang September bereits die Vorräte knapp wurden und die Russen am 3. September Lemberg einnehmen konnten. Zu diesem Zeitpunkt standen sie bereits auf Gebiet der Donaumonarchie und hatten mit überfluteten Straßen und den Eisenbahnstrecken, die eine andere Spurweite hatte als ihre eigene (Stevenson 2006, S. 96/97), zu kämpfen. Die österreichische Offensive in Galizien wurde zu einer Katastrophe, die Russischen Armeen konnten mit ihren Gegenangriffen die österreichischen Armeen fast vollständig zerschlagen. Erst an den Karpaten kommt der russische Vormarsch zum Erliegen (Mommsen 2003, S. 295). Die k.u.k.-Armee hatte 350.000 Mann verloren (Strachan 2003, S. 51). Indes begann der Leiter des „Kundschaftswesen und die Evidenz des feindlichen Heeres“, Major Max Ronge mit der Säuberung des Kriegsschauplatzes. Verdächtige Elemente sollten so rasch wie möglich aus dem Aufmarschgebiet entfernt werden. Ausländer wurden aus Prinzip für Spione gehalten und aufgegriffen. Einer dieser Ausländer war Wladimir Iljitsch Uljanov alias Lenin, der im galizischen Poronin erwischt wurde, aber nach Intervention der Sozialdemokraten Viktor Adler und Hermann Diamand beim k.u.k. Innenministerium wieder freigelassen und emigrierte in die neutrale Schweiz. Jeder in Frontnähe galt als Verdächtig, so wurde Glockenläuten, Licht- und Rauchsignale, sogar Viehtreiben zu den Stellungen der eigenen Armee als Verrat angesehen. Durch diese Argumente wurden ganze Dörfer eingeäschert, manchmal nannte man dieses Vorgehen auch „strategische Gründe“. Da auf der

Gegenseite nicht anders verfahren wurde, drehte sich die Spirale immer weiter (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 128). Die Österreicher verfahren anfangs mit den russischen Kriegsgefangenen sehr rüde. Erst als sie erkannten, dass die Russen die Toten mit den ihnen gebührenden militärischen Ehren begruben und Kriegsgefangene im Rahmen der Menschenrechte behandelt wurden, änderten auch sie ihr Verhalten (Rauchensteiner 1997, S. 153). Die Täter handelten ihrer Ansicht nach immer durch die im Sinne der Staatsräson legitimierte Gewalt, doch selbst Kaiser Franz Josef ging dieses Vorgehen dann zu weit. Am 17. September 1914 verfasste er ein kaiserliches Befehlsschreiben, dass er nicht wolle, dass durch unberechtigte Verhaftungen auch loyale Elemente in staatschädigende Richtung getrieben werden (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 131).

Dass es sich im Osten um einen Bewegungskrieg handelte, beweist die hohe Zahl der Kriegsgefangenen. In der habsburgischen Armee senkte sich bald die Moral, vor allem tschechische, italienische und serbische Einheiten erwiesen sich als unzuverlässig. Hötzingdorf sollte bald bedauern, von sich aus Angegriffen zu haben. (Stevenson 2006, S. 98). Er bekannte, dass er von Franz Ferdinand erschossen worden wäre, wäre dieser noch am Leben (Strachan 2003, S. 52). Ende September zog die neu gebildete 9. deutsche Armee unter dem Kommando der „Helden von Tannenberg“ General Paul von Hindenburg und seinem Stabschef Erich Ludendorff, Richtung Süden um gemeinsam mit der Habsburgischen Armee nahe Krakau die linke Flanke zu sichern. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Russen nach wie vor mehr Divisionen im Feld stehen als Deutsche und Österreicher gemeinsam. Mitte Oktober marschierte man gegen Warschau, wurde aber überraschend von der Armee des russischen Großfürsten Nikolai angegriffen und mussten sich wieder an ihre Ausgangsposition zurückziehen (Stevenson 2006, S. 106). Was erneut für Verwirrung sorgte: Die Mindestaufgabe der Armeen war es, Einbrüche in das Gebiet der Monarchie zu verhindern. Was aber war die Maximumaufgabe? Die lag im Ermessen der einzelnen Befehlshaber am Kriegsschauplatz. Im September musste erstmals Przemyśl geräumt werden, das Hauptquartier des AOK wurde nach Neusandez verlegt. Erst eine Offensive im Oktober durch den späteren „Löwen vom Isonzo“ Svetozar Boroevic konnte die Festung entsetzen. Przemyśl erlangte dann politischen und psychologischen Status als Symbol des Widerstands. Ähnlich wie Verdun war jedoch die Festung von strategisch eher geringem Wert. Dies wurde

damals zum geflügelten Wort „Przemysl fest in unserer Hand“ (siehe auch Karl Kraus: „Die letzten Tage der Menschheit“). Doch die Festung wurde von den eigenen Truppen regelrecht geplündert.

Doch dann begannen die Schwierigkeiten mit dem Bündnispartner. Am 18. Oktober 1914 verlangte der deutsche Kaiser Wilhelm II von Kaiser Franz Josef, die k.u.k. 1. Armee Hindenburg zu unterstellen (Rauchensteiner 1997, S. 169). Das AOK lehnte ab, doch in Wien war man geneigt, der Bitte nachzukommen. Am 4. November regte man ein gemeinsames Oberkommando unter der Führung von Erzherzog Friedrich und General Erich Ludendorff an, während Conrad die vier k.u.k. Armeen befehligen sollte und Hindenburg die 9. deutsche Armee führen sollte. Dies wäre einer Entmachtung Conrads gleichgekommen. Erzherzog Friedrich begrüßte am 5. November zwar die Idee des einheitlichen Oberbefehls, keineswegs aber die Zuweisung eines deutschen Generalstabschefs. Am 6. November beendete Franz Josef die erste Führungskrise des Krieges, indem er Friedrich und Conrad das vollste Vertrauen aussprach (ebenda, S. 170/171).

In den ersten Dezembertagen nahen deutsche Truppen Lodz ein, in der Schlacht von Limanowa-Lipanolow brachte die Donaumonarchie einen Angriff der dritten russischen Armee zum Stehen und konnte ihrerseits mit einer Gegenoffensive die Russen über die Flüsse Nida und Sunajec zurückwerfen. Es war eine der wenigen selbständigen Operationen der Österreicher, die Erfolg hatte (Stevenson 2006, S. 107).

Nie wieder würden die zaristischen Armeen so tief in habsburgisches Gebiet eindringen. Der Bewegungskrieg im Osten war zwar nicht vorbei, jedoch hatte Russland seinen Zenit überschritten (Stevenson 2006, S. 107).

5.5. Der Krieg gegen Serbien

Politisch gesehen konnte es sich Österreich-Ungarn nicht leisten, gegen Serbien nur Defensiv vorzugehen, obwohl der deutsche Generalstab es verlangte (Strachan 2003, S. 43). Den Pfusch den Österreich-Ungarn schon im Vorfeld bereitete, die B-Staffel, die in Galizien zum Einsatz kommen sollte (bei Bedarf), dann nach Serbien transportiert wurde, da man keinen russischen Angriff in Galizien erwartete, der dann doch eintraf, und somit die B-Staffel (bereits auf

halbem Weg nach Serbien) wieder nach Galizien umdirigieren musste, endete in einem „Scheinangriff“ der B-Staffel, da das Eisenbahnnetz keine Umdirigierung zuließ. Während Serbien einen Angriff von Norden her erwartete, griff Conrad von Westen über Bosnien aus an, da das Gelände operativ besser war. Die Truppen von Feldzeugmeister Potiorek gerieten unter heftiges Feuer. Deshalb forderte er bei Hötzendorf die 2. Armee als Unterstützung (die zur B-Staffel gehörte). Hötzendorf gewährte dies erst nach der dritten Anfrage Potioreks unter der Bedingung, dass die Verlegung der 2. Armee nach Galizien trotzdem planmäßig über die Bühne gehen werde (Keegam 2006, S. 222/223). Die Nachrichten waren verheerend. Die Offensive gegen Serbien war an der Drina vollständig zum Erliegen gekommen, die Russen in Ostpreußen eingedrungen. Der Kriegsverlauf hing von den Entwicklungen an der Westfront ab (Mommsen 2003, S. 294). Die lange ungeklärte Befehlssituation und noch mehr das merkwürdige Hin- und Herschicken der 2. Armee hatte beträchtliche Unsicherheit hervorgerufen. Zeitweilig schien man nicht zu wissen, welcher Befehl galt. Das AOK ließ den General der 2. Armee, General Böhm-Ermolli, wissen, dass er sich für den Abtransport nach Galizien bereithalten solle. Gleichzeitig aber telegraphierte ihm Potiorek, er soll die Donau und Save übersetzen und Belgrad nehmen. Keiner wusste mehr, was er wirklich sollte und so erhielt der Glaube an die Kompetenz der eigenen obersten Kommanden seinen ersten Sprung (Rauchensteiner 1997, S. 129). Wie man sieht gab es nicht nur Kommunikationsprobleme zwischen Politik und Militär sondern auch zwischen den Militärs selbst, die sich aus Neid und Missgunst gegenseitig ebenso misstrauten. Zudem waren die Österreicher nicht auf einen Gebirgskrieg ausgerichtet, zudem erschwerte die glühende Hitze den Vormarsch (Strachan 2003, S. 47). Österreich-Ungarn hatte zu diesem Zeitpunkt den Krieg faktisch schon verloren. Sie taten das, was sie nach ihrer Vorkriegsplanung vermeiden wollten. Sie eröffneten sowohl in Polen und am Balkan die Offensive (Stevenson 2006, S. 98). Dies führte zudem zu Problemen, da sich potentielle Bündnispartner wie Rumänien, Bulgarien und die Türkei plötzlich zierten, an Seite der Donaumonarchie in den Krieg zu ziehen, wobei Conrad allerdings nicht militärische, sondern diplomatische Gründe dafür verantwortlich machte (Rauchensteiner 1997, S. 132). Innerhalb der Mittelmächte kommt es zu einer Auseinandersetzung, ob man den Schwerpunkt der Kampfhandlungen nicht an die Ostfront verlegen sollte, da hier

noch ein Bewegungskrieg über weite Räume möglich ist (Mommson 2003, S. 296). Mitte September waren alle Invasionsversuche gescheitert. An der Westfront begann mit dem offiziellen Ende der Ersten Ypernschlacht am 22. November 1914 das große Eingraben. Hötzendorf wurde vom deutschen Bündnispartner im Unklaren gelassen, was an der Westfront passierte. Die knappen Pressemitteilungen bagatellisierten die Rückschläge (Stevenson 2006, S. 100). Ähnlich wie in Galizien hatte die Monarchie die Bevölkerung auch am Balkan nicht auf seiner Seite. Feldzeugmeister Potiorek stand aber in Gestalt des Kriegsdienstgesetz es von 1912 ein starker Hebel zur Verfügung. Bei nationalem Notstand kamen die Rechte der Armee vor denen der Bürger. Unter Führung der Armee wurde bereits Ende Juli ein Kriegsaufsichtsamt gebildet, dass die Vorgehensweise aller Kontrollbehörden des Staates koordinierte (Strachan 2003, S. 47). Dadurch verschwammen die Unterschiede zwischen Zivil und Militär. Es gab eine Direktion für das Verhalten gegenüber der Bevölkerung in Serbien. Darin hieß es:

„Der Krieg führt uns in Feindesland, das von einer mit fanatischem Hass gegen uns erfüllten Bevölkerung bewohnt ist, in ein Land, wo der Meuchelmord, wie auch die Katastrophe von Sarajewo zeigt, selbst den höher stehenden Klassen als erlaubt gilt, wo er gerade als Heldentum gefeiert wird. Einer solchen Bevölkerung gegenüber ist jede Humanität und Weichherzigkeit unangebracht, ja geradezu verderblich, weil diese sonst im Krieg ab und zu möglichen Rücksichten hier die Sicherheit der eigenen Truppe schwer gefährden.“ (aus einem Befehl an das 9. k.u.k. Korpskommando, Strachan 2003, S. 48).

Österreich-Ungarn hatte zwar die Haager Konvention zwar nicht ratifiziert, seine Armee jedoch hingewiesen, sie zu beachten.

Anfang November eröffnete Potiorek mit verstärkten Truppen eine erneute Offensive gegen Serbien. Am 2. Dezember konnten Potioreks Truppen Belgrad einnehmen, König Peter von Serbien entband seine Soldaten von ihrem Eid, ergriff selbst die Waffe und stürmte an die Front. Am 13. Dezember mussten die „Schwaba“ wie die Serben die Österreicher und die Deutschen verächtlich nannten (Keegan 2006, S. 224) Belgrad wieder räumen. Die Armee zog sich erneut an die Ausgangsbasis zurück nachdem sie Verluste in Höhe von 28 000

Toten, 120 000 Verwundeten und 76 500 Gefangenen hinnehmen mussten. Die Verluste der Serben waren im Vergleich (sie hatten eine viel kleinere Armee) um nichts geringer: 22 000 Tote, 92 000 Verwundete, 19 000 Gefangene. Serbien war Ende 1914 zu schwach, um noch eine Gefahr für die habsburgischen Länder darzustellen, so dass die Österreicher schließlich 1915 ihre Grenztruppen am Balkan abziehen konnten (Stevenson 2006, S. 108). Der Balkan wurde zum Nebenkriegsschauplatz. Was er von Anfang an hätte sein sollen. Potiorek demissionierte.

6. Das Ende des „Kurzen Krieges“

Man hatte hunderte Kriegspläne erprobt, aber sie waren gescheitert und hatten hunderten Tod und Verwundung gebracht. Allein diese Tatsache stand einer Rückkehr zum Status Quo durch Verhandlungen im Weg. Der Winter 1914/15 brachte den Wendepunkt, beide Seiten rüsteten ihre Industrien, ihre Politik auf einen langen Kampf (Stevenson 2006, S. 130). Auf den ersten Blick war die militärische Lage der Mittelmächte am Ende des Jahres 1914 eigentlich gut, da man tief im Feindesland stand. Doch der Eindruck täuschte. Die Entscheidung im ersten Anlauf, wie ursprünglich geplant, war gescheitert und die Donaumonarchie in arger militärischer Bedrängnis und aus eigener Kraft nicht mehr fähig, offensiv tätig zu werden. Trotz allem waren die Errungenschaften groß genug, um den Krieg nicht zu beenden. Im Westen besetzten die Deutschen, obwohl der Schlieffen-Plan gescheitert war, große Gebiete Frankreichs. Diese Besetzung konnten die Franzosen und die Briten nicht hinnehmen, ohne eine Niederlage eingestehen zu müssen (Stevenson 2006, S. 109). Österreich war in der verzwickten Lage, dass Russland auf Habsburgischem Gebiet stand, und Festungen wie Przemyśl und Lemberg erobert hatte, die als Symbol der Unbesiegbarkeit aus moralischen Gründen zurückerobert werden mussten und Italien mit einem Kriegseintritt auf Seite der Entente spekulierte. Serbien war zwar keine Gefahr mehr, aber besiegt war es auch noch nicht. Das Militär konnte seine großspurigen Versprechen, die sie vor Kriegsbeginn gaben, nicht halten, womit die Initiative Ende 1914 wieder auf die Politiker überging. Doch man darf nicht annehmen, dass die Diplomatie in den ersten Kriegsmonaten vollständig zum

erliegen kam, denn es begann mit Kriegsausbruch ein erbittertes Ringen um die Neutralen (Mommsen 2003, S. 296). Vor allem auf dem Balkan, wo die Spannungen zwischen den Ländern die Diplomaten beider Mächtegruppen in ihrem Bemühen bestärkte, sie auf die eigene Seite zu ziehen. Montenegro trat schon im August auf die Seite Serbiens, am 6. September bildete Österreich-Ungarn ein Defensivbündnis mit Bulgarien, das sich aber noch davor hütete, gegen Serbien loszuschlagen (Ebenda, S. 297).

Der große Unsicherheitsfaktor war Rumänien, dass zwar deutschfreundlich galt, aber sich nicht an den Bündnisvertrag von 1883 halten wollte, wobei gerade Weizen, Öl und der sichere Schifffahrtsweg entlang der Donau nach Rumänien für die Mittelmächte wichtig war. Beide Bündnisgruppen pumpeten Unsummen von Geld in die „rumänische Frage“. Ähnlich verhielt es sich mit Griechenland. (Ebenda, S. 298). Durch das Missachten der Bündnisverpflichtungen Rumäniens war die komplette Südflanke der Habsburgischen Armee entblößt, die Deutschen konzentrierten sich auf Ostpreußen, was Hötzendorf die Sicherheit im Norden nahm (Strachan 2003, S. 50). Was weder die Politik noch das Militär in seine Vorkriegsplanungen aufnahm war das, was dann tatsächlich eintrat: Der Misserfolg. Und das zweite unvermutete Problem: Die Logistik. Nicht nur in militärischer, sondern auch in ziviler Sicht. Im Hinterland verkehrten kaum noch Züge für den Warentransport. Ein weiterer Beweis, wie wenig durchdacht die totale Mobilmachung von statten ging. Innenminister Baron Heinold schlug schon Mitte August 1914 Alarm: Wenn nicht bald wieder der Kohlenzufuhr- und Lastzugstransport wenigstens zum Teil in Gang gesetzt werde, drohe der Donaumonarchie eine industrielle Katastrophe. IN Triest lagerten zum Beispiel 5000 Waggons Reis im Wert von 15 Millionen Kronen, die den Jahresbedarf der Monarchie stellten. Doch sie konnten nicht fortgebracht werden (Rauchensteiner 1997, S. 143).

Die Entente versuche jedoch von Anfang an Italien zu einem Kriegseintritt gegen die Mittelmächte zu bewegen.

Die Deutschen schlugen nach den Misserfolgen der Monarchie vor, Italien umfangreiche territoriale Zugeständnisse zu machen, um den Dreibund endgültig zur Entfaltung zu bringen. Doch Conrad konterte am 8. September, dass es nur dem Unvermögen Deutschlands anzulasten sei, seine Vorkriegszusagen

einzulösen und Frankreich zu überrennen, weshalb Österreich-Ungarn eine Schlappe in Galizien erhalten habe (Rauchensteiner 1997, S. 165).

In Italien war man entschlossen, die Schlüsselposition, die einem zugerechnet wurde, auszunutzen und territoriale Gewinne zu erzielen. Am 4. August begannen die Geheimverhandlungen mit der Entente. Man verlangte neben dem Trentino, Triest und der dalmatischen Küste auch bereits Südtirol. Doch die starken wirtschaftlichen Bindungen an das deutsche Reich und die Donaumonarchie, machte es schwierig, die öffentliche Meinung von einem Kriegseintritt zu überzeugen. Insbesondere Aussenminister San Giuliano betrieb eine vorsichtige Politik über den Kriegseintritt. Erst nach seinem Tod im Oktober 1914 wurde die wurde die „Interventionspolitik“ Italiens konkreter. (Mommsen 2003, S. 299/300). An beiden Fronten saßen die Österreicher Ende 1914 fest, insgesamt hatte die Armee 957.000 Mann (laut Stevenson 1,25 Millionen) verloren (Strachan 2003, S. 53). Auch innerösterreichisch war schon im Oktober 1914 die Lage prekär. Die Getreideproduktion sank beträchtlich, die Bäcker begannen Kartoffelmehl zu verwenden um Mischbrot zu backen, im Mai 1915 wurden zwei fleischfreie Tage eingeführt und die Bierproduktion zurückgeschraubt. Der Verbrauch der Armee war zu groß. Dazu fielen wichtige Regionen der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem in Galizien, wegen der dortigen Kampfhandlungen aus (Berghahn 2006, S. 85.). Bezeichnend für die Fehlkalkulation in Österreich-Ungarn war einmal mehr der Konflikt zwischen Potiorek und Conrad. Der Chef des Generalstabs beschwerte sich im September 1914, dass die Balkanstreitkräfte mit mehr Munition ausgestattet wurden als die Armeen an der Nordostfront. Darin spiegelt sich wieder, dass man vor Kriegsbeginn mit schlechten, logistischen Verbindungen auf den Balkan gerechnet hatte und so mehr Munition dort lagerte. Doch das Kriegsministerium bekannt offen, dass man nicht mit einem Krieg von langer Dauer gerechnet habe (und das nach dem ersten Kriegsmonat!). Als Außenminister Berthold Anfang Januar 1915 unter deutschem Druck Anstalten machte, in der Trentino-Frage weich zu werden, wurde er durch Graf Burian ersetzt (Mommsen, 2003, S. 306). Ein großes Hindernis für eine Versöhnung waren die Verlustzahlen, die 1914 proportional gesehen die höchsten des ganzen Krieges waren. Durch die Technologie wurde der Krieg zu einer Kampfansage an

die Zivilisation, nahm ideologische Dimensionen an, wurde zu einem Kreuzzug zum Erhalt liberaler und humanitärer Werte (Stevenson 2006, S. 125).

Wesentlich wurde die Vielvölkerproblematik für die Armee der Habsburger, als erkannt wurde, dass das „Abenteuer Krieg“ nicht von erwarteter kurzer Dauer sein wird. So wurde die Armee zum „Gefängnis der Nationen“, wo die allgegenwärtigen Deutschen die Gefängniswärter waren. Die Donaumonarchie sei dem Wesen nach instabil gewesen, was nach dem Krieg schnell revidiert wurde, da Überläufer die Ausnahme bedeuteten und die Armee insgesamt bemerkenswert kaisertreu gewesen sei. Laut Keegan bewegt sich die heutige Auffassung in der Mitte. In der Armee gab es neun Sprachengruppen: 44 Prozent Slawen, 28 Prozent Deutsche, 18 Prozent Ungarn, der Rest Rumänen und Italiener. Die Deutschen galten als zuverlässig, die Ungarn, privilegierte Gleichgestellte und Nichtslawen blieben zuverlässig, bis sie zum Schluss mit der drohenden Niederlage konfrontiert wurden, die katholischen Kroaten hatten eine lange Tradition der Treue zum Habsburgerreich, viele bewahrten diese. Die Polen waren getrieben vom Hass gegen Russland und Misstrauen gegen die Deutschen. Da sie aber im Habsburgerreich politische und gesellschaftlich gleichgestellt waren, blieben sie kaisertreu (umso mehr verwunderlich, dass es die Armee in Galizien nicht schaffte, die Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen. Eine wesentliche Voraussetzung in der Kriegsführung, die Mao später als „Fisch im Wasser“-Theorie weiterführte.). Die moslemischen Bosnier, die in gesonderte sepoymähnlichen Regierungen erfasst waren, blieben zuverlässig. Die übrigen Slawen, besonders Tschechen und Serben, verloren rasch die Begeisterung, die sie während der Mobilmachung gezeigt hatten. Einzig die Treue zu Kaiser Franz Josef machte die Armee zu einer erfolgreichen und sogar populären multiethnischen Einrichtung (Keegan 2006, S. 226). Als die Serben im August 1914 den Krieg nach Ungarn und Bosnien trugen, sich bis auf 36km an Sarajevo näherte, schafften sie es dennoch nicht, den erhofften Aufstand der Bevölkerung zu entfesseln. Ein weiterer Beweis dass die slawische Paranoia der Österreicher unbegründet war (Stevenson 2006, S. 108).

Was der Kriegswinter von 1914/15 den Soldaten abverlangte, war vorher in dieser Größenordnung noch nicht dagewesen. Der sogenannte „Karpatenwinter“ stellte allergrößte Anforderungen an die physische Verfassung der Soldaten. Die Männer waren derart erschöpft, dass sie nicht mal das „Feuer von hinten“ davon abhalten

konnte, die Stellungen zu verlassen. Die k.u.k. 2. Armee meldete, dass sie von 95.000 Mann knapp 40.000 verloren hatte, mehrheitlich nicht in Kampfhandlungen, sondern durch Erfrierungen (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 138).

An allen Fronten verloren die Angriffe immer wieder an Schwung, überall stießen die Angreifer auf die gleichen Probleme, die nach Kriegstheorie im Vorhinein beseitigt werden sollten. Sie rückten weiter vor, als ihr Telephon- und Telegraphennetz reichte, mussten sich auf Funksprüche verlassen, die ihre Gegner abfangen konnten, mussten die Eisenbahn hinter sich lassen (Stevenson 2006, S. 108). Was passiert war, ließ sich auf die einfache Formel bringen, dass die Operationstheorien von falschen Voraussetzungen ausgegangen waren. Es hatte sich gezeigt, dass eine buchstäbliche und zumeist vordergründige Interpretation wessen auch immer, von Clausewitz', Jominis, Ardant du Picqs oder auch Erzherzog Carls in einem Blutbad ihr Ende fanden (Rauchensteiner 1997, S. 137).

Doch von einem Ende des kurzen Krieges zu sprechen, entspricht nicht ganz der Wahrheit. Zumindest nicht im Vergleich zu den Perioden davor und danach. Die Illusion des kurzen Krieges – eine der Gründe für den Kriegsausbruch – endete nicht Ende 1914. Im Gegenteil: Soldaten und Zivilisten, die das Geschehen ja noch nicht in der Perspektive der Rückschau erfassen konnten, lebten überwiegend im Glauben, eine letzte entschlossene Anstrengung könne den Sieg bringen (Stevenson 2006, S. 134). Um etwas vorauszublicken: Das änderte sich auch nicht Ende 1915. Im Gasthof Postwirt im Kärntner Ort Seeboden findet sich ein Schild mit der Aufschrift „Zum Gedenken an den Krieg 1914 bis 1916“. Zur Silvesterfeier 1916 schlugen die Gäste Nägel in das Schild, um das rasche Kriegsende zu feiern. Gesellschaftlich gesehen änderte sich die Lebensweise in der Monarchie fast gar nicht. Durch die außen- sowie innenpolitische Übereinkunft, dass die Regierung keine Maßnahmen ergreifen werde, die zur Beunruhigung der Bevölkerung auf Grund von Engpässen in der Lebensmittelversorgung führen sollte, änderten die Menschen nicht ihre Lebensgewohnheiten. Trotz steigender Preise begann niemand, stärker hauszuhalten (Rauchensteiner 1997, S. 143).

6.1. Die Denkschriften der Grafen Forgach und Andrian

Im Juli 1914 waren die Kriegsziele nicht klar formuliert. Serbien sollte nur gedemütigt werden, die Vormachtstellung der Doppelmonarchie wieder hergestellt und das Ansehen selbiger noch verbessert werden. Die erklärten und ausformulierten Kriegsziele waren: Ende des serbischen Einflusses am Balkan und ein Ende der Panslawismus-Unterstützung der Russen. Das keine Gebietsansprüche formuliert wurden ging vorerst an die Adresse Italiens und Russlands. Für die Gegner kam nur eine Auflösung der Donaumonarchie in Frage (Rauchensteiner 1997, S. 189 ff.).

Tschechische Emigranten unter der Führung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Tomas Masaryk wollten einen unabhängigen Staat, was eine deutsche Niederlage zur Voraussetzung hatte, was zu diesem Zeitpunkt, im August 1914 noch eine irrsinnige Annahme war. Gleichzeitig aber büßte Österreich-Ungarn Sympathien in aller Welt ein. Zum Diskussionspunkt wurde Polen. Deutschland wollte keine polnischen Gebiete, da man dort ohnehin der Ansicht war, zu viele Polen im Reich zu haben. Man vertrat eher die großpolnische Lösung mit einer engen Anbindung an Österreich-Ungarn. Wien verweigerte aber das, weil das eine Trialismus im Reich bedeutet hätte. Auch aus Ungarn kam ein klares „Nein.“

Zu diesem Zweck verfasste Leopold Graf Andrian-Warburg (erlangte Bekanntheit als Vorlage für Arthur Schnitzlers „Leutnant Gustl“, weil er eine Duellaffäre mit einem Bäcker hatte) im Herbst 1914 eine Denkschrift, die eine Änderung der Kriegsziele zur Folge hatte. Titel: „Die Frage des österreichischen Gebietserwerbs im Nordosten im Falle eines glücklichen Kriegs der Zentralmächte gegen Russland.“

So sei es die Aufgabe der Doppelmonarchie „einerseits den kleinen Nationen, deren geographische Lage und numerische Schwäche es unmöglich macht, eine selbständige staatliche Existenz zu führen, die Vorteile einer freien nationalen Entwicklung, verbunden mit der Sicherheit, der Macht und den wirtschaftlichen Gedeihungsmöglichkeiten zu geben, welche die Zugehörigkeit zu einem der größten Reiche Europas verbürgen.“ (ebenda, S. 193). Andrian ging sogar soweit, sich zu überlegen, wo Österreich-Ungarn als katholisch Vormacht auftreten könnte. Dazu wäre ein Niederlage Frankreichs nötig. Andrian meinte, dass nach

Ende des siegreichen Krieges Gebietszuwächse unumgänglich wären, um gemeinsam mit Russland, Großbritannien und Deutschland die Gruppe der Großmächte ersten Ranges zu bilden. Doch man durfte Deutschland nicht leer ausgehen lassen und ein großpolnisches Reich würde innerhalb der Monarchie Spannungen hervorrufen. Spätestens aber jetzt, nach einigen Monaten Krieg erkannte man das Abgehen von der bloßen Rache für Sarajewo ebenso wie die Abkehr von jener den Krieg dominierenden Stimmung, dass die Monarchie lediglich einen Existenzkampf führe und nur auf dem Balkan und Italien Veränderungen notwendig sein würden.

Ein enger Berater des Außenministers Berthold, Johann Graf von Forgach, griff im Jänner 1915 zur Feder. Nach der Ablöse Bertholds wurde diese Denkschrift aber nurmehr archiviert. Demnach waren die Niederlagen am Balkan nicht wieder gut zu machende Konsequenzen für die Stellung der Monarchie in diesem Raum. Deswegen sei ein Angriff Italiens und Rumäniens zu befürchten, meinte er weiter. „Unter diesen kritischen Umständen, bei den großen Gefahren der Fortsetzung des Krieges und der sehr geringen Wahrscheinlichkeit der Besserung, muss an allen verantwortlichen Stellen die Frage auf das ernsteste erwogen werden, ob nicht der Abschluss des Friedens mit allen Mitteln anzustreben wäre. Es ist kein Zweifel, dass ein von uns angeregter Friede zu diesem Zeitpunkt nur ein ungünstiger sein kann. Jener Teil, welcher zuerst Friedenswünsche äußert, wird von den Gegnern als besiegt betrachtet werden und ihre Ansprüche werden entsprechend steigen.“ (ebenda, S. 195). Gegenüber Serbien und Russland wollte er den Status Quo erhalten, eventuell die Preisgabe Galiziens riskieren, Italien in der Vermittlerrolle das Trentino abtreten. Erstmals wurde die Kriegsschuld den Deutschen in die Schuhe geschoben: „Bei eventuellen deutschen Vorwürfen werden wir es nicht verschweigen dürfen, dass der unglückliche Ausgang sowohl politisch als auch militärisch nur Deutschlands Schuld ist.“ Denn Österreich wollte ja nur gegen Serbien Krieg führen, Deutschland hatte alle anderen, insbesondere England, mit reingezogen. Forgach notierte weiter: „An dem Ausbleiben militärischer Erfolge ist abermals nur Deutschland Schuld. Militärisch hat die Monarchie bisher nur an einem Punkt, in Serbien, schlecht abgeschnitten. Aber auch hier war es nur der energischste deutsche Druck, welcher uns in voller politischer und militärischer Verkenntung der Wirklichkeit des Balkankriegsschauplatzes zwang, gegen unsere bessere Überzeugung alles nach

Norden zu werfen.“ Als Besiegter sah Forgach aber weder die Doppelmonarchie, noch Deutschland. Deswegen sollte ja auch der Bündnispartner damit zufrieden sein, „mit einem glimpflichen Frieden und unbesiegt den Krieg zu beenden.“ Die erste Darstellung von „unbesiegt im Felde“ war aufgetaucht, der Mythos früh geboren. Und interessanterweise von einem Diplomaten. Die Großmachtstellung würde erhalten bleiben, die Wirtschaft sich in einigen Jahren wieder erholen. Eine Fortsetzung des Kriegs kommentierte Forgach nur mit einem Wort: „Katastrophe“. Forgach sah die äußeren und politisch-strategischen Komponenten recht klar, doch er dachte ausschließlich diplomatisch, kabinettskriegartig (Rauchensteiner 1997, S. 196 ff.). Forgach missinterpretierte den Charakter des Kriegs, der nicht mehr nur ein Volkskrieg war, dem zu diesem Zeitpunkt aber auch die Komponenten zum totalen Krieg fehlten. Ein totaler Frieden, wie es Rauchensteiner behauptet, wäre also abzuwenden gewesen.

Im Außenministerium verbreitete sich eine weitere Denkschrift Andrians der die minimalen und die maximalen Kriegsziele formuliert hatte:

Minimale Ziele: territoriale Abtretungen Serbiens, Auslieferung schwerer serbischer Waffen und Kriegsentschädigungen von einer halben Milliarde Kronen. Gegenüber Russland war man bescheiden, Italien sollte mit Albanien entschädigt werden.

Maximale Ziele, deren Voraussetzung ein Sieg der Deutschen im Norden waren: große territoriale Erweiterung am Balkan und Russisch Polen, große Kriegsentschädigungen und Kolonien aus der britischen Konkursmasse. Am 10. Jänner 1915 kam es zum Posener Vertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, womit der Kriegsausgang eindeutig annexionistische Signale bekam (ebenda, S. 198). Ganz zum Unterschied zum Kriegsbeginn.

7. CONCLUSIO

Im Geiste Clausewitz kann man sagen, dass Österreich-Ungarn Anfang Juli 1914 den Krieg als Mittel der Politik einsetzen wollte. Allerdings sollte es sich nur um einen zeitlich begrenzten, lokalen Konflikt zwischen zwei Staaten handeln (Strachan 2003, S. 56).

Der Erste Weltkrieg kann als globales Medienereignis bezeichnet werden.

Es war ein Kampf um die zukünftige Weltordnung, durchgeführt mit Begriffen und Bildern, um Sympathie und Anerkennung, in dem entschieden wurde, nach welchen sprachlichen Mustern und nach welchen allgemeinem Legitimationsformeln Internationale Politik zu betreiben sei (Jeismann 2003, S. 208).

Da es ein Kampf um Identität war, bestand seit den ersten Kriegstagen im August 1914 zwischen den beiden Kriegsparteien eine Mauer, die Kompromissfindung und Verständigung unmöglich machte. Dies lag so fern, wie der Sieg beider oft scheinbar nahe. Die mit allen Mitteln der Technik durchgeführte Propaganda war sich nicht alleine Schuld an diesem Weltkrieg. Die intellektuellen Eliten hatten sich in allen Krieg führenden Ländern am Beginn hinter ihre Regierungen, und manchmal auch in den propagandistischen Dienst selbiger, gestellt. In gewissem Sinne haben sie mit allen publizistischen und ästhetischen Mitteln einen „Krieg der Geister“ geführt, welcher die ideologische Rechtfertigung des eigenen, und die Verteufelung des gegnerischen Lagers zum Ziel hatte (Mommsen 2004, S. 19). Der Nationalismus wurde instrumentalisiert, wobei sich die Donaumonarchie verkalkulierte, da zum Beispiel die Polen einen anderen Weg im Weltkrieg einschlugen, als erwartet. Sie sollten einen Aufstand in russisch-Polen durchführen. Im Nachhinein wirkte die klägliche Art dieser gescheiterten Instrumentalisierung des Nationalismus als Verzweiflungstat eines in die Enge getriebenen Habsburgerreiches (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 85). Für die Deutschen schien es ein Krieg zwischen Germanentum und Slawentum zu sein, etwas, das nicht zu Österreich-Ungarn passte. Österreich-Ungarn war ja angetreten, um die Vielvölkerstruktur, in der die Slawen eine beträchtliche Rolle spielten, zu verteidigen und zu festigen (Rauchensteiner 1997, S. 106). Doch die geistige Elite hatte in der Nachkriegszeit an den Verlustzahlen zu leiden. So starben von den Unterzwanzigjährigen der Universitäten von Oxford und Cambridge 23,7 bzw. 26,7 Prozent – Vergleich zum Armeedurchschnitt von 16,2 Prozent. Diese Studenten waren die „Lost Generation“, deren Ausfall in England viele für die spätere Führungsschwäche des Landes verantwortlich machten, vor allem im Hinblick auf die Jahre des Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren, auf die England keine passende politische Antwort parat hatte (Berghahn 2006, S. 11).

Aber ohne propagandistische Mittel, die das Volk in den Krieg trieben, hätte der Krieg keine vier Jahre andauert und es aus der Nachkriegszeit keine Vorkriegszeit geworden. Die Monarchie scheiterte zudem am mangelnden Vertrauen in die eigenen Bevölkerung, woraus in der Nachkriegszeit einige „Anti-Strömungen“ aufkamen. Slawische k.u.k.-Soldaten waren zu den Russen übergelaufen, da ihnen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ihre Unterstützung im nationalen Kampf zusicherten. Vor allem die Tschechen konnten damit gewonnen werden. Das Infanterieregiment Nr. 28, das Prager „Hausregiment“, wies ungewöhnlich hohe Verlustzahlen auf, weil sich die Soldaten massenweise den anstürmenden Russen ergaben. Dadurch schufen die Österreicher ihre eigene Legende vom Verrat der Böhmen. Wenig Bedeutung aber schenkte man in der Monarchie dem Umstand, dass die Überläufer schlecht ausgebildet und noch miserabler ausgerüstet waren (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 134).

Ein interessanter sozialer Aspekt ist die Scheidungsrate und die Zahlen der häuslichen Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg. Viele der Heimgekehrten waren auf die Hilfe ihrer Familie angewiesen, die oftmals mit einer derartigen Situation überfordert waren. Viele Heimkehrer waren verbittert und plagten sich mit den Alpträumen herum, in denen sie die schrecklichen Gefechtsszenen im Schlaf noch mal erlebten. Viele von ihnen ließen ihre Bitterkeit an der Familie aus, indem sie verbal und physisch gewalttätig wurden. In Frankreich verdoppelte sich die Zahl der Scheidungen, die 1913 bei 16 000 lag auf 35 000 bzw. 31 000 in den Jahren 1920 und 1921. Viele litten unter den Verstümmelungen. Die „Männer mit zerbrochenem Gesicht“, also jene, deren Antlitz auf groteske Weise zerstört worden war, liefen fortan mit einer Maske herum um ihre Spiegelbild zu ertragen. In den Lazaretten des Weltkriegs, wo ihre Gesichter wieder zusammengeflickt wurden, waren Spiegel verboten (Berghahn 2006, S. 13). Weiters wurde während des Weltkriegs der Anstieg der Frauenarbeit nicht mehr nur aus wirtschaftlicher Not der Unterschichten zu erklären, sondern viele Frauen sahen ihre Entscheidung Erwerbstätig zu werden als patriotische Tat an. Es war der Beginn ihres Drängens nach politischer Gleichstellung, während die Männer versuchten, nach ihrer Rückkehr von der Front innerhalb ihrer Familien die Uhren zurückzustellen und die fast überall in Europa vor 1914 bestehenden Geschlechterverhältnisse wiederherzurichten (ebenda, S. 79).

Die Julikrise war der große Entscheidungsfaktor, wie auch Stevenson rückblickend schrieb. Die Großmächte scheiterten am Großmachtdenken. Die Österreicher und die Deutschen hatten nach diplomatischen Lösungen für ihr Problem gesucht, dass sie in Europa eingekreist wären. Diese waren allerdings fruchtlos, zudem lief ihnen die Zeit davon. Für die Donaumonarchie lagen die Nachteile einer passiven Haltung auf der Hand: Aufstand im Inneren, verbunden mit einer Intervention von außen zur Unterstützung der Südslawen. Außen- und Innenpolitik waren eng miteinander verknüpft (Strachan 2003, S. 59). Der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg malte während der Julikrise gekonnt die russische Gefahr an die Wand, doch war die Stärke des deutschen Reiches nach innen und außen größer als jener Österreich-Ungarns. Wenn das deutsche Reich untätig bliebe, bestand die Gefahr weniger darin, dass sie eine militärische Niederlage erleiden würden, sondern dass sie nicht länger seinen Wünschen durch eine glaubhafte militärische Stärke Rückhalt verleihen zu können. „Selbstentmannung“ nannte der deutsche Kanzler diese Situation, den Verlust der Großmachtstellung. Angesichts dieser Gefahr waren die Deutschen sogar dazu bereit, den Zerfall Europas in Kauf zu nehmen. Doch waren sie damit nicht die einzigen. Die Russen hatten jüngst eine schmerzvolle Krise erleiden müssen und fürchteten in den zweiten Rang zurückzufallen, sollte keine Einschüchterungspolitik betrieben werden. Nikolaus II und Sasonow waren eher bereit, das Risiko eines Krieges einzugehen, als nachzugeben. Für Frankreich war klar, dass man das Bündnis mit Russland nicht aufgeben werde, England wollte keine deutsche Beherrschung des Kontinents. Dennoch hätte realpolitisch gesehen, ohne einen Einfall der Deutschen in Belgien, England keinen Grund gehabt, in den Krieg einzutreten (Stevenson 2006, S. 61). Der Weltkrieg kann aber nicht auf den deutschen „Griff nach der Weltmacht“ reduziert werden. Ausgelöst wurde er durch einen lange schwellenden Konflikt im traditionellen, europäischen Mächteverhältnis, wo die weltpolitischen Gegensätze als verschärfte Faktoren im Hintergrund blieben. Nach Ausbruch des Krieges brachen jedoch alle Dämme, die den Nationalismus und Imperialismus der Völker bisher zurückgehalten hatten. Der Krieg steigerte sich, im Sinne Clausewitz, zu einem gnadenlosen Ringen, dass nur in der absoluten Niederwerfung des Gegners sein legitimes Ziel hatte (Mommsen 2003, S. 301). Worin allerdings die Unterscheidung zum totalen Krieg zu sehen ist, ist folgendes: Kurz nach Kriegsbeginn kam es zur für den Krieg typischen Unterscheidung

zwischen Front und Heimat, verbunden damit die Bildung neuer Machtzentren mit den Oberkommanden am Balkan und im AOK. Der totale Krieg kennt die Unterscheidung zwischen Front und Heimat allerdings nicht (Rauchensteiner 1997, S. 112).

Alle Kriegstheoretiker waren bzw. sind sich einig, dass Zeit ein bestimmender Faktor im Krieg ist. Selbst Wellington verdankte seine Siege bei Salamanca und Waterloo seinem Gespür für den richtigen Zeitpunkt, Schlieffen war dies ebenfalls bewusst (Keegan 2006, S. 203). Deswegen bleibt rätselhaft, warum Österreich-Ungarn mit der Kriegserklärung so lange zuwartete und somit ihren Vorteil verspielten. Nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Sicht. In diesem Fehler waren sich die Politik und Militär in Österreich-Ungarn, so selten es auch vorkam, einmal einig. So dauert die Alarmperiode zur Einberufung der Reservisten nach Vorschrift des k.u.k.-Heeres 24 Stunden. Statt aber diesen knappsten Zeitraum zu wählen, wurde er sogar noch erstreckt, wurde den Einberufenen der Mobilmachungstag als „freier Tag“ zugestanden, um ihre privaten Angelegenheiten zu regeln. Das führte zudem noch zur Verwirrung, da die Reservisten, die schon einrücken wollten, in den Kasernen keine angerichteten Lager fand und so vor den Kasernen lagern mussten (Rauchensteiner 1997, S. 117). Vor allem, wenn es um die Einbindung des Außenministeriums ging, stockte die Kommunikation. Selbst der Kriegsminister musste oftmals Informationen regelrecht erbitten. Der Generalstab zog es offensichtlich vor, gewisse Dinge für sich zu behalten (Moritz/Ledinger/Jagschitz 2007, S. 84). Die vom k.u.k. Innen- und Außenministerium geschickten Vertreter Baron Eichhoff und Baron Giesl von Gieslingen machten sich im AOK nachhaltig unbeliebt, hatten sie doch den Auftrag exakt von der militärischen Lage und den wesentlichen militärischen Ereignissen zu berichten. Sie berichteten nicht nur früher und ausführlicher als dies die Meldungen des AOK nach Wien betraf. Giesl berichtete auch zutreffender (Rauchensteiner 1997, S. 112). Zudem gab es faktisch ab dem 21. August keine gemeinsame Kriegsführung in der k.u.k.-Armee mehr, da sich das AOK gegenüber dem Balkankommando im Streit um die Truppenstärke nicht durchsetzen konnte. Potiorek gelang es nach einer heftigen Auseinandersetzung mit Conrad am 21. August, den Chef der kaiserlichen Militärkanzlei, Bolfras, dazu zu bringen, dem Kaiser ein Befehlsschreiben zur Unterzeichnung vorzulegen, in dem festgelegt

wurde, dass Potiorek fortan ein selbständiges Kommando führen konnte. (ebenda, S. 131).

Das gegenseitige Misstrauen barg nicht nur in strategischer Sicht Probleme. So bezog das Evidenzbüro sein Budget aus dem Außenministerium. Dieses setzte aber bei der Beschaffung von Informationen auf den eigenen Kompetenzbereich und leitete die zur Verfügung stehenden „Informationsgelder“ nur widerwillig an die Kollegen vom militärischen Geheimdienst weiter. Der frühere Außenminister Lexa von Aehrenthal fürchtete nichts so sehr wie diplomatische Verwicklungen als Folge von „Entgleisungen“ der militärischen Spionage und Spionageabwehr. Hinzu kam die persönliche Feindschaft Aehrenthals mit Conrad von Hötzendorff, der die Bedeutung des militärischen Geheimdienstes für die moderne Kriegsführung durchaus würdigte und am politischen Talent des Außenministers zweifelte. Dieser habe die Monarchie auf eine aktive Außenpolitik eingeschworen, stemmte sich aber andererseits hartnäckig gegen jene, die den Fortbestand der Monarchie an eine militärische Machtdemonstration knüpften (Moritz/Leidinger/Jagschitz 2007, S. 67 ff.). Alles natürlich, um das „Vaterland“ zu schützen. Es sei dazugesagt, dass Hötzendorff vom Charakter her grundsätzlich keinem Politiker in irgendeiner Form diplomatische Fähigkeiten zuzutrauen schien. Und schon gar keine Militärischen. Außenminister Berchthold telegraphierte an seinen AOK-Vertreter, Baron Giesl, zum Streit um die Truppenverschiebungen: „Es liegt mir gänzlich ferne, auch nur indirecten (sic!) Einfluß auf die militärischen Operationen nehmen zu wollen. Vom Standpunkt meines (außenpolitischen) Ressorts müsse ich allerdings darauf aufmerksam machen, dass, falls durch den Abtransport der engagierten Truppen (...) die Operationen (...) auch nur zum Stillstand kämen und die im Auslande bekannt werden sollte, die allernachteiligste Rückwirkung auf das Verhalten sämtlicher Balkanstaaten – eventuell auch Italien – im gegenwärtigen Konflikte zu besorgen stehe und ich für das Eintreten einer solchen, in ihren Konsequenzen unabsehbaren Wendung die Verantwortung ablehne müsse.“ (Rauchensteiner 1997, S. 133). Conrad tat eine Truppenverstärkung auf dem Balkan als „unverantwortlich“ ab. Als dann tatsächlich der besagte ungünstige Fall eintrat und die potentiellen Bündnispartner am Balkan zögerlich wurden, gab Conrad der Politik die Schuld: „Die bedauerlichen diplomatischen Misserfolge, welche zwei Verbündete, Italien und Rumänien, zum Abfall kommen ließen, ohne Bulgarien an die Seite der Monarchie zu bringen, haben eine militärische Lage

geschaffen, welche dazu zwingt, möglichst viele Kräfte auf den Hauptkriegsschauplatz zu bringen, um so mehr der deutsche Misserfolg in Ostpreußen unsere Lage erschwert (...). General Potiorek verfügt über ausreichend Kräfte um einem serbischen Einbruch zu begegnen.“ (Rauchensteiner 1997, S. 133). Erneut ist ein Nicht-Zusammenwirken von Politik und Militär ersichtlich. Conrad und Berchthold konnten sich auf keine strategischen Ziele einigen. Conrad und seine Anhänger warfen dem Politik er Berchthold „militärische Ignoranz vor, der kein Verständnis für die Lage im Großen“ hatte. Die militärische Entwicklung deutete nicht auf eine frühe Lösung des Konflikts hin. Dies traf aber ebenso wenig auf die Diplomatie und die Politik zu (Stevenson 2006, S. 125), die nun wieder ans Ruder kamen. Doch zuvor schaffte es Conrad, die Erzherzöge und sogar die Vertreter des Außenministeriums im AOK, Baron Giesl, matt zu setzen. Die Erzherzöge Friedrich, Eugen, Josef, Josef Ferdinand und andere wurden in die Operationsplanungen kaum eingebunden, obwohl sie hohe militärische Ämter innehatten. Baron Giesl konnte eineinhalb Monate seine Berichte nach Wien senden. Dann wurde ihm vorgeworfen, er habe geheime Nachrichten zur Planung einer Offensive durchgegeben. Er wurde abgemahnt und in seiner Wirksamkeit so beschränkt, dass er schließlich nur noch den unzureichenden Heeresbericht abschreiben konnte. Berchthold konnte das nicht verhindern (Rauchensteiner 1997, S. 174).

Das Schlagwort „Kriegsziele“ wurde Ende 1914/Anfang 1915 wieder modern. Während der Krise zu dieser Zeit streckten Österreich-Ungarns Politiker Friedensfühler nach Russland aus, aber solange Kaiser Franz Josef lebte, hatten die Deutschen keinen Grund, den Abfall der Doppelmonarchie zu fürchten (Stevenson 2006, S. 162). Für die Doppelmonarchie hatte längst der Kampf um die Selbstbehauptung begonnen. Somit bekamen auch die militärischen Maßnahmen einen zusätzlichen Aspekt: Einmal führte man Krieg, im Sinne Clausewitz, um den Gegner zu besiegen und ihm das politische Handeln aufzwingen zu können. Dann führte man Krieg mit Ziel, die noch nicht Kriegführenden und Neutralen von einem Kriegseintritt abzuhalten und ihnen die Überlegenheit der Mittelmächte vor Augen zu führen. Drittens aber, musste sich die Monarchie gegenüber Deutschland behaupten (Rauchensteiner 1997, S. 165). Dies hätte eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der politischen und militärischen Entscheidungsträger notwendig gemacht. Einerseits, um die

Möglichkeit, einen Separatfrieden abzuschließen nicht gänzlich zu verlieren. Andererseits um das Maß an Eigenständigkeit zu behaupten. Diese Zusammenarbeit scheiterte daran, dass die Monarchie ihre Kriegsziele überdenken musste. Da hatte die Monarchie ein vordergründiges Problem: Die ungarische Reichshälfte mit einem funktionierendem Parlament und einem Ministerpräsidenten, der seine Politik mit besonderem Geschick auf dieses Parlament abstützte. Und auf der anderen Seite Cisleithanien. Ministerpräsident Graf Stürgkh hatte es abgelehnt, nach Kriegsausbruch das Parlament wieder einzuberufen. Regiert wurde mittels kaiserlicher Verordnungen. Dies hatte zur Folge, dass sich die Minister nur dem Monarchen verpflichtet fühlten. Daher fanden zwar im ungarischen Reichstag Debatten über Kriegsziele statt, in Österreich blieben vergleichbare Diskussionen vorerst aus. Dadurch war eine einheitliche Beendigung des Krieges nahezu undenkbar. Sollte sich ein Minister mit der Führung des Krieges nicht einverstanden fühlen, so blieb ihm nur die Demission. Diese gab es aber nur, wenn die Person schon lange im Kreuzfeuer der Kritik stand, oder sich die militärische Führung gegen sie stellte. Deswegen haftete der Demission nichts Demonstratives an. Stürgkh, das Ministerium, die Generalität und die Hochbürokratie sahen die Eingrenzung der persönlichen Freiheiten als etwas Selbstverständliches an, denn es gab nur eines: Orientierung aller Kräfte im Staate auf eine sichere, rasche und vollkommene Erreichung des Kriegszwecks (Rauchensteiner 1997, S.150). In dieser Hinsicht erachtete Conrad die Politik als hilfreich.

Das Aufwerfen der Kriegszielfragen konnte aber auch ablenken, da sich das Interesse nicht mehr unmittelbar auf das Kriegsgeschehen konzentrierte, auf Erfolge oder Misserfolge, sondern auf vergängliche Fragen, in denen der Phantasie keine Grenzen gesetzt waren. Damit blieb der Krieg ein militärisches und außenpolitisches Problem, auch wenn Andrian in seinen Denkschriften auf die Auswirkungen auf die innere Struktur der Monarchie hinwies, im Falle eines Gebietserwerbs. Daran dachte keine, auch Forgach erwähnte mit keinem Satz innenpolitische Faktoren. Für den Serbenfeind Forgach war ein rascher Friede oberstes Prinzip, um die Monarchie zu erhalten. Seine Denkschrift kannte aber nur ein kleiner Kreis, weswegen Andrians Denkschrift, die einen Erhalt der Monarchie nur in der Fortsetzung des Kriegs sah, größeren Zuspruch erhielt. Damit war der Krieg zum Ersatz der Politik geworden und gewissermaßen die Umkehrung des

Clausewitzschen Axioms. Politik sollte die logische Fortsetzung des Krieges sein. In der Außen- und erst recht in der Innenpolitik wollte man zuwarten und die erhofften militärischen Erfolge als Ausgangspunkt nehmen. Um das Reich umzugestalten und die Nationalitätenfrage zu lösen. Dabei ging aber das Verständnis für die Kriegsführung völlig verloren, genauso wie sich die militärische Führung über die Möglichkeiten der Politik nicht im Klaren waren, oder sich um die Situation im Hinterland allgemein scherten (Rauchensteiner 1997, S. 198). Doch es mussten noch mehr als drei weitere Kriegsjahre vergehen, bis das „industrielle Blutbad“ auf den Schlachtfeldern an der West-, Ost- und Südfront ein Ende fanden. Weil Österreich-Ungarn in diesem Jahr 1914 in politischer und militärischer Sicht nahezu alles falsch machte, was falsch gemacht werden konnte. Und so die Doppelmonarchie mit einem Krieg in den Untergang riss, der sie eigentlich hätte retten sollen. Die weitreichenden Folgen dieses Jahres 1914 nach Ende des ersten Weltkriegs bekam von den „Schuldigen“ nur mehr wenige mit. Conrad starb 1925, Stürgkh fiel 1916 einem Attentat zum Opfer, Berthold mischte sich in keine Politik mehr ein und starb zurückgezogen 1942.

LITERATURVERZEICHNIS

Avineri, Shlomo: Hegel's Theory of the Modern State; Cambridge. 1972

Beil, Christiane: Der Erste Weltkrieg; Hamburg. 2006

Berghahn, Volker: Der Erste Weltkrieg; München. 2006

Bohrmann, Hans: „Zeitung“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Bourne, John: „Aufmarschpläne“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Brandt, Susanne: „Film (1914 – 1918)“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Brandt, Susanne: „Kriegsberichterstattung“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege; Bonn. 1991

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege; Berlin. 1998

Das Interessante Blatt; Wien. 26.11.1908.

Etzersdorfer, Irene: Krieg – Eine Einführung in die Theorie bewaffneter Konflikte; Wien. Köln. Weimar. 2007

Feichtinger, Walter: „Asymmetrie im Internationalen System“ in: Schröfl/Pankratz (Hrsg.); Asymmetrische Kriegsführung – eine neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden – Baden. 2004

Ferguson, Niall: Der falsche Krieg – Der 1. Weltkrieg und das 20. Jahrhundert; München. 2006

Gärtner, Heinz: „Asymmetrien in den Theorien Internationaler Beziehungen“ in: Schröfl/Pankratz/Micewski (Hg.); „Aspekte der Asymmetrie – Reflexionen über ein gesellschafts- – und sicherheitspolitisches Phänomen“; Baden – Baden, 2006

Geis, Anna; „Das staatliche Gewaltmonopol zwischen Behauptung und Infragestellung“ in: Schröfl/Pankratz/Micewski (Hg.); „Aspekte der Asymmetrie – Reflexionen über ein gesellschafts- – und sicherheitspolitisches Phänomen“; Baden – Baden, 2006

Geyer, Martin H.: „Hindenburg-Programm“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Görlitz, Walter: Hindenburg; Paderborn. (unbekannt)

Hamann, Brigitte: Der Erste Weltkrieg – Wahrheit und Lüge in Bilder und Texten; München. Zürich. 2004

Hecker, Hans: „Nationalitätenfrage“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Heydte, Friedrich August von der: Die Monarchie – Eine europäische Idee; Wien. München. 1993.

Hilger, Ewelina: „Präemption in asymmetrischen Konflikten“ in: Schröfl/Pankratz/Micewski (Hg.); „Aspekte der Asymmetrie – Reflexionen über ein gesellschafts- – und sicherheitspolitisches Phänomen“; Baden – Baden, 2006

Hobbes, Thomas: Leviathan; Stuttgart. 1970

Höpken, Wolfgang: „Gavrilo Princip“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Hüppauf, Bernd: „Kriegsdeutungen“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Isnenghi, Mario: „D’Annunzio, Gabriele“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Jeismann, Michael: „Propaganda“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Jerabek, Rudolf: „Franz Josef I“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Jerabek, Rudolf: „Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Jerabek, Rudolf: „Karl Graf von Stürgkh“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Jerabek, Rudolf: „Istvan Graf de Boros Jeno Tisza“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Kaldor, Mary: Neue und Alte Kriege; Frankfurt/Main. 2000

Keegan, John: Der Erste Weltkrieg – Eine europäische Tragödie; Hamburg. 2001

Keegan, John: Die Kultur des Krieges; Hamburg. 2007

Knopp, Guido: 100 Jahre – Die Bilder des Jahrhunderts; München. 1999

Kröger, Martin: „Annexionskrise, bosnische“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Kröger, Martin: „Balkankriege“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Kronenbitter, Günther: „Leopold Graf Berthold“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Liddell Hart, Basil Captain: The Real War 1914 – 1918; Boston. New York. London. 1964.

Lohmann, Klaus Peter; „Zur Entwicklung der modernen Kriegführung“ in: Schröfl/Pankratz (Hrsg.); Asymmetrische Kriegsführung – eine neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden – Baden. 2004

McGuigan, Dorothy Gies: Familie Habsburg – 1273 bis 1918; Frankfurt/Main. 1994

Mommsen, Wolfgang: Der Erste Weltkrieg – Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters; Frankfurt/Main. 2004

Mommsen, Wolfgang (Hg.): Vom Imperialismus zum Kalten Krieg Bd. 1-2; Frankfurt/Main. 2003

Montgomery, Bernard L. Viscount of Alamein: Kriegsgeschichte – Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge; Bonn. 2005

Moritz, Verena/Leidinger, Hannes/Jagschitz, Gerhard: Im Zentrum der Macht – Die vielen Gesichter des Geheimdienstchefs Maximilian Ronge; St. Pölten. Salzburg. 2007

Münkler, Herfried: „Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege“ in: Schröfl/Pankratz (Hrsg.); Asymmetrische Kriegsführung – eine neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden – Baden. 2004

Nohlen, Dieter (Hg.): Kleines Lexikon der Politik; München. 2003

Pfetsch, Frank: Theoretiker der Politik; Paderborn. 2003

Rauchensteiner, Manfred: Der Tod des Doppeladlers – Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg; Graz. Wien. Köln. 1997

Rauchensteiner, Manfred: „Streitkräfte (Österreich-Ungarn)“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Stevenson, David: Der Erste Weltkrieg; Düsseldorf. 2006

Storz, Dieter: „Wehrpflicht“ in: Hirschfeld/Krumreich/Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg; Paderborn. München. Wien. Zürich. 2003.

Strachan, Hew: Der Erste Weltkrieg; München. 2004

Stupka, Andreas: „Kriegsgeschichte und klassische kriegstheoretische Betrachtungen zur asymmetrischen Kriegsführung“ in: Schröfl/Pankratz (Hrsg.); Asymmetrische Kriegsführung – eine neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden – Baden. 2004

Sun Tsu: Die Kunst des Krieges; München. 2001

Sun Tsu: Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft - Die Kunst des Krieges; München. 2001

Suttner, Bertha von: Die Waffen nieder – Ausgewählte Texte; Köln. 1982

Tuchman, Barbara: August 1914; Frankfurt/Main. 2004

Vocelka, Karl: Österreichische Geschichte – Kultur, Gesellschaft, Politik; Graz. Wien. Köln. 2002

Winter, Jay/**Parker**, Geoffrey/**Habeck**, Mary (Hg.): Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert; Hamburg. 2002

Zweig, Stefan: Die Welt von gestern – Erinnerungen eines Europäers; Frankfurt/Main. 2006.

Anhang 1

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit behandelt die These, dass innerhalb Österreich-Ungarns die wesentlichen Faktoren der Kriegsführung im I. Weltkrieg, wie sie Theoretiker wie Clausewitz oder Sun-Tsu formulierten, nicht erfüllt werden. Und zwar, weil zuallererst die Entscheidungsträger der Außenpolitik und des Militärs sich derart mißtrauten, dass sie, anstatt Hand in Hand zu arbeiten, gegeneinander agierten. Dies wird vor allem zu Beginn des ersten Kriegswinters 1914/15 augenscheinlich. Dieses Mißtrauen zog sich durch die gesamte Regentschaft von Kaiser Franz Josef und widersprach jeglicher Logik eines Reiches, das sich vor allem auf diese beiden Institutionen stützen wollte.

In weiterer Folge werde ich mich dem Thema widmen, welche Vorteile Österreich-Ungarn sich aus diesem „Großen Krieg“ erhoffte. In einem Kapitel wird auch die nicht unwesentliche Rolle der Medien durchleuchtet. Hauptaugenmerk werde ich darauf legen, wie Diplomatie, Politik und Militär zusammenarbeiteten bzw. nicht zusammenarbeiteten. In dieser Nicht-Zusammenarbeit sehe ich ein wesentliches Element, dass den Entscheidungsträgern schon vor dem Krieg die Augen öffnen hätte müssen und die Aussichtslosigkeit des Unterfangens klar machen müssen. Der Untersuchungszeitraum ist eine für mich prägende Phase des Krieges, nämlich vom Weg in den Krieg bis hin zur Änderung der Kriegsziele im Winter 1914/15 – zu einem Zeitpunkt, als die Doppelmonarchie faktisch den Krieg schon verloren hatte und der Krieg von einem Bewegungskrieg in einen Graben- und Stellungskrieg überging.

The work is based on the thesis, that within the Austro-Hungarian Empire the main parameters of warfare, as defined by Clausewitz or Sun-Tsu, are not met in the First World War. I see the main reason for that in the mistrust between the main decision makers at the military and the foreign policy. Instead of working with each other, they worked deliberately against each other. This becomes obvious during the first winter after the war has started: the winter of 1914/15. This mistrust affected all aspects of governance and was in direct opposition to the aim of the

empire, namely to be based upon a strong foreign policy and a strong military force.

In my analysis I will ask what benefits the Austro-Hungarian Empire expected from leading this war. In correlation to this question I will cast light on the important role of the mass media in this context. My main focus point is the cooperation between diplomacy, politics and the military or rather the lack of cooperation between those three. This obvious lack of cooperation is the point, which should have made it clear for the decision makers that this war will be a losing game, even before they actually started it.

I will focus on the, in my opinion, most important time period for this analysis: from the aspects that lead to the war until the recalibration of the aims of the war in the winter 1914/15. At this time, the war had moved from mobile warfare to static warfare and was already lost for the Austro-Hungarian Empire.

Anhang 2

Lebenslauf

Clemens Zavorsky

geboren am 4.12.1983 in Steyr

Schulischer Werdegang:

- Seit 2003 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
- 1994 – 2002 Bundesrealgymnasium Waidhofen/Ybbs
- 1990– 1994 Volksschule II Weyer

Beruflicher Werdegang:

- seit 12/2010 Angestellter Redakteur der KRONEN-ZEITUNG
- 7/2008 – 11/2010 Freier Mitarbeiter der KRONEN-ZEITUNG in der Sport-Redaktion
- seit 11/2008 Redakteur beim Fußballmagazin BALLESTERER FM
- 3/2008 – 1/2010 Freier Mitarbeiter der Austria Presse Agentur (APA) in der Außenpolitik-Redaktion
- 11/2002 – 7/2003 Präsenzdienst beim Bundesheer